

Bundestagswahl

*

das wird man ja wohl noch fragen dürfen

der rechte rand

magazin von und für antifaschistInnen

H 8040 F
ISSN 1619-1404
28. Jahrgang
Nummer 167
Juli | August 2017
3,50 Euro

Unser Titelbild zeigt ein Schild, das 2012 bei einer Demonstration in Dresden hochgehalten wurde. Die Frage ist berechtigt: »Wieviel Nazi steckt in der BRD«?

Photo: Mark Mühlhaus / attenzione

editorial & inhalt

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

ein möglicher Einzug der neonazistischen Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) in den Deutschen Bundestag im Herbst 2017 hält seit geraumer Zeit Politik und Medien in Atem … Huch, was war das? Ein Fehlerteufel? Noch einmal: Ein möglicher Einzug der rechtspopulistischen Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) … Das klingt schon besser, geläufiger. Noch passender vielleicht: Die extrem rechte Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) …? Was ist richtig?

Ist die AfD rechtspopulistisch? Wahrscheinlich schon. Die NPD aber auch, zumindest in Teilen. Islamfeindlichkeit und Ethnopluralismus, rechtspopulistische »Markenzeichen«, kann sie schon lange. Und völkische Ideologien, die gerne als Unterscheidungsmerkmale zum Rechtspopulismus gehandelt werden, vertreten beide Parteien.

Ist die AfD eine Neonazi-Partei? Vermutlich nicht. Wahrscheinlich wünscht sich die Mehrheit der AfD-WählerInnenschaft nicht das »Dritte Reich« zurück, aber sie sympathisiert mit einer Partei, die Vorstellungen einer Gesellschaft formuliert, die in vielen Aspekten an einen zutiefst autoritären Staat erinnert, der reaktionäres Gedankengut vertritt, Minderheiten verfolgt und ausgrenzt, politische GegnerInnen ausschaltet, das Land gegen Geflüchtete abschottet. Also doch Faschismus? Sind AfD-AnhängerInnen Neo-FaschistInnen? Oder »nur« zu großen Teilen deutschnationale Reaktionäre?

Bestimmt sind nicht alle Mitglieder der AfD Neonazis. Aber die Grenzen verschwimmen, fließen. Ein Björn Höcke wäre in der NPD kein schwarzes Schaf und aus seinem Mund war schon mehr fundiertes NS-Gedankengut zu hören, als es das einfache Kameradschaftsmitglied jemals artikulieren könnte.

In der NPD sind vielleicht nicht alle Mitglieder Neonazis, aber das hindert uns nicht daran, die Partei als neo-nationalsozialistisch einzuordnen. Die NPD gibt es aber auch schon seit über 50 Jahren, und wir wissen recht genau, wie es um die Grundfesten der Partei bestellt ist. Hätte man das 1969 bereits gewusst, fünf Jahre nach Gründung der NPD und kurz vor dem befürchteten, aber letztlich gescheiterten Einzug der Partei in den Bundestag? Was die AfD wirklich ist, ist also auch davon abhängig, wie sie sich in der Zukunft entwickelt. Ob sie nun extrem rechts, rechtspopulistisch, reaktionär oder faschistisch genannt wird, ist der eigenen politischen Wertung und der Schwerpunktsetzung geschuldet, ob nun Ideologie, Mitgliederschaft, öffentliche Aussagen oder Selbstinszenierung schwerer wiegen.

Richtig und wichtig ist es auch, nicht alle in einen Topf zu werfen, zu einfach macht man es dann der AfD, sich von offen auftretenden Neonazis abzugrenzen.

Wenn das Etikett »Rechtspopulismus« allerdings dazu dient, die AfD als weniger schlimm, als Teil des politischen Spiels, als weniger »rechts« zu bezeichnen, ist dies nicht nur falsch, sondern auch fatal.

Seite 3

Schwerpunkt

Landesverbände der AfD

Rezensionen

Eine Zäsur

Vor dem Einzug der »Alternative für Deutschland« in den Bundestag

Redaktion »der rechte rand«



Wie sich die Beschreibungen doch ähneln, auch wenn die Worte aus einer anderen Zeit stammen: »Die Wahlerfolge am rechten Rand zeigen: Es ist dem Neofaschismus in einem qualitativ neuen Ausmaß gelungen, Massenstimmungen für sich zu organisieren. Ausländerfeindlichkeit und Asylantenhetze haben durch CDU-Politik Schubkraft bekommen und die wahlpolitische Landschaft am rechten Rand aufgelockert. Soziale Ausgrenzung, gesellschaftliche Ablehnung und Isoliertheit, politische Orientierungslosigkeit, sowie ideologische und psychologische Prägung in dieser Gesellschaft tragen zur Herausbildung des sich täglich reproduzierenden Potentials neofaschistischer Gruppierungen bei. Dieses Potential ist mobilisierungsfähig in mehrfacher Hinsicht. Als Gewaltreserve gegen Linke und Minderheiten. Als Wählerreservoir. Als gesellschaftlicher Stimmungserzeuger«, das stand vor 28 Jahren, im Mai 1989, auf dem Titel der ersten Ausgabe dieser Zeitschrift.

Ein Anlass für die Gründung des Blattes waren Wahlerfolge der extremen Rechten. 1987 übersprang in Bremerhaven die »Deutsche Volksunion (Liste D)« die 5%-Hürde und kam so erstmals in die Bremer Bürgerschaft. Bei der Wahl in Berlin am 29. Januar 1989 zogen dann »Die Republikaner« (REP) mit 7,5 Prozent ins Abgeordnetenhaus ein und die Prognosen sagten auch für die Europawahl und weitere Landtagswahlen Erfolge voraus. Zu Recht, denn am 18. Juni zog die Partei mit 7,1 Prozent ins Europaparlament ein, später dann mit über zehn Prozent in den Landtag von Baden-Württemberg und quer durchs Land in die Kommunalparlamente. Erstmals nach den kurzlebigen Erfolgen der NPD in den 1960er Jahren fuhren nun rechte Parteien, allen voran die REP als rechte Sammlungspartei, wieder Erfolge ein. Es folgten in den 1990er Jahren die DVU, die NPD oder lokale Phänomene wie die »Schill-Partei«. So sehr das Normalität wurde, so war doch eines klar: Flächendeckende Erfolge und der Einzug in den Bundestag waren undenkbar. Wer in der politischen Tradition des Nationalsozialismus stand, war ausgegrenzt – die zivilen Schutzwälle hielten wenigstens an diesem Punkt.

Da ist nun anders. Mittlerweile fehlen nur noch in Bayern, Hessen und Niedersachsen Fraktionen in den Landtagen rechts der CDU/CSU. Die letzten Wahlen fanden dort vor dem Aufschwung der neuen Rechtspartei statt. Umfragen sehen die Partei jetzt aber in allen drei Ländern in den Parlamenten. Heute werden sich alle darüber freuen, wenn die »Alternative für Deutschland« (AfD) auf Bundesebene im September 2017 nur sechs oder sieben Prozent bekommen wird. Eine Zäsur in der Geschichte Deutschlands – dem Land der »Konservativen Revolution« der Zwischenkriegszeit, des Nationalsozialismus, des Vernichtungskrieges und der Shoa. Offene AntisemitInnen in der AfD, Bezüge auf den deutschen Faschismus und Positionen in der »Neuen Rechten«, Kontakte zu Neonazis oder die Verklärung der mörderischen Wehrmacht behindern Wahlerfolge nicht mehr. Die AfD und »Neu-Rechte« sind inzwischen fester Bestandteil von Talkshows oder Magazinen. Wenn Gewerkschaften oder Kirchen die Antidemokraten von Podien fern halten wollen, müssen sie sich inzwischen mit dem Verweis auf Meinungsfreiheit rechtfertigen. »Deutschland driftet«, das stimmt nicht mehr. Deutschland ist gedriftet.

In unserer ersten Ausgabe 1989 beleuchteten wir den Flügelstreit der REP, die immer weiter nach rechts kippten. Politiker der CDU/CSU waren in die Partei übergetreten, hatten aber zunehmend gegen NeofaschistInnen und offene RassistInnen das Nachsehen. Wir belegten, dass immer mehr frühere Neonazis und ehemalige Funktionäre extrem echter Organisationen die REP dominierten. Und wir kritisierten, dass die »großkotzige Euphorie« der rechten Szene auch »vom Medieninteresse an den markigen Sprüchen und provokanten Bildern« genährt werde. In der Szene herrsche »Aufbruchstimmung«. Das klingt alles vertraut – es klingt wie heute.

Dennoch waren die InitiatorInnen des Antifaschistischen Magazins 1989 guter Dinge: »Wo immer sich der rechte Rand aus der Anonymität hervorwagt, treten ihm schon vor Ort antifaschistische Kräfte gegenüber und drängen ihn in die Defensive. Diese Initiativen wirken bisher mit unterschiedlichem Erfolg. Immer aber mit dem Effekt, daß die Neonazis kaum noch irgendwo ungestört ihre Propagandaveranstaltungen abhalten können.« Und heute? Kundgebungen und Kampagnen gegen Rechts gibt es überall. Mit staatlichen Fördergeldern werden Initiativen unterstützt, quer durchs Land sind Geflüchtete auf eine riesige Unterstützung gestoßen und medial wurde aus dem Nischen-Thema »Rechtsextremismus« gut zu verkaufender Journalismus. Doch zuletzt ist es nicht gelungen, den Aufstieg reaktionärer Politik zu stoppen oder relevante Strukturen der extremen Rechten effektiv zu schwächen. Seit etwa drei Jahren gelingt es einer lauten Minderheit, Debatten und Berichte zu dominieren – und die Politik vor sich her zu treiben. Die de-facto-Abschaffung des Grundrechts auf Asyl 1992/´93 war die Folge rechter Massenmobilisierungen, rassistischer Gewalt und mörderischer Brandanschläge. Und erneut lassen sich heute Politik, Medien und Gesellschaft von rechts treiben. Es wird Zeit, dass die Mehrheit der Gesellschaft den Forderungen der extremen Rechten sowie ihren Strukturen und handelnden Personen deutliche Grenzen setzt.


Alternative
für
Deutschland

Nächster Etappensieg

Es sind noch einige Wochen bis zur Bundestagswahl am 24. September 2017. Alle Parteien stecken in den Startlöchern, um das Terrain für den Wahlkampf abzustecken - auch die »Alternative für Deutschland«.

von Kai Budler

Auch im Bundestagswahlkampf werden die Brüche in der Selbstwahrnehmung der »Alternative für Deutschland« (AfD) sichtbar, wie ein Blick auf die Wahlkampagne zeigt, die der Bundesvorstand abgesegnet hatte. Die zentrale Losung der Kampagne lautet »Trau Dich, Deutschland«. In dem Begleitpapier wird der AfD ein »Riesen-Image-Problem« attestiert, weiter heißt es: »Sie ist das Gegenteil von dem, was sich in der Werbung ein happy product nennt.« Die Partei repräsentiere das Problem statt es zu lösen, ihr Image sei in der Außenwahrnehmung vorwiegend negativ und das von ihr vermittelte Lebensgefühl sei »unangenehm«. Schonungslos heißt es zum Gesamtbild der Partei: »Der sympathisierende Wähler erkannte in Köln erstmals das Bild einer zerstrittenen Partei, deren Machtkämpfe zum Selbstzweck geworden sind.« Um die von der AfD als WählerInnen anvisierten bürgerlichen Kreise zu erreichen, soll an die Stelle der Panikmache »eine Lifestyle-Kampagne« treten, in der sich die Partei »bewusst harmlos« präsentieren will. Es ist schwer zu übersehen, dass sich ein solches Vorgehen an Frauke Petry orientiert, die fordert, mit einem »realpolitischen« Ansatz bürgerliche WählerInnen-Kreise nicht ganz zu verlieren. Und so zielt die Kampagne darauf ab, »netter zu sein, sympathischer, menschlicher, weiblicher, aber nicht weicher«, um den Eindruck zu erwecken, »dass die AfD längst in der Gesellschaft angekommen ist«. Erwartungsgemäß stieß die zentrale Kampagne nicht bei allen Landesverbänden auf Wohlwollen, so dass der Bundesvorstand den Landesverbänden grünes Licht gab, auch eine »abweichende Kampagnenlinie« fahren zu dürfen.

Noch am 1. Mai wurde auf dem AfD-Aufmarsch in Erfurt großspurig die Parole »Hol dir dein Land zurück« als Slogan für die Bundestagswahl ausgegeben, doch die Parole der Landesverbände Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen scheint wenig Anklang gefunden zu haben. Björn Höcke hatte an diesem Tag außerdem gefordert: »Ich will, dass wir einen knallharten Anti-Establishment-Wahlkampf machen«. Bei dem Aufmarsch in Erfurt hatte die AfD die Gründung eines »Alternativen Arbeitnehmerverbands Mitteldeutschland« (ALARM!) bekannt gegeben. Der neue Verband soll in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen aktiv werden, als Gründer gilt Jürgen Pohl, der bei der Bundestagswahl auf Platz zwei der AfD-Landesliste in Thüringen antritt. Weitere Gründungsmitglieder von »ALARM!« sind Andreas Kalbitz und Birgit Bessin vom AfD-Landesverband Brandenburg sowie Martin Reichardt und Oliver Kirchner aus der AfD in Sachsen-Anhalt. Zwei ebenfalls am 1. Mai geplante Aufmärsche der »Arbeitnehmer in der AfD« (AidA) und der »Alternativen Vereinigung der Arbeitnehmer« (AVA) waren kurz zuvor wieder abgesagt worden.

Rassismus als Kernthema

Nachdem Flüchtlinge und Migration in der Öffentlichkeit längst nicht mehr so schrill thematisiert werden, scheint der AfD ihr »Kernthema« abhanden zu kommen. Eine rassistische Kernkompetenz beweist sie aber ungebrochen beim Stichwort »Islam« mit ihren antimuslimischen Beißreflexen. Dies zeigte auch die AfD-Vizevorsitzende Beatrix von Storch nach dem Terroranschlag von London, als sie pauschal gegen den Islam hetzte und Heiko Maas und Angela Merkel beschimpfte. Doch nicht nur von Storch teilte heftig aus, auch Alexander Gauland fiel in den antimuslimischen Chor mit ein und forderte »sichere Grenzen und rigorose, sofortige Abschiebungen«. Der Spitzenkandidat der AfD erklärte, »Politiker, die eine falsche Toleranz vorschieben, um ihr Unvermögen und ihren Unwillen, unsere Gesellschaft wirksam vor islamischer Masseneinwanderung zu schützen, zu kaschieren, müssen abgewählt werden«. Gauland kündigte an, »die Innere Sicherheit in all ihren Facetten« zum Wahlkampfthema Nr. 1 zu machen. Seine Co-Spitzenkandidatin Alice Weidel, die als liberales Gesicht der AfD für die Öffentlichkeit gehandelt wurde, steht dem in nichts nach. Sie hatte bereits im Oktober 2016 in der »Jungen Freiheit« von einer »Islamisierung unserer Gesellschaft« halluziniert.

Mittlerweile scheint das noch zu Jahresbeginn postulierte Ziel »20 Prozent plus X« bei der Bundestagswahl unrealistischer denn je. Weidel sprach von 15 Prozent als »persönliche Zielmarke«. Doch der AfD schaden auch die Kontakte und Kooperationen ihrer Jugendorganisation »Junge Alternative« (JA) mit der »Identitären Bewegung« (IB). In einer Sitzung des Berliner Ausschusses für Verfassungsschutz wies Niklas Schrader (»Die Linke«) auf Beispiele der Zusammenarbeit hin und erklärte, offensichtlich gebe es viele Verbindungen und Überschneidungen zwischen der IB und der AfD. AfD-Mitglieder bestätigen die ideologischen Gemeinsamkeiten mit der IB. Diese nehme eine Scharnierfunktion zwischen der AfD und der extremen Rechten ein, so Schrader. Zwar heißt es im Unvereinbarkeitsbeschluss des Bundesvorstandes von Juli 2016: »Anhänger der ›Identitären Bewegung‹ dürfen nicht in die AfD aufgenommen werden.« Der großzügig ausgelegte Beschluss scheint eher der Beruhigung der KritikerInnen zu dienen als einer politischen Überzeugung zu entspringen. Und wenn ein Mitglied die Partei verlassen muss, dann liegen strategische Gründe nahe. Wie bei dem kurzzeitig per Haftbefehl gesuchten damaligen Schatzmeister der JA Berlin, Jannik Brämer. Im Zusammenhang mit der Mitte Mai versuchten Besetzung des Bundesjustizministeriums durch die IB wird ihm gefährliche Körperverletzung an einem Polizisten vorgeworfen.

Und die Vorsitzende?

Von dem von Frauke Petry selbst erhobenen Anspruch, aus der AfD eine ernstzunehmende Partei mit nationalem Anstrich zu machen, ist die Partei inzwischen so weit entfernt wie noch nie seit dem Bruch mit dem ehemaligen Bundesvorsitzenden Bernd Lucke. Und auch die parteiinterne Gerüchteküche läuft auf Hochtouren, seitdem Spekulationen die Runde machen, Petry wolle eine alternative Partei zur AfD gründen.

Ein Monat mit der AfD

Die »Alternative für Deutschland« ist unter den Parteien die unangefochtene Nummer eins in der Social-Media-Präsenz. Fakten? Überflüssig! Was zählt, ist die Emotion. Wie sieht so ein Parteiprofil in den sozialen Netzwerken aus, wie fühlt sich das an? »der rechte rand« hat einen Monat lang, vom 1. Mai bis 1. Juni 2017, die Facebook-Timeline der Partei ausgewertet.

von Frida Westrick

Von den »Gefällt mir«-Angaben der AfD-Facebookseite stammen 7,4 Prozent aus Länder wie beispielsweise Brasilien, Ägypten, Thailand oder Algerien, was auf Manipulation hindeuten kann. Nichtsdestotrotz spricht Internet-Guru Sascha Lobo von der »ersten echten Internetpartei«. Simone Rafael von der »Amadeu Antonio Stiftung« hingegen meint, die »Alternative für Deutschland« (AfD) sei vielleicht »eine Partei für die Hass-Meinungen im Netz, aber keine Internetpartei«. Auf dem Papier, oder auf dem Bildschirm, macht so viel Zuspruch aber erst einmal Eindruck.

In der Regel werden zwei bis drei Beiträge pro Tag eingestellt, es wird innerhalb einer Stunde geantwortet, die Interaktionsraten sind hoch: Top-Beiträge bekommen Likes im mittleren vierstelligen Bereich, werden tausende Male geteilt und hundertfach kommentiert. Besonders gerne wird mit den sogenannten Sharepics gearbeitet, so vielen, dass man meint, damit müsse jemand in Vollzeit beschäftigt sein. Im Falle der AfD heißt das: provokanter Spruch plus wahlweise markantes thematisches Bild/Fotomontage beziehungsweise Portrait eines AfD-Politikers plus Logo, fertig. Wer der AfD auf Facebook begegnet, sieht erstmal: Hier passiert etwas, die Partei spricht die Dinge »ungeniert« an und viele Menschen sind hier einer Meinung.

Strategie Gegenöffentlichkeit

Dass dahinter eine Strategie steckt, ist kein Geheimnis: Ein im Februar 2017 geleaktes Strategiepapier (»AfD-Manifest 2017«) benennt das Vorgehen sehr genau. Harte, provokante Slogans seien wichtiger als Differenzierung, Stimmungen sollen beobachtet und aufgenommen, der Finger in die Wunden der »Altparteien« gelegt werden. Die Partei lebe von ihrem Ruf als »Tabubrecherin und Protestpartei«, ein »verstärktes Ausweichen auf Online-Medien« ist erklärtes Ziel zum Aufbau einer »medialen Gegenmacht«. Die AfD will damit ihre Klientel bedienen – zum einen mit Themen, in denen ihr »Kompetenz« zugesprochen wird, beispielsweise Zuwanderung und Asyl, Kriminalität und innere Sicherheit, Rolle des Islam und »Fehlentwicklungen im politischen System Deutschlands«. Zum anderen hat sie Profilierungsthemen definiert, darunter Sozial- und Verteidigungspolitik. Das spiegelt sich auch in der Facebook-Timeline wider. Der erste Erfolgsfaktor der AfD ist, dass sie die sozialen Netzwerke zum Aufbau einer »Gegenöffentlichkeit« nutzt: hier erfähren die geneigten AfD-Fans Dinge, die in der »System«-/ »Lügen«-/ «Lücken«-/ »Pinocchio«-Presse vermeintlich unterrepräsentiert sind. Wobei es nicht unbedingt um »Fake-News«, also eine bewusst platzierte Fehlinformation im klassischen Sinne geht – viele Postings sind mit Links zu Online-Meldungen »belegt« – sondern mehr um die eigene Interpretation von Sachverhalten und die Deutungshoheit über aktuelle Ereignisse inklusive Lösungsvorschlag. Zum Beispiel in einem Posting vom 31. Mai in Bezug auf die Verurteilung eines Rentnerpaares wegen des Sammelns von Pfandflaschen (3.918 Likes / 2.635 Mal geteilt / 415 Kommentare): »Asozialstaat Deutschland: Erst nimmt man ihr die Rente, dann die Würde« über dem Bild einer älteren Frau im Bundeswehrparka, die eine Flasche aus der Mülltonne zieht. Dazu ein kurzer Text inklusive eines Links zum AfD-Wahlprogramm, wo die Position zur Rentenpolitik zu finden ist. Die AfD pampert ihre Facebook-FreundInnen: Sie gibt ihnen die Informationen, die sie interessieren, sagt ihnen, was sie darüber zu denken haben und inszeniert sich selbst als Heilsbringerin gegen die zuvor geschürten Ängste. Ein zweiter Erfolgsfaktor ist die Art der Ansprache: Provokant, unmittelbar und persönlich. Im Sinne der »post truth politics« arbeitet die AfD mit der emotionalen Zuspitzung, die der »gefühlten Wahrheit« einen höheren Stellenwert als Fakten einräumt. Man argumentiere bewusst mit den »Ausreißern« vom Durchschnitt und müsse dabei zuspitzen, um gehört zu werden, erklärte Alexander Gauland. Jörg Meuthen kommentiert beispielsweise am 1. Mai den Mord an einer afghanischen Frau durch einen ebenfalls afghanischen Mann frei nach Peter Scholl-Latour: »Wer Kabul aufnimmt, wird selbst Kabul.« Hintergründe der Tat sind zu dem Zeitpunkt nicht bekannt, das spielt aber auch keine Rolle. Wichtig ist a) den Eindruck zu erwecken, dass die AfD als erste den Fall überhaupt benennt, ihn b) richtig einordnet – Afghanen bringen sich gegenseitig um – und c) noch den einprägsamen Schlüsselsatz für die nächste Stammtischdiskussion liefert.

Häppchenweise Hass und Häme

Bilder sind das wichtigste Stilelement der Kommunikationsstrategie der Partei auf Facebook – zusammen mit eingängigen Statements werden sie häufiger geteilt als reiner Text. Die AfD-Slogans lesen sich, als würde sie jemand mit hochrotem Kopf ins Netz schreien, das Ausrufezeichen ist ein guter Freund des Texters. Rassistische Botschaften müssen dabei nicht explizit formuliert werden, sie können auch über die Montage vermittelt werden. Ein Beispiel vom 25. Mai: »Welterklärer Schäuble überhöht den Islam – Deutsche könnten von Einwanderern ›lernen‹.« Das dahinterliegende Bild zeigt eine Faust, unscharf im Hintergrund eine Frau. Am linken unteren Rand ist eine Illustration hineinmontiert: ein Buch des imaginären »Ali Bin Ramsis« mit dem Titel »Grapschen für Dummies« inklusive Frau im Bikini. Das ist die Art von Humor, der hier anzutreffen ist.

Facebook gilt als günstiges und effektives Mittel der politischen Kommunikation. Früher als andere Parteien kam die AfD auf die Idee, die sozialen Netzwerke zur direkten Ansprache potentieller WählerInnen zu nutzen. Der gemeine besorgte Bürger will nichts mehr, als dass ihm zugehört wird, er kreist dabei bevorzugt um sich und seine Probleme und Ängste. Dafür bietet insbesondere Facebook den perfekten Resonanzraum. Die Nutzer sind nicht nur reine Konsumenten, sondern können auch mitdiskutieren und die Beiträge teilen, wozu sie auch offensiv aufgefordert werden (»+++TEILEN+++TEILEN+++TEILEN«). Die Kommentarspalten sind voll und tragen zur fortwährenden Bestätigung bei: »Die da oben« sind schuld, Merkel muss weg, Sozialschmarotzer klauen unsere Rente, GEZ finanziert Staatspropaganda, armes Deutschland. Das geht immer irgendwie, unabhängig vom Thema des Postings. Willkommen in der Filterblase der ungefilterten Wahrheit.

Testfeld für Wahlkampfthemen

Ein weiterer Vorteil von Facebook im Hinblick auf den Wahlkampf: die thematischen Testballons werden losgelassen und es gibt eine messbare Resonanz. Die Reaktionen auf die Posts geben zumindest einen Hinweis darauf, was gut ankommt und was eher nicht. Gut: »3 Punkte-Plan läuft wieder an: Anstrahlen. Abhaken. Weiter wie immer.« vor dem Brandenburger Tor mit britischer Flagge aus aktuellem Anlass, dem Anschlag in Manchester (8.380 Likes / 5.434 mal geteilt / 857 Kommentare). Weniger gut: »›Neuland Internet‹ – Deutschland bleibt rückständig« (936 Likes

AfD, politische Partei. 325.225 gefällt das. Allein in der zahlenmäßigen Resonanz ist die AfD einsame Spitze, SPD und CDU zusammen kommen nicht auf so viele Facebook-Fans.

/ 164 Mal geteilt / 161 Kommentare). Was gut läuft, wird variiert. Am 4. Mai: »Asylverkehr auf dem Mittelmeer« vor einem Taxischild (3.447 Likes / 1.574 Mal geteilt / 197 Kommentare). Vier Tage später titelt die AfD: »Alarmierende Zahlen aus Italien – ›Retter‹ schleusen täglich 3.000 Migranten ein.« Dreisatz, Schlussfolgerung der AfD: »90.000 Sozialhilfeempfänger monatlich mit dem Ziel Deutschland?« (3.202 Likes / 2.484 Mal geteilt / 490 Kommentare). Der Wahrheitsgehalt der Aussagen ist überschaubar, die rassistische Absicht erkennbar, aber es funktioniert für die Community. Ein Eindruck aus der Kommentarspalte: eigentlich seien es noch mehr, weil die alle dreifach abkassieren, NGOs = kriminelle Schlepper, kotzende Smileys, »Volksverräter« sind schuld, man sollte dies und jenes mit den Migranten tun (Boote anbohren, Chips implantieren, …) – »Wer soll diesen Wahnsinn stoppen außer der AfD?« Am 13. Mai dann das Sharepic »Bei Anruf Abholung im Mittelmeer« über einem Smartphone mit »Mama Merkel Taxiservice« auf dem Display, daneben der Text: »Schlauchboot-Migranten rufen NGOs wie Taxis an« (3.944 Likes / 4.250 Mal geteilt / 372 Kommentare). Im Strategiepapier heißt es passend dazu, die stete Wiederholung sei erfolgreicher als Neues. Also Relevanz durch Redundanz.

Wir gegen die anderen

Die Profilierung funktioniert besonders gut bei gleichzeitiger Abgrenzung zur politischen Konkurrenz. Zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen bezieht sich die AfD darauf, dass die CDU mit »ihren« Themen punkten möchte und kommentiert das Foto eines Wahlplakates: »Die CDU in NRW hält die Bürger für völlig verblödet« (4.729 Likes / 2.673 Mal geteilt / 621 Kommentare) – im Gegensatz zur AfD natürlich. Beliebt sind auch Spitzen gegen PolitikerInnen der »Altparteien«, gerne persönlich ausgeteilt von den AfD-SpitzenfunktionärInnen. Georg Pazderski am 2. Mai: »Das Problem der Bundeswehr heißt von der Leyen« (4.083 Likes / 965 Mal geteilt / 237 Kommentare), Alice Weidel am 1. Mai: »Altmaier muss dringend auf die Couch« (3.336 Likes / 386 Kommentare), Frauke Petry meint am 23. Mai: »Martin Schulz und die SPD sind die Pinocchios deutscher Politik.« Jörg Meuthen textet am 20. Mai muntere Alliterationen: »Maas macht missliebige Meinungen mundtot – Frontalangriff des Gesinnungswächters.« Spontan möchte man auch gar nicht wissen, worum es geht – das wird wenn überhaupt, erst später erklärt – die so gesendeten Botschaften lösen beim AfD-Publikum erstmal den »Ach der/die schon wieder, typisch!« -Reflex aus.

Ein weiterer aus der analogen Welt bekannter Mechanismus ist die Inszenierung als Opfer – hier werden Wahlplakate zerstört und Büros angegriffen, da verklagt Alice Weidel den NDR, Frauke Petry bittet die OSZE um Wahlbeobachtung. Ein neues Lieblingsthema scheint das so genannte Netzdurchsetzungsgesetz gegen Hatespeech im Netz zu sein, hier wittert die AfD »Zensur«.

Nach einigen Stunden auf der AfD-Facebookseite ist der Puls schon ganz schön nach oben gegangen – überall lauern Sozialschmarotzer und ausländische Kriminelle, PolitikerInnen, die sich die Taschen voll machen und das Land verraten – Ungerechtigkeit und ständige Bedrohung bestimmen das AfD-Universum. Da freut man sich schon fast, wenn die AfD zwischendurch Frauke Petry und Markus Pretzell zur Geburt ihres Kindes gratuliert, einen schönen Muttertag wünscht oder nur eine Veranstaltung oder ein neues Video bewirbt. Auch wenn die geteilten Beiträge von leicht menschenverachtend über plump bis geschmacklos reichen und durchgängig in einem ätzend-spöttischen Tonfall gehalten sind, ist der Facebook-Auftritt der Bundes-AfD verhältnismäßig moderat gehalten. Björn Höcke beispielsweise findet auf der Seite praktisch nicht statt. Die AfD versteht es, Facebook als Mobilisierungskanal und Vermarktungsplattform für die eigenen Ideen zu nutzen. Es gelingt ihr, die Effekte sozialer Netzwerke auszunutzen, negativen Stimmungen Raum zu geben, sie zu verstärken und so eine Gemeinschaft Gleichgesinnter zu schaffen. Facebook ist das perfekte Mittel zur Profilierung als Protestpartei, trotzdem muss allerdings nicht jedes »Gefällt mir« ein Kreuz auf dem Wahlzettel im September bedeuten.



Antifeminismus ist keine Männersache

Die »Alternative für Deutschland« ist antifeministisch. Sie fordert weitreichende Verschärfungen der gesetzlichen Regelung zum Schwangerschaftsabbruch und ein Ende gleichstellungspolitischer Maßnahmen. Zugleich aber stehen mit Frauke Petry und Alice Weidel starke Frauen an ihrer Spitze. Ein Widerspruch?

von Tanja Gäbelein

Die»Alternative für Deutschland« (AfD) propagiert ein christlich-konservatives und völkisches Geschlechter- und Familienbild, das immer wieder auch nationalliberalen Interessen zugute kommt. So verteidigt die Partei vehement ihre Perspektive auf Geschlecht als ausschließlich biologisch und binär. Transpersonen werden gemeinsam mit homosexuellen Personen als »laute Minderheit« abgestempelt, Gender Studies und Sexualpädagogik der Vielfalt sollen abgeschafft werden. Die Infragestellung von Geschlecht bezeichnet die Partei gar als verfassungsfeindlich. Denn mit der Propagierung eines vermeintlich natürlichen Geschlechts gehen für die AfD auch Heterosexualität sowie klar definierte Geschlechterrollen in einer bürgerlichen Kleinfamilie einher, die es zu erhalten und zu fördern gelte. Das Geschlecht wird zum sozialen Platzanweiser. So findet sich beispielsweise der Einwurf, »die Wirtschaft« schätze Frauen nur als Arbeitskraft – die AfD hingegen erkenne den gesellschaftlichen Stellenwert mütterlicher Erziehung und häuslicher Pflege an. Diese Argumentation wirkt zunächst wie eine (dringend notwendige) Anerkennung von Care-Arbeit, die nach wie vor überwiegend von Frauen und zusätzlich zur Lohnarbeit geleistet wird. Tatsächlich aber zeigt sich hierin zum einen das christlich-konservative und völkische Ideal einer geschlechtlichen Arbeitsteilung in der bürgerlichen Kleinfamilie, bei der die Frau für Haus und Kinder, der Mann für Geld und Politik zuständig ist. Die Bestärkung und Förderung dieser Aufteilung geht zum anderen einher mit den marktwirtschaftlichen Interessen an einem (Wieder-)Ausbau der unbezahlten weiblichen Reproduktionsarbeit, die in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend von einem freilich unter-, aber dennoch bezahlten Care-Sektor übernommen wird. In diesem Sinne ist auch die Forderung nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verstehen. Die weibliche Lohnarbeit wird geschätzt – solange sie nicht zu Lasten der unbezahlten Care-Arbeit geht, die Aufgabenverteilung in der bürgerlichen Kleinfamilie nicht in Frage stellt und ohne gleichstellungspolitische Maßnahmen auskommt. Diese nämlich empfindet die AfD als »ungerecht« und »leistungsfeindlich«.

Familienförderung als Bevölkerungspolitik

Die Naturalisierung von Geschlecht und die Verteidigung der bürgerlichen Kleinfamilie ist für die AfD jedoch aus einem weiteren Grund essenziell – sie sorgt sich um den Fortbestand des deutschen Volkes. So beklagt die Partei sinkende Geburtenraten bei »einheimischen« (d.h. weißen deutschen), akademischen Frauen und eine steigende Einwanderung aus muslimisch geprägten Ländern. Diese Entwicklung verstärke den »ethnisch-kulturellen Wandel« und werde zu einem Zusammenbruch der Sozialsysteme führen. Um diesem »Trend zur Selbstabschaffung« entgegenzuwirken, brauche Deutschland »einen Paradigmenwechsel hin zu einer nationalen Bevölkerungspolitik«, die »langfristig eine stabilere Bevölkerungsstruktur« herbeiführen solle. In klarer Anlehnung an Thilo Sarrazins eugenische Thesen geht es der AfD somit um eine vor allem qualitative Beeinflussung der Bevölkerung. Die »Richtigen«, also weiße



< *Frauke Petry, Marine Le Pen – zwei starke rechte Frauen und Antifeministinnen*

akademische und mittelständische Personen, sollen mehr Kinder bekommen, Zuwanderung (auch und gerade durch Familiennachzug) soll gestoppt werden. Weiße, akademische Frauen sollen dementsprechend zum frühen und mehrmaligen Gebären und Erziehen von Kindern bewegt werden – beispielsweise durch Propaganda für Elternschaft, die bürgerliche Kleinfamilie und gegen Abtreibungen in Schule und Medien, durch einen Erlass der BAföG-Rückzahlungen bei Geburt eines Kindes während oder kurz nach Ende des Studiums und durch ein Familiensplitting, bei dem sich der nicht zu versteuernde Freibetrag des elterlichen Einkommens pro Kind erhöht.

Wider die weibliche Selbstbestimmung

Für den Fall, dass eine im binären Geschlechtersystem der AfD als weiblich eingeordnete Person sich diesen Vorstellungen widersetzt, setzt die Partei auf Sanktionierung sowie rigide staatliche Einschränkungen der persönlichen Entscheidungsfreiheit. So ist sie für die Wiedereinführung des Verschuldungsprinzips bei Scheidungen. »Schwerwiegendes Fehlverhalten gegen die eheliche Solidarität« (ohne klar zu definieren, welche Art von Verhalten hierunter fällt) soll wieder Grund sein zur Verweigerung der Unterhaltszahlungen durch die ökonomisch stärkere Seite, zumeist durch den früheren Ehemann. Bei der Frage nach staatlicher Unterstützung Alleinerziehender (in circa 85 Prozent der Fälle nach wie vor Frauen) soll darüber hinaus miteinbezogen werden, ob »diese Lebenssituation schicksalhaft, durch Selbstverschulden oder auf Grund eigener Entscheidungen zustande gekommen ist«. Durch diese Maßnahmen wird die Entscheidungsfreiheit verheirateter Frauen, insbesondere mit Kindern, sich scheiden zu lassen, mit ökonomischen Mitteln erschwert und sanktioniert. Beim Thema Abtreibungen wiederum fordert die AfD statt ergebnisoffener Schwangerschaftskonfliktberatung, diese solle vorrangig auf das Austragen der Schwangerschaft hinwirken. Sollten diese Beratungen nicht zu einer deutlichen Reduzierung der Abtreibungen aufgrund sozialer Indikation führen, erwägt die Partei gar »gesetzliche Korrekturen«, die einen »wirksame(n) Lebensschutz« gewährleisten sollen. Die Botschaft ist eindeutig: Wenn nicht weniger Personen »freiwillig« von einer Abtreibung absehen, soll der Zugang dazu weiter eingeschränkt werden.
Nicht zuletzt sei noch auf die Bevormundung muslimischer Frauen eingegangen, die sich für eine Verschleierung entscheiden. An dieser Stelle fordert die AfD ein Verbot von Burka und Niqab im öffentlichen Raum wie auch ein Verbot des Hijab im öffentlichen Dienst sowie für Lehrerinnen und Schülerinnen. Diese Frauen würden damit aus nahezu allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und insbesondere vom Zugang zu Bildung ausgeschlossen beziehungsweise massiv in ihrer Entscheidungsfreiheit eingeschränkt. Minderjährigen muslimischen Mädchen würde diese Freiheit aufgrund der geltenden Schulpflicht gänzlich genommen.
Es bleibt dabei die abschließende Frage, wie diese Politik mit einer Partei zusammengeht, an deren Spitze starke, durchsetzungsfähige Frauen stehen.

Starke Frauen müssen nicht feministisch sein

Das weibliche Interesse und Engagement an der extremen Rechten wurde seit den 1990er Jahren vielfältig untersucht. Festzuhalten bleibt, dass weiße Frauen nicht seltener extrem rechts eingestellt sind als weiße Männer. Rassismus, Nationalismus und Konventionalismus sind keine Fragen des Geschlechts. Eine Argumentation nimmt darüber hinaus das neoliberale Leistungsideal des »Sich-hoch-arbeitens«, das auch zahlreiche extrem rechte Frauen verinnerlicht haben, in den Blick. Mit einer Distanzierung vom Feminismus als »Emanzentum« und »Bevorzugung« erarbeiten sie sich zunehmend einflussreiche Sprecherinnenpositionen in der extremen Rechten, ohne dabei aber die systematische Benachteiligung von Frauen als Problem zu benennen oder die traditionellen Geschlechterrollen infragezustellen. Ihre Position betrachten sie als individuelle Entscheidung und Leistung, die an sich aber nicht als politische Botschaft verstanden werden soll.
Für extrem rechte Parteien und Organisationen, insbesondere für die so genannte »Neue Rechte«, die um ein modernes Auftreten bemüht ist, ist die Präsenz dieser Frauen für die Außenwirkung von Vorteil.
Nun ist die AfD keine extrem rechte Partei im klassischen Sinne. Zwar setzen sich zunehmend völkische Positionen durch, doch auch nationalliberale und christlich-konservative bis -fundamentalistische Kreise setzen ihre Akzente in der Programmatik. Mit Blick auf die Frontfrauen der Partei lohnt daher die Frage nach deren konkreten Interessen an der AfD.
So ist Alice Weidel nicht nur weiblich und lesbisch, sondern auch Ökonomin, erfolgreiche Unternehmensberaterin und ausgeprägte Kritikerin der europäischen Finanz- und Migrationspolitik. Sie selbst gibt an, sich nie diskriminiert gefühlt zu haben und dass es für sie wichtige Politikfelder gebe, deretwegen sie in die Partei eingetreten sei. Frauke Petry wiederum ist Chemikerin, ehemalige Unternehmerin und sorgt sich verstärkt um das Überleben des deutschen Volkes. Um dieses sicherzustellen, sei es zum einen wünschenswert, dass jede deutsche Familie mindestens drei Kinder habe. Zum anderen befürwortet sie eine Verschärfung der Regelung zum Schwangerschaftsabbruch. Zentrale Vertreterin der christlich-fundamentalistischen Positionen in der Partei ist Beatrix von Storch. Sie stammt aus einer politisch aktiven Adelsfamilie und ist im deutschen und europäischen Hochadel gut vernetzt. Mit ihrem klerikal-aristokratischen Kampagnen-Netzwerk »Zivile Koalition e.V.« setzt sie sich sowohl für die Interessen des Adels als auch für jene der abtreibungsgegnerischen Lebensschutz-Bewegung ein.
Alle drei Frauen lehnen Gender Mainstreaming als vermeintliche Bevorzugung ab und leben das neoliberale Ideal der leistungsorientierten Business-Frau. Besonders Petry verkörpert darüber hinaus das Bild der »Power-Frau«, die sowohl Karriere als auch traditionelle Familie zu meistern scheint. In der AfD verfolgen alle drei, genau wie ihre männlichen Parteigenossen, konkrete Interessen. Sie sind dabei bei weitem nicht die einzigen, die hierfür eine widersprüchliche Position in Kauf nehmen. In der politischen Auseinandersetzung gilt es daher, ihre jeweiligen Inhalte zu problematisieren anstatt sich an ihrem Geschlecht abzuarbeiten.

»Antisemitismus der Vernunft«

Antisemitismus ist in der »Alternative für Deutschland« mehr als nur ein Randphänomen. Wie Rassismus gehört er zum Kern rechten Denkens, nicht nur in der offen völkischen Variante.

von Igor Netz

Ausreichende Belege dafür, dass Antisemitismus in der »Alternative für Deutschland« (AfD) nicht konsequent bekämpft wird, sondern im Gegenteil antisemitische Einstellungen und Äußerungen ohne nennenswerten Widerspruch geduldet werden, gibt es zur Genüge. Ein aktuelles Beispiel ist das, mittlerweile entfernte, veränderte Porträt des SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz auf dem Facebook-Account der Partei. Im Stil antisemitischer NS-Propaganda wurde die Nase von Martin Schulz verlängert und ihm zusätzlich kleine Hasenzähne verpasst. Und als gälte es vor den Bundestagswahlen möglichst viele Beispiele dafür zu liefern, dass die Bekundungen des als »AfD-Manifest 2017« bekannt gewordenen Strategiepapiers, »als Partei Abstand zu Gruppierungen (zu) haben, die in den Augen des Mainstreams als rechtsextrem gelten« Makulatur sind, liefert der mittlerweile fraktionslose baden-württembergische ehemalige AfD-Landtagsabgeordnete, Wolfgang Gedeon, ganz pünktlich. Er behauptet in seinem Pamphlet, betitelt als »Strategisches Papier zur Situation vor der Bundestagswahl« vom 2. April dieses Jahres: »Im ideologischen Frontalangriff gegen AfD und rechte Opposition (›Kampf gegen rechts‹) spielen drei Kampfbegriffe eine strategische Rolle: Rassismus, Antisemitismus und Verschwörungstheorie.« In diesem Zusammenhang heißt es bei ihm: »Von seiner Zielrichtung her ist das ideologische Konstrukt des sog. ›sekundären Antisemitismus‹ vor allem antideutsch.«

Sekundärer Antisemitismus

Nach der Befreiung der Konzentrationslager im Jahr 1945 hatte der alte, rassistisch fundierte Antisemitismus erst einmal ausgedient. Die weitgehende Vernichtung der europäischen Juden machte ihn als Bezugspunkt weithin unmöglich. Der Antisemitismus war nach der militärischen Niederlage Nazi-Deutschlands allerdings nicht einfach aus den Köpfen der nun ehemaligen VolksgenossInnen verschwunden. Er suchte sich eine Umwegkommunikation und ging über in das, was in der Wissenschaft Kommunikationslatenz genannt wird. Wesentliche Motive des sekundären Antisemitismus sind die Opfer-Täter-Umkehr, die – schon 1945 auftauchende – Forderung nach einem Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit sowie die Leugnung und Relativierung des Holocaust. Fortan wurde nicht mehr von ›Juden‹ gesprochen, wollte man sich abschätzig über diese äußern, sondern von ›Zionisten‹. Begriffe wie »Zionist Occupied Government« oder »Ostküste« dürften nahezu allen AntifaschistInnen als Teil extrem rechter Verschleierungs- und Codierungsstrategien bekannt sein. Der sekundäre Antisemitismus ist allerdings kein Phänomen, das nur Neonazis betrifft. Er ist zum Beispiel in der Affäre von 2003 um das ehemalige CDU- und jetzige AfD-Mitglied Martin Hohmann in der bürgerlichen Mitte und selbst in Teilen der Linken verbreitet. Aus der Perspektive von Gedeon und anderen AfD-Mitgliedern ist es nahezu eine Pflichtaufgabe, das Konzept des sekundären Antisemitismus sowie WissenschaftlerInnen wie Wolfgang Benz, den ehemaligen Leiter des »Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung«, zu diskreditieren. Schließlich schöpft die AfD auch aus diesem Reservoir an Ressentiments, um das sich konsequenterweise verschwörungsideologisches Denken gruppiert.

In der Person Gedeon verdichtet sich vieles an antisemitischen Sichtweisen, was in der Gesamtpartei präsent ist. Seine Bücher »Der grüne Kommunismus und die Diktatur der Minderheiten« (2012) und die dreibändige »Christlich-europäische Leitkultur« (2009), erschienen unter dem Pseudonym W.G. Meister, sind voller Belege für Gedeons antisemitische Weltsicht. Er bezieht sich darin positiv auf die »Protokolle der Weisen von Zion« – das auf Fälschungen beruhende internationale Standardwerk der AntisemitInnen seit Beginn des 20. Jahrhunderts. Im erstgenannten Buch bezeichnet er dieses Pamphlet als intellektuell »hochwertig, ja genial« und deklariert es als »politisch-strategisches Herrschafts- und Eroberungskonzept«. Gedeon zufolge seien die Protokolle weder eine Fälschung noch antisemitisch, sondern antizionistisch, wie bereits aus dem Titel hervorgehen würde. Ein weiteres Thema Gedeons ist Holocaust-Leugnung, die er allerdings selbst nicht direkt und offensichtlich betreibt. Vielmehr wählt er am Beispiel des Holocaustleugners Horst Mahler einen Umweg, indem er dessen juristische Sanktionierung der Leugnung der Vernichtung der europäischen Juden als »Indikator für eine totalitäre, in heutiger Diktion autoritär-faschistische Justiz« bezeichnet, welche die Meinungsfreiheit untergraben würde. Die Beispiele stammen aus der Zeit vor Gedeons Aktivitäten in der AfD. Dieselben Inhalte sind weiterhin auf seiner Homepage einsehbar. Jede spätere Distanzierung seitens der Partei gegenüber der Person Gedeon dürfte eher taktisch motiviert sein als auf einem wirklichen Problembewusstsein beruhen.

Weniger subtil

Doch es geht beim Thema Antisemitismus in der AfD nicht allein um das manifeste Ressentiment, das »Gerücht über die Juden«, wie es Theodor W. Adorno nannte. Wo Gedeon die Grenzen des Sagbaren für Holocaustleugnung verschiebt, ging Björn Höcke in seiner inzwischen berühmt-berüchtigten Dresdner Rede im Januar dieses Jahres bei der »Jungen Alternative« aufs Ganze. Wenn Höcke von der AfD als »einer fundamentaloppositionellen Bewegungspartei« spricht, knüpft er direkt an Adolf Hitler an, der die NSDAP die »Partei der Bewegung« nannte. Der brisante geschichtspolitische Kern von Höckes Rede ballt sich allerdings in ihrem letzten Drittel. Dort spricht der völkische Politiker davon,

dass die Bombardierung Dresdens im Februar 1945 ein Kriegsverbrechen gewesen sei, das dazu diene »uns unsere kollektive Identität« zu rauben. Weiter heißt es bei Höcke, man »wollte uns mit Stumpf und Stiel vernichten« und hätte dies »mit der dann nach 1945 begonnenen Umerziehung (...) auch fast geschafft«. Die Täter-Opfer-Umkehr in diesen Passagen ist offensichtlich. Gerade weil sich kein ausdrücklicher Bezug auf die nationalsozialistische Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden findet – offensichtlich gibt es beim Geschichtslehrer Höcke nicht einmal den Ansatz eines entwickelten historischen Verantwortungsgefühls – bricht sich kaum verbrämter Antisemitismus Bahn. Er braucht die Aufrechnung zur Stilisierung der deutschen Bevölkerung als Opfer. Entsprechend fordert der Thüringer Fraktionsvorsitzende eine »erinnerungspolitische Wende um 180 Grad«. Die aufgeführten Zitate gingen durch die Presselandschaft und wurden zu Recht skandalisiert. Sie führten zu einer Entrüstung, die quer durch alle Parteien und gesellschaftlichen Spektren ging. Auch innerparteilich wurde Höcke durch die Bundesführung angegangen. Der Bundesvorstand strengte ein in diesem Gremium umstrittenes Parteiausschlussverfahren an, über das bis heute noch nicht entschieden ist – vor den Bundestagswahlen wird wohl kaum mit einer Entscheidung zu rechnen sein.

Die gesellschaftliche Empörung über die Dresdner Rede übertraf in ihrer Vehemenz andere Reaktionen auf Äußerungen des AfD-Rechtsaußen. Sie wirkte auch tiefer als die Skandalisierung von Frauke Petrys Versuch zur Rehabilitierung des rassistisch geprägten Begriffs »völkisch«. Der beispiellose Ausschluss eines Politikers, nämlich der Person Björn Höcke, von den Gedenkveranstaltungen in Buchenwald und im Thüringer Landtag zeugt von der tiefgreifenden Verstörung, die seine Äußerungen hervorgerufen haben. Der Grund hierfür dürfte nicht allein in einer besonderen Sensibilität gegenüber Antisemitismus zu suchen sein. Vielmehr zielt die Rede von Höcke durch die Verächtlichmachung des Berliner Denkmals als »Denkmal der Schande« auf den Kern der nationalen Identität der Republik nach 1990. In der ideologischen Instrumentalisierung der Geschichte für die Absicherung der liberalen Demokratie nach 1990 liegt denn auch ein Grundproblem des bundesdeutschen Erinnerungsdiskurses. Höcke, der Frontmann der völkisch ausgerichteten AfD-Plattform »Der Flügel«, greift zur Delegitimierung der bürgerlichen Demokratie diesen Diskurs immer wieder vehement an. Insofern ist es berechtigt, seine Strategie mit dem von Adolf Hitler stammenden Begriff eines »Antisemitismus der Vernunft« in modernisierter, sekundär antisemitischer ausgerichteter, Form zu belegen. Ganz auf dieser Linie liegt auch Jens Maier, AfD-Bundestagskandidat und Richter am Landgericht Dresden. Seine auf Höcke bezogene Äußerung, dass »diese ganze gegen uns gerichtete Propaganda und Umerziehung, die uns einreden wollte, dass Auschwitz praktisch die Folge der deutschen Geschichte wäre«, mündet in der Forderung nach einem Schlussstrich: »Ich erkläre hiermit diesen Schuldkult für beendet, für endgültig beendet.« Auch aus dem sachsen-anhaltischen Landesverband der AfD war bereits Einschlägiges zu vernehmen. So forderte Landeschef André Poggenburg im April 2014, wie die »Volksstimme« berichtete, die Ausweisung von Michel Friedmann. Von Dirk Hoffmann, Vorstandsmitglied im selben Landesverband, konnte man hören, dass der Gaza-Krieg »mindestens genauso schlimm« gewesen sei wie der Holocaust.

Die Anderen

Nun ließe sich einwenden, Positionen wie die von Gedeon, Höcke und Maier wären in der AfD umstritten. Doch wie sieht es beispielsweise bei der symbolischen Gegenspielerin Frauke Petry aus? Schließlich behauptete sie gegenüber der Tageszeitung »Die Welt«, die AfD sei »einer der wenigen politischen Garanten jüdischen Lebens auch in Zeiten illegaler antisemitischer Migration nach Deutschland« und, es gehöre »für die AfD zum politischen Selbstverständnis, an die Grauen des Holocaust zu erinnern.« Angesichts der offensichtlichen Externalisierung von Antisemitismus sind solche Äußerungen als Ablenkung vom innerparteilichen (antimuslimischen) Rassismus leicht durchschaubar. Dementsprechend hat nicht allein der Zentralrat der Juden in Deutschland solche Avancen vehement zurückgewiesen. Derweil kann Petry ihre »Garantien« noch nicht einmal in ihrer eigenen Partei durchsetzen – der Bundesparteitag in Köln am 22./23. April lehnte es ab, sich mit ihrem Antrag, dass »in der AfD für rassistische, antisemitische, völkische und nationalistische Ideologien kein Platz« sei, zu befassen.

Auf Widerspruch stieß auch Markus Pretzell, als er während eines Treffens der extrem rechten Fraktion des EU-Parlaments »Europa der Nationen und der Freiheit« im Januar dieses Jahres postulierte, »Israel ist unsere Zukunft« und damit Bezug auf die israelische Anti-Terror-Politik nahm.

Pretzells Ausspruch kann als ebenso instrumentell eingestuft werden wie Petrys Philosemitismus. Während die radikal völkischen NationalistInnen in der AfD für einen grundlegenden Bruch mit der deutschen Vergangenheitspolitik zwecks Restauration des Nationalismus stehen, wirken Positionen à la Petry und Pretzell moderner und somit anknüpfungsfähig für breitere Teile der Gesellschaft. Beiden gemein ist, dass sie auf Bildern von Jüdinnen und Juden, beziehungsweise des israelischen Staates, beruhen, die ein Ausdruck eigener Projektionen und Wünsche sind. Auf der breiten Klaviatur des Antisemitismus sind letztlich freilich beide zu verorten.

Partei des Militarismus

Die »Alternative für Deutschland« verteidigt das Soldatentum und die Traditionen der deutschen Armeen. Sie steht für mehr Militär und Wehrpflicht zur Durchsetzung deutscher Interessen.

von Lucius Teidelbaum

Erst vor kurzem, im Mai 2017, gründete sich der »Arbeitskreis Bundeswehr und Wehrpolitik in der AfD«. Im Gründungsdokument fordert die Gruppe aus aktiven und ehemaligen Soldaten »eine schlagkräftige und einsatzbereite Bundeswehr« und die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Eine »europäische Armee« wird abgelehnt und stattdessen das Bekenntnis zum »Dienst an Volk und Vaterland und Wahrung soldatischer Tugenden« abgelegt. Es gelte, die »Werte deutschen Soldatentums« und ein Traditionsverständnis zu würdigen, »das die herausragenden Leistungen deutscher Soldaten vergangener Generationen angemessen würdigt«. Die »Alternative für Deutschland« (AfD) wünscht sich insgesamt einen höheren Stellenwert des Militärischen in der Gesellschaft. Den ausgewiesenen Bismarck-Fans Björn Höcke oder Alexander Gauland, die in der Partei eine wichtige Rolle spielen, dürften dabei preußische Verhältnisse vorschweben. Speziell Gauland lieferte bereits vor einigen Jahren Einblicke in seine militaristische Gedankenwelt: »Die Deutschen haben ein gestörtes Verhältnis zur militärischen Gewalt. Sie betrachten sie nicht als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln im Sinne von Clausewitz, sondern als das schlechthin Böse und Falsche, als ein Mittel, aus dem nie und unter keinen Umständen Brauchbares entstehen könne. (…) Statt (…) immer von Neuem die pazifistische Melodie zu singen, wäre es klug, eine politische zu intonieren, weil eben militärische Gewalt (…) nicht an sich schlecht, sondern nur als falsche Politik schlecht ist. Das aber setzt voraus, dass die Deutschen wieder eine Tatsache der Weltgeschichte akzeptieren lernen, die Bismarck in seiner ersten Regierungserklärung als preußischer Ministerpräsident 1862 in die berühmten Worte fasste: ›Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen – sondern durch Eisen und Blut.‹«

Effizientere Armee

In rechten Kreisen wird oft der Zustand der als »Uschi-Wehr« geschmähten Bundeswehr beklagt. Auch die von Höcke und Gauland im November 2015 veröffentlichten »Grundsätze für Deutschland« kritisierten: »Deutschland muß selbstbestimmt handeln!«. Und: »Deutschland ist nach Einschätzung höchster Sicherheitsbeamter nicht mehr in der Lage, die innere wie die äußere Sicherheit zu garantieren. Und was macht die Bundeswehr? Sie dient in der ganzen Welt fremden Interessen, während die hiergebliebenen Soldaten ihre Kasernen für Asylsuchende räumen und Toiletten in Erstaufnahmeeinrichtungen reparieren.« Auch im Bundesparteiprogramm beklagt sich die AfD: »Die deutschen Streitkräfte sind derzeit nur noch bedingt einsatzbereit. Durch politische Fehlentscheidungen und grobes Missmanagement wurden sie über nahezu drei Dekaden hinweg vernachlässigt. Sie müssen in vollem Umfang wieder in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben wirkungsvoll und nachhaltig zu erfüllen. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass Nato, EU und internationale Staatengemeinschaft Deutschland als gleichberechtigten Partner wahrnehmen.« Eine effiziente Armee wird aber als Garant zur Wahrung deutscher Interessen betrachtet. Deswegen fordert die AfD in ihrem Programm, »die militärischen Fähigkeiten der deutschen Streitkräfte wiederherzustellen« und begründet das: »Diese von der AfD geforderte Wiederherstellung soll nicht nur die Landesverteidigung als zentrale Aufgabe der Bundeswehr sicherstellen, sondern die deutschen Streitkräfte auch in erforderlichem Maß zur Bündnisverteidigung und Krisenvorsorge befähigen.« Hierfür benötige Deutschland »Streitkräfte, deren Führung, Stärke und Ausrüstung an den Herausforderungen künftiger Konflikte orientiert sind und höchsten internationalen Standards entsprechen, die gründlich und an den modernen Einsatzerfordernissen orientiert ausgebildet werden und die eine am Wohl der Truppe orientierte Verwaltung mit deutlich reduzierter Bürokratie vorhalten.«

Re-Militarisierung

Für die politische Rechte ist die Funktion und Aufgabe der Bundeswehr ideologisch aufgeladen. Es geht nicht nur um ein Instrument deutscher Machtpolitik. Eine Armee ist auch Ausdruck von Souveränität und eine Wehrpflichtarmee gilt als Erziehungsinstrument für junge Männer. Militarismus – oder in der eigenen Sprache »Wehrhaftigkeit« – ist ein wichtiges Element von Nationalismus und extrem rechter Ideologie. Die AfD steht deswegen innenpolitisch auch für eine Re-Militarisierung der Gesellschaft und tritt für die Wiedereinführung der Wehrpflicht ein. Im Bundesparteiprogramm heißt es: »Die Landesverteidigung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Sie betrifft den Kern staatlicher Existenz und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Daher ist der Auftrag der Bundeswehr Verpflichtung für jeden Staatsbürger.« Zur Begründung wird angeführt: »Durch die Rückkehr zur Allgemeinen Wehrpflicht schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass sich die Bevölkerung mit ›ihren Soldaten‹ und ›ihrer Bundeswehr‹ identifiziert, mit Streitkräften, die in der Bevölkerung fest verankert sind, dass sich das Bewusstsein für die wehrhafte Demokratie wiederbelebt, dass nachhaltig Nachwuchs aus allen Gesellschaftsschichten gewonnen wird und damit eine intelligentere Armee möglich wird, dass ein breites Potential an Reservedienstleistenden entsteht.« Zur Militarisierung der Gesellschaft ist auch ein Vorschlag der AfD in Baden-Württemberg zu zählen: »Wir regen an, einen ›Tag des Heimatschutzes‹ einzuführen, an dem Bundeswehr, Feuerwehren, Polizei und THW über ihre Arbeit informieren.« Ebenso heißt es im Landesparteiprogramm: »Jugendoffiziere der Bundeswehr informieren über die Streitkräfte. Das sollen sie weiterhin und ohne Beschränkung an Baden-Württemberger Schulen tun dürfen.« Im Landtagswahlprogramm der AfD in Sachsen-Anhalt werden zudem Soldaten vor »Beleidigungen oder Verunglimpfungen« in Schutz genommen.

Streitfrage NATO

In der AfD gibt es zur NATO eine Minderheiten- und eine Mehrheitsposition. Nationalistischen Motiven entspringt die Ablehnung der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands durch wichtige VertreterInnen des ultrarechten Parteiflügels. Dies wird meist von einer demonstrativen Hinwendung zu Russland begleitet. Dieser Teil der AfD will einen Austritt aus der NATO, um so besser deutsche Interessen wahrnehmen zu können. Durch den Austritt von Ex-Parteichef Bernd Lucke wurde diese Position gestärkt. Doch die Mehrheit ist weiterhin für einen Verbleib in dem Militärbündnis, wie es im 2016 verabschiedeten Bundesparteiprogramm ausdrücklich heißt. Abgelehnt werden aber NATO-Interventionen ohne UN-Mandat: »Nato-Einsätze außerhalb des Bündnisbereichs, an der (sic) sich deutsche Streitkräfte beteiligen, sollten grundsätzlich unter einem UN-Mandat stattfinden und nur, wenn deutsche Sicherheitsinteressen berücksichtigt werden.« Auch



für »den Abzug aller auf deutschem Boden stationierten alliierten Truppen und insbesondere ihrer Atomwaffen« setzt sich die AfD ein.

Militärs in der AfD

Der hohe Stellenwert der Militär-Politik in der AfD dürfte auch seine Ursache in den zahlreichen ehemaligen und aktiven Bundeswehr-Angehörigen in der Partei haben. So haben mehrere Landtagsabgeordnete – also herausgehobene Akteure der Partei – eine biografische Verbindung zur Bundeswehr. Beispielsweise wurde der Oberstleutnant der Reserve, Lars-Patrick Berg, aus Heidelberg im März 2016 für die AfD in den Landtag von Baden-Württemberg gewählt. Uwe Junge ist nicht nur seit August 2015 Landesvorsitzender der AfD in Rheinland-Pfalz und frisch gewählter Landtagsabgeordneter, sondern auch Berufsoffizier bei der Bundeswehr im Rang eines Oberstleutnants. Er diente als Dezernatsleiter im Zentrum Operative Kommunikation der Bundeswehr in Mayen bei Koblenz. Andreas Kalbitz aus Königs Wusterhausen sitzt für die AfD im Landtag von Brandenburg. Er gilt als Gaulands Kronprinz und war 1994 bis 2008 Zeitsoldat bei der Bundeswehr. André Wendt aus Dresden ist Abgeordneter der AfD im sächsischen Landtag, trat 1993 der Bundeswehr bei und war seit 1999 Berufssoldat. Bis heute gehört er dem Bundeswehrverband an. Ein Fraktionskollege von ihm in Dresden ist der ehemalige Zeitsoldat Sebastian Wippel aus Görlitz. In der sächsischen AfD ist er sicherheitspolitischer Sprecher. Der Fraktionsvorsitzende der AfD im Berliner Abgeordnetenhaus und Landesvorsitzende der Partei, Georg Pazderski, ist ein ehemaliger Oberst im Generalstabsdienst der Bundeswehr. In der Partei ist er Koordinator für Außen- und Verteidigungspolitik und Vorsitzender des Bundesfachausschusses »Internationale Verantwortung Deutschlands«. Pazderski kann auf eine interessante Karriere im Militär zurückblicken. Er war bis 2010 sicherheitspolitischer Berater des Ständigen Deutschen Vertreters bei der EU in Brüssel, Leiter einer Internationalen Planungs- und Analysegruppe im Hauptquartier eines Regionalkommandozentrums der US-Armee und als Abteilungsleiter für Logistik der NATO in Lissabon tätig. Und mit Thorsten Weiß zog auch der ehemalige Zeitsoldat und Offizier einer Panzertruppe der Bundeswehr für die AfD in das Berliner Parlament ein. Auch andere wichtige Parteimitglieder können auf eine Bundeswehr-Vergangenheit zurückblicken. So leitet beispielsweise der Fernsehjournalist und Reserveoffizier Armin-Paul Hampel den AfD-Landesverband Niedersachsen. Der ehemalige CDU-Rechtsaußen und Reserveoffizier Martin Hohmann kandidierte bei den Kommunalwahlen im März 2016 in Hessen als Spitzenkandidat der AfD in Fulda. Der Mitarbeiter des Bundeswehr-Geheimdienstes »Militärischer Abschirmdienst«, Hendrik Rottmann, kandidierte für die AfD als Oberbürgermeister in Köln. Den Rechtspopulisten dürfte zu Gute kommen, dass der Inlandsgeheimdienst »Verfassungsschutz« und der MAD den Bereich »Rechtsextremismus« im Wesentlichen auf Neonazismus verengen.

Mobilmachung von Rechts

Die Militärs in den Reihen der AfD werden auch weiter für die anhaltende militaristische Positionierung der AfD sorgen. Bei der Entwicklung eines militärpolitischen Programms könnte künftig das »Studienzentrum Weikersheim« (SZW) helfen, eine Gründung des »Stahlhelmflügels« der CDU, das sich zunehmend von der Union abkoppelt hat. Das SZW veranstaltete in den letzten Jahren mehrfach »Sicherheitspolitische Seminare« mit Vorträgen von Militärs und Ex-Militärs, die auch von AfD-Mitgliedern besucht wurden. NATO-kritische Töne oder die Ablehnung von militärischen Interventionen in der AfD dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass dies nur aus nationalistischen Motiven geschieht. Militärische Interventionen, die in ihrer Sicht den Interessen Deutschlands entsprechen, werden kaum abgelehnt werden. Mit der zunehmenden Etablierung der AfD besteht die Gefahr, dass auch ihr militärpolitisches Programm Einfluss erhält. Eine direkte Einflussnahme droht kaum, denn eine direkte Regierungsbeteiligung ist nicht absehbar. Aber ihr indirekter Einfluss durch die Übernahme von Programmpunkten durch andere Parteien ist bereits spürbar. Dieser indirekte Einfluss dürfte nach dem Einzug in den Bundestag im September 2017 weiter steigen.

Vom Autor erschien jüngst die Studie »Die AfD als Partei des (alten) deutschen Militarismus« (www.imi-online.de).

»Einige meiner besten Freunde«

Mit Schadenfreude und Häme werden in deutschen Medien Minderheiten – vor allem Schwarze und Homosexuelle – in der »Alternative für Deutschland« bedacht, so als müsste man ihnen nur erklären, dass ihre Mitgliedschaft in der Partei ein Widerspruch sei. Doch genau diese Widersprüchlichkeit auf unterschiedlichen Ebenen macht den autoritären Charakter dieser Partei aus.

von Lara Schultz



^ *Wahlkampf-Auftakt für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2017 – Frauke Petry mit Russlanddeutschen*

Vier Thesen: Erstens: Die AfD ist in weiten Teilen eine nationalistische, Homosexualität ablehnende und rassistische Partei. Zweitens: Die AfD fühlt sich, vielleicht zu Recht, als inhaltlicher und programmatischer Mainstream und wünscht sich entsprechend, dass die Zustimmung und Akzeptanz in der Bevölkerung auch in mehr WählerInnenstimmen Ausdruck finden würde. Drittens: Um potentielle neue WählerInnengruppen anzusprechen, biedert sich die AfD sogar an solche Minderheiten ran, die auch ihr Feindbild sein könnten. Viertens: Die AfD geriert sich einerseits als radikale Minderheit, als Feind des Establishments, vertritt aber gleichzeitig auch mehrheitsfähige Positionen.

Diese widersprüchliche Kombination aus Ausgrenzung und Diskriminierung, Größen- und zugleich Verfolgungswahn und Untergangsattitüde (oder eben: Überlegenheitsphantasien und Opferstilisierung) ist auch dem historischen und aktuellen Faschismus immanent.

In der deutschen Medienlandschaft stößt diese Widersprüchlichkeit auf Unverständnis, gepaart mit Sensationslust – als wäre die »Alternative für Deutschland« (AfD) mit ihren Positionen nicht bereits mehr als genug und gerne skandalreich in den Medien präsent. Egal ob Printmedien oder öffentlich-rechtliches Fernsehen, es wird sich auf Minderheiten in der AfD geradezu gestürzt: So titelt die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«: »Was will ein Schwarzafrikaner in dieser Partei?«, »jetzt.de« und »Stern« fragten fast wortgleich: »Was machen Homosexuelle in der AfD?« beziehungsweise: »Was wollen denn Homosexuelle in der AfD?«. »Vice« führt ein Interview mit »Jana Schneider, 22, lesbisch, Landesvorsitzende der AfD-Jugend – Wir haben sie gefragt: Warum?« Die »Welt« schreibt über das AfD-Büro in Kiel: »Auf die Scheiben des Büros ist mit schwarzer Farbe gesprüht: ›Nazis raus‹. Der Mann ist aber gar kein Nazi, sondern Achille Demagbo, ein aus dem westafrikanischen Benin stammender Sprachwissenschaftler und Konferenzdolmetscher.« Was wie ein logischer Schluss klingt – klingen soll –, geht von falschen Prämissen aus: Kein Sprachwissenschaftler ist Nazi? Kein Schwarzer ist rechts? Ressentiments und Vorurteile finden sich aber nicht ausschließlich bei der Mehrheit oder den »Stärkeren«, wenn auch Minderheiten oder selbst Diskriminierte weniger – oder keine – diskursive oder reale Macht zur Ausgrenzung haben. Dennoch: Auch (potentiell) selbst von Diskriminierung Betroffene haben Ressentiments. Es gibt antifeministische Frauen, rassistische Nicht-Deutsche, antisemitische Jüdinnen und Juden, es gibt Lesben und Schwule, die Homosexualität ablehnen, ebenso wie antisemitische Frauen und antifeministische Nicht-Deutsche. Für die politische Diskussion wichtig ist die banale Erkenntnis, dass sich aus Identitätsmerkmalen nicht auf Einstellungen schließen lässt.

Besorgte Familien

Ein Blick in das Grundsatzpapier der Partei oder auch in das aktuelle Bundestags-Wahlprogramm lässt keinen Zweifel an der Ausrichtung der AfD. So fordert sie ein »Europa der Vaterländer«, was dem Ethnopluralismus zugrunde liegt, wie er von Alain de Benoist formuliert und der vor allem von der NPD und anderen extremen Rechten verwendet wird. Sebastian Friedrich beschreibt das Phänomen als »eine Art modernisierter Rassismus«, in dem die biologistische Argumentation ersetzt wird durch das Festschreiben »unüberbrückbarer kultureller Unterschiede«, aus dem sich die Notwendigkeit der nationalen und kulturellen Identität eines jeden Volkes ableite.

Das Wahlprogramm sieht eine »kinderfreundliche Gesellschaft und (den) Erhalt des Staatsvolks« vor, diese seien als Staatsziel ins Grundgesetz aufzunehmen: »Der Erhalt des eigenen Staatsvolks ist vorrangige Aufgabe der Politik und jeder Regierung. Dies kann in der derzeitigen demographischen Lage Deutschlands nur mit einer aktiven Bevölkerungspolitik gelingen. Die AfD will, dass sich die Familienpolitik des Bundes und der Länder am Bild der Familie aus Vater, Mutter und Kindern orientiert. Wir lehnen alle Versuche ab, den Sinn des Wortes ›Familie‹ in Art. 6, Abs. 1 Grundgesetz auf andere Gemeinschaften auszudehnen und der Familie auf diesem Wege den besonderen staatlichen Schutz zu entziehen.« Unter »Staatsvolk« scheint die AfD jedoch nicht ein rechtliches Verhältnis zum Staate zu meinen, sondern eine rassische Kategorie. Den Erhalt des eigenen Staatsvolks zu sichern bedeutet dann nicht anderes, als den »großen Austausch«, wie beispielsweise die »Identitären« Migrationsbewegungen nennen und hierbei einen geheimen Plan unterstellen, zu verhindern. Und die heterosexuelle Familienkonstellation Vater-Mutter-Kinder soll genau dazu beitragen. Eben deshalb wendet sich die AfD gegen jede staatliche Förderung von »Gender-Studies«, da »viele der im



Bereich des ›Gender-Mainstreamings‹ vertretenen Ansichten (…) den Ergebnissen der Naturwissenschaft, der Entwicklungspsychologie und der Lebenserfahrung« widersprächen. Die »Gender-Ideologie« marginalisiere »naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern« und wirke damit »traditionellen Wertvorstellungen und spezifischen Geschlechterrollen in den Familien entgegen«.
Björn Höcke, der zugegebenermaßen eine besonders radikale Minderheit in der AfD vertreten mag, dennoch Landessprecher und -fraktionsvorsitzender ist, nennt die »Auflösung der natürlichen Geschlechterordnung«, das Gender-Mainstreaming,»dekadent«; »jeder weiteren Auflösung dieser Keimzelle unseres Volkes« [die Familie, LS] müsse energisch entgegen getreten werden. »Keimzelle« scheint dabei der Lieblingsbegriff Höckes zu sein. Die Familie mit Vater, Mutter, Kindern sei darüber hinaus die »Keimzelle unserer Gesellschaft« – das erinnert an die nationalsozialistische Vorstellung der Familie als »Keimzelle der Volksgemeinschaft«.

Besorgte Homosexuelle

Auch die bereits erwähnte Jana Schneider teilt das Familienbild der Partei: Das sei eben ein Problem, so sagte sie dem »Vice Magazin«, »mit dem man sich als Homosexueller auseinandersetzen muss: Wie man Sorge dafür trägt, dass ein Kind alles hat, auch eine Mutter und einen Vater.« Für diese Übernahme heteronormativer Denkweisen in einem queeren Diskurs prägte die Queer-Theoretikerin Jasbir Puar den Begriff Homonationalismus. Menschenverachtende Positionen machen auch vor homosexuellen Menschen nicht Halt, da deren Erfahrung der Differenz zur Mehrheitsgesellschaft eben nicht zwangsläufig solidarisch macht. Auch hier findet sich der Wunsch, zur Mehrheit zu gehören, die Norm zu sein und die Norm zu bestimmen, Macht über andere ausüben zu können.
Alexander Tassis, der damalige Bundessprecher der »Homosexuellen in der AfD«, möchte beispielsweise im Schulunterricht lieber die Nennung von schwul-lesbischen Vorbildern sehen, als die Frage nach gesellschaftlicher Akzeptanz von alternativen Lebensentwürfen zu thematisieren: »Wir wollen das Thema Homosexualität auf traditionelle Art behandeln. Zum Beispiel durch die Nennung von großen Vorbildern aus der deutschen Geschichte. Alexander von Humboldt, Franz Schubert etc. Was nutzen denn dem Schüler irgendwelche Rechenbeispiele oder absurde soziologische Modelle? Der will doch Vorbilder haben. Ein Schubert-Liebeslied richtet sich immer an einen Mann. Schubert war stockschwul und ist einer der großen Kulturträger der österreichisch-deutschen romantischen Tradition. Das sind doch Dinge, mit denen man anfangen kann, um Homosexuelle als normal erscheinen zu lassen.« Hier lässt dann Freud grüßen: Für Tassis sind Homosexuelle eben nicht normal. Aber man könne sie möglichst normal erscheinen lassen.

Besorgte MigrantInnen

Die Einforderung ihrer Etabliertenvorrechte wird auch von Menschen mit Migrationsgeschichte erhoben: Ihr Rassismus richtet sich dabei gegen neue Einwanderungsgruppen, insbesondere gegen Geflüchtete, im Sinne einer Nützlichkeitsargumentation. Man selbst habe sich integriert, genügsam und fleißig in der Arbeit. Manche Menschen mit Migrationshintergrund, gerade solche mit rechtskonservativem oder streng katholischem Weltbild, teilen die Vorstellungen der AfD, wenn sie ein antimodernes Familien- und Geschlechterbild vertritt. Hiermit kann die Partei auch bei manchen Russlanddeutschen punkten, die sich als »Russlanddeutsche in der AfD« zusammengeschlossen haben: »Die Russlanddeutschen befinden sich momentan nach der Suche nach einer Partei, die ihre Belange und Interessen vertritt und für konservative sowie christliche Werte eintritt. Die Partei soll für die Interessen der Familien, gegen eine potentiell bedrohende Islamisierung Deutschlands und für eine ausgewogene Innen- und Außenpolitik im Interesse Deutschlands stehen.« Und während die AfD einerseits Deutsch als Pflichtsprache fordert, übersetzt sie andererseits Flyer und sogar diverse Wahlprogramme auf Russisch.
In ihrer Minderheitenpolitik hat die AfD vor allem deutsche Minderheiten im Blick, ganz in der Tradition extrem rechter Parteien. Neben den Russlanddeutschen hat sich im März 2017 auch eine »Vereinigung der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten in der Alternative für Deutschland – VAdM« gegründet. In der Gründungserklärung wird die besondere Bedeutung und das »schwere Schicksal« in der Nachkriegsgeschichte der »Volksdeutschen« betont. Im Mai gründeten sich dann – zumindest auf Facebook – die »Migranten in der AfD–Neudeutsche Hoffnungsträger«, ein Netzwerk aus »persisch-, polnisch-, bosnisch-, türkisch-, afrikanisch- und griechischstämmige(n) Menschen als stolze Deutsche«. Ziel dieser Vereinigung: für »Einwanderer aus aller Herren Länder ein kraftvolles, integrierendes, gemeinsames, geisterfülltes Deutschsein auf Grundlage der deutschen Leitkultur als Erfolgsmodell vorzuleben und konzeptuell anzubieten.« Am Beispiel der Integrationspolitik zeigt sich dann auch, wie die AfD Minderheiten gegeneinander ausspielt. Vorrangig ginge es ihr um die »soziale Lage behinderter Bürger«, die zu verbessern sei – statt »eine Million Neubürger zu alimentieren.« Ob die Partei letztendlich bereit wäre, so genannte »Nicht-Deutsche« als Teil ihrer rassistischen »Volkgemeinschaft« zu akzeptieren, bleibt somit dahingestellt.

Der autoritäre Charakter

Die scheinbare Sensation – Schwarze, Homosexuelle und andere Minderheiten in der AfD – ist gar keine. Doch dies lässt sich in Anlehnung an die Sozialwissenschaftler Theodor Adorno und Max Horkheimer mit dem widersprüchlichen Wunsch der autoritären Persönlichkeit, sowohl Teil der Autorität und des dominanten Kollektivs zu sein, als auch sich dieser Autorität zu unterwerfen, erklären.
Noch besser bringt der AfD-Kreisverband Bodensee, das Hin und Her der Partei und diesen Widerspruch, gleichzeitig Mehr- und Minderheit zu sein, auf den Punkt: »(D)ie AfD (vertritt) in vielen entscheidenden Fragen Mehrheitspositionen und in anderen entscheidenden Fragen Positionen relevanter Minderheiten«.

»Die AfD ist die einzig wählbare Partei«

Ein Verein in Deutschland macht Gratis-Werbung für die »Alternative für Deutschland«. Eine Agentur aus der Schweiz hilft bei der Kampagne.

von Andreas Speit

»Bewusst parteipolitisch ungebunden«. Mit diesen drei Worten beschreibt der Vorsitzende David Bendels das Selbstverständnis des Vereins. Die »politische Meinungsbildung« und die »demokratische Debattenkultur« wollen man in Deutschland fördern, betont er. Schon öfter zeigte der »Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten« allerdings, mit wem er debattieren mag und wen er besonders fördern möchte. Auf der Burg Lichtenberg (Baden-Württemberg) richtete der Verein am 25. März seine Frühjahrstagung aus. Unterstützt vom »Studienzentrum Weikersheim« (SZW). Der Stargast: Thilo Sarrazin. Unter den TeilnehmerInnen: Alice Weidel. Der Vereinsvorsitzende, der Bestsellerautor und die AfD-Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl gruppierten sich gleich für eine Aufnahme. Freundlich lächeln sie in die Kamera.
Der Andrang zu dem Vortrag »Demografie und Einwanderung – Staat und Währung: Wie die Politik versagt« von Sarrazin war so groß, dass die Anmeldeliste »schnell geschlossen werden« konnte, schreibt der Verein auf seiner Website. »Wir sind sehr froh darüber, dass wir gemeinsam mit dem SZW eine derart hochkarätige Veranstaltung durchführen können«, erklärt Bendels dort. »Wir freuen uns wieder einen sehr interessanten Vortragenden auf der mittelalterlichen Burg im Bottwartal begrüßen zu dürfen und unseren Mitgliedern und Freunden eine spannende politische Diskussion bieten zu können«, erklärt ebenso Prof. Dr. Jost Bauch, Präsident des SZW.



68er, Merkel, Seehofer – alles eins

Die »lose Zusammenarbeit« wollen der Verein und die Stiftung im Dezember 2016 vereinbart haben, da »größere inhaltliche Schnittmengen« bestünden. Einen gemeinsamen Feind dürfte sie bei den Besprechungen schnell ausgemacht haben. Hatte doch Hans Filbinger das SZW 1979 gegründet (s. drr Nr. 162), »um die geistige Auseinandersetzung mit der Kulturrevolution von 1968 zu führen«. Knapp ein Jahr zuvor musste der Christdemokrat sein Ministeramt in Baden-Württemberg niederlegen, da bekannt geworden war, dass er als Marinerichter 1943 und 1945 vier Todesurteile beantragt oder gefällt hatte. Die 68er-«Kulturrevolution« möchte auch der Verein seit 2016 zurückdrängen. Eine »überparteiliche Sammlungsbewegung konservativer Kräfte« gegen die »linksorientierten Einrichtungen« will er etablieren. Mehr noch, der Verein mit Sitz in Stuttgart will die »merkelsche Masseneinwanderungspolitik« beenden. »Wir sagen Nein zur ›merkelschen Willkommenskultur‹. Wenn Sie auch dieser Meinung sind, tragen Sie sich bitte hier ein!«, heißt es auf der Startseite ihrer Webpräsenz. Über »14.000 Unterstützer« hat der Verein eigenen Angaben nach mittlerweile.
Im vorpolitischen Raum wolle man aber nicht alleine agieren. Basierend auf seinen »Werten« so Bendels, erlaube »sich der Verein« auch trotz des Überparteilichen »bei Wahlen Empfehlungen abzugeben«. Bei dem Feindbild ist die Wahlempfehlung des Vereins keine Überraschung: die AfD. Bendels, bis Juni 2016 Mitglied der CSU und Sprecher der Basisbewegung »Konservativer Aufbruch«, betont im Interview mit der »Jungen Freiheit« (JF) am 12. Mai dieses Jahres: »Die AfD ist (...) momentan die einzig wählbare konservativ-bürgerliche Partei«. In der Wochenzeitung begründet er im Interview auch seinen Parteiaustritt: »Ich konnte den perfiden Theaterdonner der Seehofer-CSU nicht mehr ertragen. De facto folgt die CSU seit Jahren dem linkslastigen Abwärtstrend der CDU«. Den »Bürgern« könne er »nur raten, daß sie insbesondere mit Hinblick auf die katastrophale Masseneinwanderungskrise keinerlei Hoffnungen auf Seehofer und die CSU setzen sollten. Wo CSU draufsteht, ist also Merkel drin. Jetzt und in Zukunft«, meint der ehrenamtliche Vereinsvorsitzende. Und der 32-jährige Politologe und selbstständige PR-Berater versichert sofort: »Nein, ich bin kein Mitglied der AfD« und erklärt sogleich: »Nein. Es gab und gibt keinerlei Absprachen mit der AfD«.

Ahnungslosigkeit und Profit

Das doppelte Nein gegenüber dem Chefredakteur der JF, Dieter Stein, musste sein. Ein Ja hätte der AfD wahrscheinlich einen großen Parteispenden-Skandal beschert und vermutlich rechtliche Konsequenzen nach sich gezogen. Denn schon nach den ersten Wahlkampfhilfen stand der Verein im Verdacht, als ein Vehikel zur Umgehung des deutschen Parteiengesetzes dienen zu könnte. Nach dem Gesetz muss eine Partei Spenden über 10.000 Euro am Ende des Jahres offenlegen, Spenden über 50.000 Euro müssten sofort angezeigt werden. Bei den Landtagswahlkämpfen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin hat sich der Verein massiv für die AfD eingesetzt: mit Gratis-Extrazeitungen, Groß-Plakaten und Video-Spots. Zuletzt griff der Verein bei dem Kampf um die Parlamentssitze in Schleswig-Holstein ein. An vielen Straßen standen ihre blau gehaltenen Plakate gegen Einwanderung, Islam und Merkel mit der Empfehlung: »Jetzt AfD wählen!« oder »Besser AfD wählen«. Als Impressum wurde die Vereinswebadresse angeben. Auch das »Extrablatt« wurde an Haushalte im Lande verteilt – rund 375.000 Stück.
Der «Deutsche Rat für Public Relation« sprach im Dezember 2016 von einer »offensichtlich beabsichtigten Verschleierungstaktik« und rügte den Verein. Ulrich Müller von der Plattform »Lobbycontrol« sagte zu »Die Wochenzeitung« (WOZ): »In den letzten zehn Jahren gab es in Deutschland keinen vergleichbaren Fall, bei dem in einem solchen Ausmaß verdeckte Wahlwerbung gemacht wurde. Über eine fragwürdige Konstruktion wird mutmaßlich Werbung in Millionenhöhe für eine Partei gemacht.«
AfD-PolitikerInnen geben sich in guter Regelmäßigkeit auf Nachfragen zu dieser Wahlkampfunterstützung unwissend. Gern wird behauptet, den Verein gar nicht zu kennen. Nach dem Einzug der AfD in den nordrhein-westfälischen Landtag bestritt Bundesvize Alexander Gauland jegliche Zusammenarbeit mit dem Verein: »Wir sehen kein Geld, wir kriegen kein Geld, uns fragt niemand, wir haben nichts damit zu tun.« Laut WOZ werden in Nordrhein-Westfalen die Kosten auf bis zu vier Millionen Euro geschätzt. »Es gab keine Absprachen«, sagt auch der schleswig-holstei-

nische AfD-Landesschatzmeister Bernhard Noack. Die Hilfe des Vereins in Schleswig-Holstein war ihm offenbar unangenehm – als einzigem im Vorstand. Mit seinem Wunsch, die Plakate des Vereins abnehmen zu lassen, stieß er auf Ablehnung.

Geldquellen und Netzwerk

Aus welchen Kreisen das Geld für die Arbeit des Vereins kommt, deutet Bendels gerne an: aus der mittelständischen Wirtschaft und Industrie. Früher hätten sie mit ihren Spenden CDU und FDP finanziell unterstützt. Der PR-Mann nennt aber keine Namen. Ebenso lässt er offen, wer den Anstoß für den Verein gegeben hat. Einer der ersten Ansprechpartner des Netzwerkes war Josef Konrad – ein Werber, Mitglied der bayrischen AfD und ehemaliger Schatzmeister seiner Kreispartei. Im Februar 2016, kurz bevor die Vereinigung erstmals mit »Extrablättern« auf sich aufmerksam machte, meldete er in Leipzig die »Polifakt Medien GmbH« an, die seither den Werbemittelshop der AfD betreibt. Im April 2016 ließ Konrad in der »Neuen Zürcher Zeitung« (NZZ) ein halbseitiges Inserat der Vereinigung schalten, auf dem Angela Merkel als betrügerische Hütchenspielerin zu sehen ist. Auf der Website des Vereins liegt ein Plakat zum Downloaden, auf dem die Bundeskanzlerin mit drei »Hütchen«, auf denen die türkischen Staatszeichen abgebildet sind, spielt. »Merkel mogelt weiter! Wie lange noch?«, ist zu lesen. Die Werbung in der NZZ soll 16.000 Schweizer Franken gekostet haben.

Nach Konrad trat das ehemalige Mitglied der Partei »Die Republikaner«, Michael Paulwitz, für den Verein in Erscheinung, bevor dann David Bendels übernahm. Nichts gewusst über diesen Verein und seine Unterstützung? Dass die AfD zumindest teilweise über diese Aktivitäten informiert war, lässt sich aus einer Mail des Landesvorstands der AfD in Mecklenburg-Vorpommern vom Februar 2016 schließen. In der Mail wird von einer Sitzung mit Konrad berichtet, bei der er »aus seinen Erfahrungen in den aktuellen Wahlkämpfen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz berichten konnte«. Konrad bestätigt, mit »Extrablättern« und Plakaten im Wahlkampf aktiv gewesen zu sein, will jedoch keine Absprachen mit ParteikollegInnen über die Aktivitäten getroffen haben. Bundesvorsitzender und Fraktionschef der AfD in Baden-Württemberg, Jörg Meuthen, musste unlängst jedoch einräumen, dass es direkte Kontakte zwischen der AfD und der »Goal AG« gibt. Im Kampf um die Landtagssitze in Stuttgart verantwortete diese seine Website.

Die »Goal AG« arbeitet mit dem Verein zusammen. Der WOZ bestätigt Bendels die Zusammenarbeit: »Ich bin ehrenamtlich für den Verein tätig, natürlich brauche ich im Hintergrund eine professionelle Agentur«. Zu der AG von Alexander Segert wird auch die Vereinspost weitergeleitet, berichtet die »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung« In das schweizerische Andelfingen, zu einem Einfamilienhaus. Gemäß dem Handelsregister befindet sich in dem Ort auch der Sitz der »Goal AG«.

Swiss Connection

Nun ist die »Goal AG« keine willkürlich ausgewählte und beauftragte Werbeagentur, sondern seit Jahrzehnten die kreative Gestalterin der Kampagnen der Rechtspartei »Schweizerische Volkspartei« (SVP). Betreiber der Agentur ist Alexander Segert. Nach Zürich ging der gebürtige Hamburger 1985, um Geschichte zu studieren. Zu Schulzeiten sympathisierte er mit der »Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend«, wandte sich in der Schweiz dem »Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis« (VPM) zu. Der Verein machte sich für eine repressive Drogenpolitik stark. Diese Ansicht teilte der Herausgeber der nationalkonservativen »Schweizerzeit«, Ulrich Schlüer. Er setzt auf Segert, der für mehrere von Schlüer lancierte Blätter wie »Christ und Bürger« und auch für das SVP-Organ »Zürcher Bote« schrieb. Seine neuen Themen: »Ausländerkriminalität« und »Islamisierung«. Berichten soll ihm aber nicht genügt haben, er wollte handeln und steuern. Die Autoren der WOZ verweisen auf eine Aussage vom ihm, bald dort zu wirken: »wo Entscheide gefällt und Strategien beschlossen werden«. Über private Kontakte zu dem Werber Hans-Rudolf Abächerli stieg er bei dessen Agentur ein. Sein Büro entwarf das »SVP-Sünneli« (eine lächelnde, aufgehende Sonne) und gestaltete 1993 ein Plakat, das als Zäsur in der Politpropaganda des Landes gilt. Zu dem Slogan »Das haben wir den Linken und den ›Netten‹ zu verdanken: mehr Kriminalität, mehr Drogen, mehr Angst«, hatte sie schemenhaft eine dunkle Messerstechergestalt abgebildet, die eine Frau bedroht. Kurz nach dieser für die SVP erfolgreichen Kampagne ging Abächerli in Pension. Segert nahm seine Nachfolge in der Werbeagentur an, die mittlerweile als Goal AG firmiert. Die AG mit dem Slogan »Wir wollen ihren Erfolg!« wirbt auf ihrer Webseite offen mit SVP-Kampagnen gegen die »Masseneinwanderung« und Minarette. Seit 2008 versucht Segert, seine Kampagnen auch im Ausland zu verkaufen, berichtet die WOZ. Damals soll er laut Handelsregister den Zweck seiner Firma entsprechend geändert haben. Den »Vlaams Belang« (VB) beriet er in Belgien schon. »Segert ist nicht billig, aber er ist sei Geld wert«, sagt Filip Dewinter. Dreimal habe der Goal-Inhaber Kampagnen mit ihnen besprochen, so der Vorsitzende des VB. Laut eigenen Angaben gehört auch die »Freiheitliche Partei Österreichs« zu den Kunden der »Goal AG«. In Deutschland setzt sich Segert über den Verein für die AfD ein. Regelmäßig sagt Bendels, reise er zu ihm und seinem Team. Der WOZ antwortet Segert schriftlich, von dem Verein »immer wieder Teilaufträge« zu erhalten. Bereits beim Start wären sie für die »Konzeptionierung der Webseite sowie der Vereinszeitung« zuständig gewesen und hätten das »Know-how beim Plakatplaning« bereitgestellt. Das Fazit der WOZ: »Wer die Teilaufträge zusammenzählt, merkt schnell: Sämtliche Werbung kommt von Segert.« In der JF verspricht Bendels beim Bundestagswahlkampf erneut mitzuwirken: »Wir befinden uns momentan in der finalen Planungsphase für die Bundestagswahl«. Eine Win-Win Situation für alle Beteiligten; die AfD profitiert von der kostenlosen Wahlwerbung, die deutschsprachige Rechte von der Vernetzung und Segert profitiert ökonomisch und hat endlich seine Gestaltungsmacht.



^ *Screenshot der GOAL AG Internetseite – mit Rassismus Geld verdienen*

Hofberichterstattung

von Volker Weiß

Die »Junge Freiheit« (JF) kann als das inoffizielle Parteiorgan der »Alternative für Deutschland« (AfD) gesehen werden. »Wer die AfD verstehen will, muss die ›Junge Freiheit‹ lesen«, zitiert das Schweizer Branchenblatt »Medienwoche« den AfD-Parteivorstand Alexander Gauland. Diese Hinwendung der Zeitung zur AfD war nicht verwunderlich. Seit Jahren bemühte sich die Redaktion, die Gründung einer Rechtspartei nach Vorbild der »Freiheitlichen Partei Österreichs« zu fördern. Mit ihr sollte der eigenen Klientel die politische Heimat geboten werden, nachdem sie sich von den Unionsparteien zunehmend entfremdet hatte. Dabei ist es stets Teil des Kalküls, letztere von rechts unter Druck zu setzen. Die Strategie scheint aufgegangen, heute pflegen die junge AfD und das 1986 gegründete traditionelle »Mutterschiff« der »Neuen Rechten« eine nahezu symbiotische Beziehung. Die JF hat die Partei seit ihrer Gründung wohlwollend begleitet, stand für parteiinterne Debatten zur Verfügung und war von der harschen Ablehnung, auf die JournalistInnen sonst bei der Partei stießen, nie betroffen. »Lügenpresse«, das waren stets die anderen. Unter dieser Prämisse beackerte die JF den schwierigen Markt der Printmedien erfolgreich und erschloss sich die AfD-Wählerschaft als LeserInnen. Im Windschatten von Thilo Sarrazin, PEGIDA und AfD verstand sie es so, inmitten eines scharfen Konkurrenzkampfes der Zeitungsbranche Terrain gutzumachen. Die einschlägigen IVW-Analysen zur Marktaufstellung von Printmedien verzeichnen kontinuierliche Absatzsteigerungen. Mit Verweis auf die Daten meldete die Zeitung im Januar 2016 eine Steigerung ihrer verkauften Auflage »im vierten Quartal 2016 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 9,7 Prozent auf 28.372 Exemplare.«

Von Anfang an dabei

Das enge Zusammengehen der rechten Traditionszeitung mit der neuen Partei hatte sich schon früh abgezeichnet. Schon im Mai 2012 interviewte die Zeitung Parteigründer Bernd Lucke, der mit einem »Bündnis Bürgerwille« erste Mitstreiter gegen den Euro-Rettungsschirm um sich versammelte. Sie setzte damit ihre Ablehnung gegen die europäische Währungsunion fort, die bereits in den 1990er Jahren zu ihrer Unterstützung des rechtspopulistischen »Bund Freier Bürger« geführt hatte. Den Gründungsprozess der AfD 2013 begleitete die Zeitung mit offener Begeisterung und verzichtete auf jede professionelle Distanz. Die Artikel bejubelten eine »Parteigründung auf der Überholspur« (JF 14/13) und einem »Hauch von Vormärz« (JF 16/13). Spätestens mit der Live-Berichterstattung vom Gründungsparteitag im April 2013 beanspruchte die JF die Rolle eines Quasi-Parteiblattes. Trotz ihrer offenen Begeisterung für Lucke bot sie auch anderen VertreterInnen der Partei Platz. Nicht wenige waren der Redaktion ohnehin schon als profilierte AkteurInnen des rechten bürgerlichen Randes bekannt. Aufgrund ihrer Prominenz und Erfahrung galt besonders den AfD-Politikern Alexander Gauland und Konrad Adam einige Aufmerksamkeit. Das ehemalige CDU-Mitglied Gauland war lange Jahre Leiter der hessischen Staatskanzlei, Adam hatte sich als profilierter Konservativer in den Redaktionen von »Frankfurter Allgemeiner Zeitung« (FAZ) und »Welt« einen Namen gemacht. Beide AfD-Politiker griffen für die JF auch selbst zur Feder, Konrad Adam verteidigte mit einem Beitrag für die JF den Begriff »Populismus« (JF 23/16), Gauland hatte der Zeitung schon früher Rede und Antwort gestanden und die Entwicklung der CDU kommentiert. Ebenso bekam die christliche Fundamentalistin Beatrix von Storch ein Forum als »Mutter der Bewegung« (JF 17/13), deren »Zivile Koalition« bereits zuvor einige Wertschätzung durch die JF erfahren hatte. Auch den thüringischen Landesvorsitzenden Björn Höcke porträtierte das Blatt und stellte ihn mit dem Anspruch, Politiker müssten eine »wertsetzende Elite« (JF 16/14) sein, der Öffentlichkeit vor.

Höhen und Tiefen

Die Identifikation der Zeitung mit der AfD war dabei mitunter mit den Händen zu greifen. Als sich 2015 der innerparteiliche Konflikt zuspitzte, geriet das Blatt in tiefe Sorge. Die lange absehbare Flügelbildung schien nicht mehr aufzuhalten. Der völkisch-nationale Flügel hatte eine »Erfurter Resolution« verfasst, die der Partei seinen Kurs vorgeben sollte. Federführend waren Vertreter gewesen, die zum Umfeld des neurechten Verlegers Götz Kubitschek zählten. Kubitschek hatte sich nach zwei Jahrzehnten gemeinsamen Weges mit der »Jungen Freiheit« überworfen. Diese hielt zu Bernd Lucke, der versuchte, mit der Gegenerklärung »Weckruf 2015« zu reagieren und sich ein liberales Profil zu geben. Trotz ihrer Neigung zu Lucke sah die Zeitung im Flügelstreit die ganze Partei gefährdet. »Amateure unter sich« (JF 3/15) rügte sie den zerstrittenen Parteivorstand ungehalten angesichts der Eskalation. Mit Partei-Vize Gauland führte sie im Vorfeld des Bremer Parteitags im Februar 2015 ein ausgiebiges Gespräch über die Zukunft der Partei (JF 6/15). Konrad Adam nutzte im Anschluss ein Interview, um seine Unzufriedenheit mit der in Bremen gefundenen Kompromisslösung auszudrücken (JF 11/15). Mit dessen Abwahl auf dem Essener Parteitag Anfang Juli 2015 verlor die JF den AfD-Politiker, auf den sie hauptsächlich gesetzt hatte. Den darauffolgenden Rücktritt von Hans-Olaf Henkel deutete JF-Chef Dieter Stein finster als »Anfang vom Ende« der AfD (JF 19/15). Henkels Austritt aus der Partei, der er zuvor noch einen Privatkredit von einer Millionen Euro gewährt hatte, war für die JF ein besonderer Schlag. Schließlich hat-

te man diesen schon in den 1990er Jahren hofiert, als er noch Präsident des »Bundesverbandes der Deutschen Industrie« war. Seine sozial- und wirtschaftspolitischen Positionen waren bei der JF stets auf Sympathie gestoßen. Bernd Luckes Versuch einer erneuten Parteigründung nach seinem Scheitern in der AfD, der sich auch Henkel anschloss, räumte die JF nur wenig Chancen ein. Die zunächst unter dem Namen »Allianz für Fortschritt und Aufbruch« (ALFA; heute: »Liberal-Konservative Reformer«, LKR) auf den Weg gebrachte Alternative zur Alternative wurde als »Totgeburt« eingeschätzt, der die erfolgversprechende Kombination von »Wirtschaftsliberalen und Konservativen« fehle (JF 30/15). Marcus Schmidt, der ein Gros der JF-Artikel zur AfD verfasst hat, merkte zwei Monate nach der Gründung von ALFA an, anders als die AfD in ihrer Startphase firmiere die Partei bei den Demoskopen noch immer unter »Sonstige« (JF 40/15).

Machtkampf schönreden

In der sächsischen AfD-Vorsitzenden Frauke Petry fand sich in den Augen der JF ein adäquater Ersatz für Lucke. Ihr Co-Vorsitzender, der Baden-Württembergische Landessprecher Jörg Meuthen, erhielt umgehend Gelegenheit, die Wogen zu glätten. Er stellte die Partei auch mit der neuen Führung nach Luckes Abgang als unverändert liberalkonservativ dar (JF 9/16). In der Folgeausgabe gab die Zeitung dem sachsen-anhaltischen AfD-Spitzenkandidaten André Poggenburg ausführlich Gelegenheit sich darzustellen, sprach aber dessen enge Bindung an Götz Kubitschek erst gar nicht an (JF 10/16). Doch die erhoffte Ruhe innerhalb der Partei kehrte nicht ein. Als sich Frauke Petry im Verein mit ihrem Ehemann, dem Vorsitzenden der AfD Nordrhein-Westfalen, Marcus Pretzell, vor dem Kölner Parteitag als neue Stimme des liberalen Flügels zu profilieren suchte, sorgte sich die Zeitung erneut um den Zusammenhalt (JF 17/17). Petrys Versuch, sich plötzlich als Erbin Bernd Luckes zu inszenieren, kam bei der Parteibasis nicht gut an. Hatte sie doch selbst erst engagiert geholfen, den Gründer abzusägen. Nun versuchte sie plötzlich, mittels einer Intrige gegen Alexander Gauland, sich selbst als Garantin gegen einen weiteren Rechtsruck der Partei anzupreisen. Das goutierte auch die ihr sonst gewogene JF-Redaktion nicht. Über Petrys darauffolgende Demontage während des Kölner Parteitags im April 2017 konnte sich das Blatt daher mit Hinweis auf die Wahl Alice Weidels als Spitzenkandidatin für die anstehen Bundestagswahl und einem Aufruf zur Geschlossenheit vor der selbigen hinwegtrösten (JF 18/17).

Ungehörter Berater

Realistisch betrachtet ist die Partei jedoch den Mäßigungswünschen kaum nachgekommen. Vor allem JF-Chef Dieter Stein, der ein großer Bewunderer Bernd Luckes war, hatte immer wieder gewarnt, eine Radikalisierung der Partei wäre kontraproduktiv. Während zweier innerparteilicher Krisen hatte er auf den jeweils unterlegenen Flügel gesetzt. Doch für Stein blieb das Hauptziel der Sturz von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Mit jeder nach außen gelangten Disharmonie sah er es gefährdet. Zugleich ignorierte er, dass die Partei alle seine Warnrufe in den Wind schlug und sich stets in die Richtung entwickelte, vor der er als die falsche gewarnt hatte. Das Blatt unterstützte die Forderung nach einem Ausschluss Wolfgang Gedeons aus der AfD aufgrund dessen antisemitischer Texte, zog aber keine Konsequenzen, als dieser ausblieb (JF 24/16). Auch die von JF-Chef gepflegte Dialektik hinsichtlich des völkischen Parteiflügels um Björn Höcke ist bislang nicht aufgegangen. Steins optimistischer Einschätzung zufolge müsste die AfD für Höckes Provokationen »fast dankbar sein«. Sie seien die Gelegenheit »den Kurs der Partei deutlich zu klären.« (JF 52/15) Diese Gelegenheit hat die Partei auch genutzt, aber anders als Stein es sich offensichtlich vorstellte. Anlässlich des einjährigen Bestehens der AfD-Fraktion im Stuttgarter Landtag stellte die FAZ resigniert fest, der ursprünglich als »liberal« geltende Jörg Meuthen sei offensichtlich in seiner Doppelrolle als Bundes- und Fraktionsvorsitzender nicht einmal in der Lage, »zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus eine deutliche rote Linie zu ziehen«.

Vor diesem Hintergrund scheint die fortgesetzte Treue der JF zur AfD bemerkenswert. Doch verfügte die Zeitung stets über die solide Rückversicherung eines guten Kontakts zum nationalkonservativen Flügel, deren Köpfen sie stets viel Raum gegeben hatte. Petrys ehemaliger Berater, der von der JF geschätzte Autor Michael Klonovsky, verstetigte seine Beiträge sogar noch, nachdem er sich mit seiner Chefin öffentlich äußerst unschön überworfen hatte. Insgesamt war die Zeitung flexibel genug, um die Schwenks der Partei glaubwürdig mitvollziehen zu können. Die Themen, die das Währungsthema der Gründungszeit als Zugpferd ablösten, waren auch ihre traditionellen Themen: die Ablehnung von Flucht und Migration, die obsessive Beschäftigung mit »Ausländerkriminalität«, die vergangenheitspolitische Wende. Ohnehin ist die JF seit jeher ein ähnlich heterogenes Projekt wie die Sammlungsbewegung AfD und politisch nicht alleine der Agitation gegen den Euro verpflichtet. Auch der Einfluss des christlichen Fundamentalismus war in den letzten Jahren deutlich daran zu erkennen, dass die JF vehement gegen die rechtliche Gleichstellung von Homosexuellen und die Gendertheorie stritt. Insofern war die JF trotz ihrer Präferenzen nicht eindeutig festgelegt. Der weitere Schwenk der AfD nach rechtsaußen durch den Kölner Parteitag stellte inhaltlich kein Problem für sie dar.



Die Verbindungen der AfD

In den Reihen der »Alternative für Deutschland« tauchen vermehrt Mitglieder von Studentenverbindungen auf. Ein Umstand, der auch in den Medien thematisiert wird. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass es sich um keinen Zufall, sondern um eine politische Liebesheirat handelt.

von Lucius Teidelbaum

Studentenverbindungen sind in der Mehrzahl wert- und strukturkonservativ. Viele können politisch durchaus als rechtskonservativ eingestuft werden und so manche lassen dabei eine Abgrenzung zur extremen Rechten vermissen. Die Dachverbände »Deutsche Burschenschaft« (DB) und »Deutsche Gildenschaft« (DG) dürfen sogar getrost der extremen Rechten zugerechnet werden. Bei anderen Dachverbänden und Einzelbünden ist die Einordnung nicht so eindeutig. Völkische Verbindungsstudenten engagierten sich früher in der NPD, in extrem rechten Kleinstparteien oder bei Publikationen wie der rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit«. Rechtskonservative Korporierte waren früher dagegen eher auf den rechten Flügeln von Union und FDP beheimatet.
Mit dem Auftauchen der »Alternative für Deutschland« (AfD) ergab sich ein neues attraktives politisches Betätigungsfeld für elitäre und nationalistische VerbindungsstudentInnen. Das bestätigt Joachim Paul, Mitglied der »Burschenschaft der Raczeks zu Bonn«, der für die AfD im Landtag von Rheinland-Pfalz sitzt. Er verkündete im Interview mit den »Burschenschaftlichen Blättern« (Ausgabe 2/2016): »Für Korporierte ist die AfD doch längst erste Wahl, weil man sich gerade in der ‹Jungen Alternative› einbringen kann, ohne seine Mitgliedschaft in einer schlagenden Studentenverbindung verleugnen oder herunterspielen zu müssen.«
Die Sogkraft auf das korporierte Milieu auch jenseits der politisch einschlägigen Dachverbände DB und DG beobachtet Florian Boenigk, Bundesvorsitzender des Lasalle-Kreises, einer Vereinigung von korporierten Sozialdemokraten. Im August 2016 sagte er bei einem Treffen in Tübingen: »Die AfD, insbesondere die JA, wirbt sehr stark nach Funktionären innerhalb der Korporationsszene. In meinem Bund beobachte ich, dass politische Diskussionen an Schärfe zunehmen und Argumentationsmuster ähnlich der AfD hie und da auftauchen.« Unter den korporierten AfD-Landtagsabgeordneten finden sich mindestens drei Mitglieder in einer Burschenschaft, die nicht in der »Deutschen Burschenschaft« organisiert ist. Weiterhin finden sich dabei ein Mitglied einer Landsmannschaft, eines einer Sängerschaft und ein ehemaliges einer Sängerschaft, ein Mitglied einer katholischen Verbindung, eines einer Deutschen Hochschulgilde sowie zwei Corps-Mitglieder.

Jobmotor AfD

Der Einzug der AfD in die Parlamente generierte auch Jobangebote für Korporierte. So finden sich eine Häufung von DB-Burschenschafter unter den Mitarbeitenden der AfD in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Vermutlich auch, weil sich kein geeignetes akademisches Personal in den eigenen Reihen fand. Im Umfeld der AfD-Fraktion von Sachsen-Anhalt gründete sich mit der »Burschenschaft Germania Magdeburg« sogar eine eigene Burschenschaft neu. Bei der Gründung anwesend waren auch drei AfD-Landtagsabgeordnete: Hans-Thomas Tillschneider, Jan Wenzel Schmidt und Oliver Kirchner.
Auffälligerweise sind mehrere ehemalige DB-Sprecher bei der AfD aktiv. So ist zum Beispiel Jörg Sobolewski (»Burschenschaft Gothia Berlin«) unter anderem Kandidat zur Bundestagswahl 2017 auf der Berliner Landesliste.
Gordon Engler (»Burschenschaft Arminia Dresden«) sitzt für die AfD im Stadtrat von Dresden, Torben Braga (»Jenaische Burschenschaft Germania«, »Burschenschaft Germania Marburg«) arbeitet für die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag und Christoph Basedow (»Burschenschaft Redaria-Allemannia Rostock«) war Fraktionsjustitiar der AfD Mecklenburg-Vorpommern. Und mit Albrecht Glaser, dem Bundespräsidentschafts-Kandidaten der AfD 2017, war ein »Alter Herr« für das höchste Amt im Staate vorgesehen. Glaser war neben seiner Mitgliedschaft in der »Burschenschaft Allemannia Freiburg« auch 1968 Sprecher der »Deutschen Burschenschaft«.
Offenbar haben sie als ehemalige DB-Sprecher ihr PR-Handwerk im Dachverband gelernt und wenden die dabei erworbenen Fähigkeiten nun bei der AfD an. Das Abstreiten von Skandalen und das Verharmlosen des politischen Charakters dürften in Partei wie im Dachverband ähnlich sein.
Auch der Wahlkampfmanager für den Bundestagswahlkampf hat einen korporierten Hintergrund. Michael Büge aus Berlin ist Mitglied der »Burschenschaft Gothia Berlin« sowie der pennalen Burschenschaft »Iuvenis Berlin«. Das ehemalige CDU-Mitglied ist in korporierten Kreisen hoch angesehen, weil er sich gegen seine Karriere und für seinen Lebensbund entschied, nachdem er von seinem damaligen Arbeitgeber vor die Wahl gestellt wurde.

Korporierte Kaderreserve der Partei

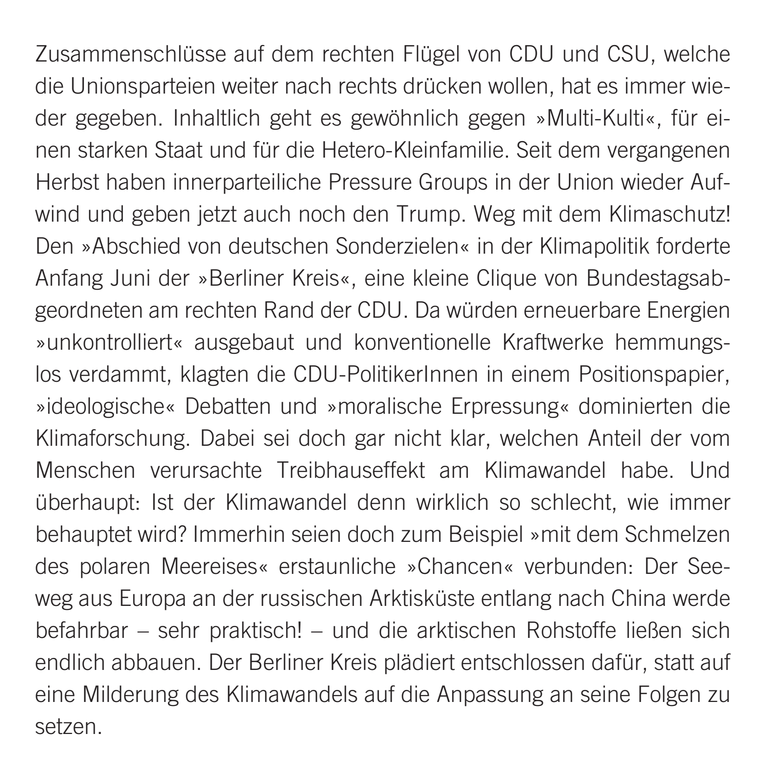
Dass das konservative korporierte Milieu Affinitäten zur AfD hat, verwundert im Grunde kaum. Antifeminismus und Heterosexismus, ein elitäres Selbstverständnis sowie Nationalismus finden sich auf beiden Seiten. Hier kommt zusammen, was zusammen gehört.
In der absoluten Zahl sind Verbindungsstudenten als Wählergruppe außerhalb von internen Wahlen in Hochschulen nicht sonderlich wichtig für die AfD. Interessanter ist eher, dass Männer mit akademischer Bildung und gefestigter politischer Einstellung sich der AfD anschließen und hier ihre Fähigkeiten und Netzwerke einbringen.
Ein Blick nach Österreich, wo Mitglieder völkischer Verbindungen das Rückgrat der extrem rechten »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) stellen, zeigt die Gefahren. Korporierte haben hier maßgeblich zur Professionalisierung der Partei beigetragen.
Der Leak einer geschlossenen Facebook-Gruppe von Korporierten in der AfD, der im Dezember 2015 endete, gibt einen Eindruck von der Zugehörigkeit Korporierter.
Viele gehörten Burschenschaften an, aber es fanden sich ebenso »Alte Herren« von katholischen Verbindungen, von Corps, von Sängerschaften, von Turnerschaften, von Landsmannschaften oder sogar aus Damenverbindungen. Die gesamte Bandbreite des Spektrums der Verbindungen also. Oder anders ausgedrückt: Rechte aller Coleur, die jetzt ihre neue politische Heimat bei der AfD gefunden haben.



Wir sind Leitkultur

Innerparteiliche Zusammenschlüsse auf dem rechten Flügel der Union

von Jörg Kronauer



Zusammenschlüsse auf dem rechten Flügel von CDU und CSU, welche die Unionsparteien weiter nach rechts drücken wollen, hat es immer wieder gegeben. Inhaltlich geht es gewöhnlich gegen »Multi-Kulti«, für einen starken Staat und für die Hetero-Kleinfamilie. Seit dem vergangenen Herbst haben innerparteiliche Pressure Groups in der Union wieder Aufwind und geben jetzt auch noch den Trump. Weg mit dem Klimaschutz! Den »Abschied von deutschen Sonderzielen« in der Klimapolitik forderte Anfang Juni der »Berliner Kreis«, eine kleine Clique von Bundestagsabgeordneten am rechten Rand der CDU. Da würden erneuerbare Energien »unkontrolliert« ausgebaut und konventionelle Kraftwerke hemmungslos verdammt, klagten die CDU-PolitikerInnen in einem Positionspapier, »ideologische« Debatten und »moralische Erpressung« dominierten die Klimaforschung. Dabei sei doch gar nicht klar, welchen Anteil der vom Menschen verursachte Treibhauseffekt am Klimawandel habe. Und überhaupt: Ist der Klimawandel denn wirklich so schlecht, wie immer behauptet wird? Immerhin seien doch zum Beispiel »mit dem Schmelzen des polaren Meereises« erstaunliche »Chancen« verbunden: Der Seeweg aus Europa an der russischen Arktisküste entlang nach China werde befahrbar – sehr praktisch! – und die arktischen Rohstoffe ließen sich endlich abbauen. Der Berliner Kreis plädiert entschlossen dafür, statt auf eine Milderung des Klimawandels auf die Anpassung an seine Folgen zu setzen.

Das bürgerlich-konservative Element

In den Unionsparteien rumort es immer wieder einmal auf dem rechten Parteienflügel – das hat Tradition und dagegen kamen letztlich nur Personen wie Franz Josef Strauß einigermaßen an. Sein berühmtes Dogma, rechts der CSU dürfe es keinerlei politischen Raum für eine relevante Partei geben, hielt Nationalkonservative und andere Hardliner gewöhnlich am zuverlässigsten bei der Stange. Seit CDU und CSU im Herbst 2005 mit der SPD eine Große Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel bildeten, haben Rechtsausleger in der Union immer wieder über einen angeblichen Linksrutsch vor allem der CDU geklagt. Eine erste Reaktion war die Gründung des »Einstein-Kreises« am 11. Juli 2007. An jenem Tag – die Union war noch keine zwei Jahre an der Regierung – trafen sich der damalige Vorsitzende der »Jungen Union«, Philipp Mißfelder, der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg, Stefan Mappus, der Generalsekretär der NRW-CDU, Hendrik Wüst, und der damalige CSU-Generalsekretär Markus Söder im Café Einstein Unter den Linden in Berlin, um über die Gründung eines Netzwerks zur Konsolidierung rechter Positionen in der Union zu beratschlagen.
Am 5. September 2007 publizierten die vier Unionspolitiker dann ein Manifest, in dem sie die zentralen Positionen aller Rechtsausleger in CDU und CSU festhielten. Das Dokument ist paradigmatisch auch für spätere Formierungen auf dem rechten Flügel der Union. »Gerade weil Deutschland derzeit anscheinend nach links rückt, muss eine bürgerliche Alternative erkennbar sein«, heißt es in dem Papier. »Das bürgerlich-konservative Element« der Union sei in jüngster Zeit, »weil die große Koalition zu vielen Kompromissen zwingt«, eher »in den Hintergrund getreten«. Das müsse sich ändern. Die Union müsse »auch für heimatverbundene Patrioten, überzeugte Christen und wertbewusste Konservative« die »politische Heimat« bleiben: »Rechts von der Union darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben.« »Christlich-abendländische Werte« seien die »Grundlage unserer Leitkultur«, zu der sich zu bekennen habe, wer einwandere; die »rot-grüne Multi-Kulti-Idee« sei »gescheitert«. Neben den üblichen Bekenntnissen zum starken Staat, zur Hetero-Kleinfamilie und zu klassisch-preußischen Sekundärtugenden hieß es: »Wir lehnen (...) eine Zuwanderung ab, die unsere Sozialsysteme belastet.«

Gegen »Multi-Kulti«

Inzwischen ist der »Einstein-Kreis« Geschichte. Mißfelder ist im Juli 2015 verstorben, Mappus hat seine politische Karriere im Sommer 2011 nach seiner Wahlniederlage in Baden-Württemberg gegen Rot-Grün beendet, Wüst war ab Anfang 2010 zunächst mit einer Affäre um CDU-Sponsorenbriefe ausgelastet und Söder hat derzeit vor allem die Stoiber-Nachfolge im Blick. Doch Versuche, den rechten Rand der CDU zu formieren, hat es auch weiterhin gegeben. Einer der Zusammenschlüsse, die heute noch eine gewisse Rolle spielen, ist die »Aktion Linkstrend stoppen«, die am 14. Februar 2010 mit einem »Manifest gegen den Linkstrend« an die Öffentlichkeit trat. In dem Papier heißt es, die CDU habe sich unter Merkel einer »Multi-Kulti-Integrationspolitik« verschrieben, nehme die »Islamisierung« Deutschlands einfach so hin und begebe sich jetzt auch noch – Stichwort Euro-Rettung – auf den »Marsch in den Schuldenstaat«. Zu allem Überfluss folge sie inzwischen sogar einer »linken Gesellschaftspolitik«, die sich durch »Geschlechterumerziehung«, Billigung von Schwangerschaftsabbrüchen und Akzeptanz der »Homo-Ehe« auszeichne. Die »Aktion Linkstrend stoppen« mobilisiert nicht nur mit schärferen Tönen als etwa einst der »Einstein-Kreis«. Sie beschränkt sich auch nicht auf Parteifunktionäre und Abgeordnete, sondern zielt auf die Einbindung von einfachen Parteimitgliedern und durchaus auch von Nichtmitgliedern, die das Manifest unterzeichnen oder an Veranstaltungen der Aktion teilnehmen können. Sie ist dabei bis heute stark auf rechtskatholische und auf evangelikale Milieus fokussiert, wenngleich sie nur bescheidene Erfolge erzielt.



< *AfD wirbt in München um WählerInnenstimmen der CSU*

Der medial wohl präsenteste Zusammenschluss auf dem rechten Flügel der CDU ist der »Berliner Kreis«, der im November 2012 an die Öffentlichkeit trat und dem sich zunächst gut drei Dutzend teils einflussreiche MandatsträgerInnen der Union anschlossen. Als Gründer wird Christean Wagner genannt, ein Staatsminister a.D. vom alten Stahlhelm-Flügel der hessischen CDU. Der »Berliner Kreis« verlor rasch ein wenig an Bedeutung, als sich unter massivem Druck der Parteiführung bekannte Politiker, darunter Philipp Mißfelder, von ihm abwandten. Unter seinen heutigen Mitgliedern – die meisten sind CDU-HinterbänklerInnen aus dem Bundestag – stechen vor allem Wolfgang Bosbach und Hans-Jürgen Irmer hervor. Bosbach, ein einflussreicher Innenpolitiker aus der Bundestagsfraktion, fungiert de facto als Aushängeschild der Organisation, die seiner Prominenz eine gewisse mediale Präsenz verdankt. Diese ist nun allerdings bedroht, da Bosbach dem Bundestag in der nächsten Legislaturperiode nicht mehr angehören wird. Irmer wiederum ist seit vielen Jahren als Rechtsaußen der hessischen CDU-Landtagsfraktion bekannt; er unterhielt schon in den 1990er Jahren gute Beziehungen in Milieus der äußersten Rechten. Ein prominentes Mitglied hat der Kreis kürzlich verloren: Erika Steinbach, die ehemalige Vorsitzende des »Bundes der Vertriebenen« (BdV), die im April die Union – und damit automatisch auch den »Berliner Kreis« – verlassen hat.
Ihre Ankündigung, im Bundestagswahlkampf für die AfD aufzutreten, weist auf ein spezielles Problem der CDU-Rechten hin: auf ihre Nähe zu vielen Positionen der AfD, der Partei rechts der Union, die es laut dem Straußschen Dogma gar nicht geben dürfte und die der CDU wie der CSU so manche WählerIn und so manches Parteimitglied abspenstig macht. Viele Unions-Rechtsausleger wollen ihre verlorenen Schafe zurückholen und sind daher strikt dagegen, die AfD auszugrenzen. Bosbach etwa hatte schon im Sommer 2013 dafür plädiert, mit der Partei zu diskutieren; zuletzt sprach sich Christean Wagner im Herbst 2016 dafür aus, »eine ernsthafte politisch-inhaltliche Auseinandersetzung« mit ihr zu führen. Dem folgt die Parteispitze nicht und attackiert im erbitterten Kampf gegen die AfD zuweilen auch jene Positionen, die diese mit der Unionsrechten teilt.

»Assimilation statt Integration«

Die Unionsrechte geht nun ihrerseits in die Offensive – bestärkt von dem Gefühl, durch stetigen Verlust von WählerInnen und teils auch von Parteimitgliedern an die AfD geschwächt und in die Enge getrieben zu sein. Bereits im Juni 2014 hat sich ein »Konservativer Aufbruch« in der CSU gegründet, der behauptet, mittlerweile mehr als 11.000 von rund 140.000 CSU-Mitgliedern auf seiner UnterstützerInnenliste zu führen. Dabei leistet sich der »Konservative Aufbruch« – ganz wie ähnliche Zusammenschlüsse in der Union – eine gewisse Offenheit nach rechts: Sein heutiger Vorsitzender Thomas Jahn etwa nahm Ende 2015 an einer Konferenz des libertären Magazins »eigentümlich frei« teil. Zuletzt hat die Merkelsche Flüchtlingspolitik den Drang in der Unionsrechten noch weiter verstärkt, eigene innerparteiliche Pressure Groups ins Leben zu rufen; entsprechend schießen seit dem vergangenen Herbst in zahlreichen Bundesländern rechte Unions-Basisinitiativen aus dem Boden. Im September 2016 etwa gründeten die Ratsfrau Simone Baum (Engelskirchen) und der Ratsherr Alexander Willms (Overath) den »Konservativen Kreis NRW«, dem sich bald zahlreiche AktivistInnen auf lokaler Ebene anschlossen. Prominente Unterstützung bleibt nicht aus: Den »Konservativen Kreis Krefeld« etwa hat die Antifeministin Birgit Kelle, die regelmäßig in der »Jungen Freiheit« (JF) publiziert, im Herbst mit der Moderation einer öffentlichen Veranstaltung beehrt. Die Gründung eines »Konservativen Kreises« in Anklam gab im Dezember den Startschuss für weitere »Konservative Kreise« in Mecklenburg-Vorpommern; gleichzeitig trat in Dresden eine Initiative mit dem Namen »CDU-Kurswechsel« an die Öffentlichkeit. Und im November verabschiedete eine Clique von AltstipendiatInnen der Konrad-Adenauer-Stiftung (»Konrads Erben«) ein »Rhöndorfer Manifest«, das sich unter anderem für eine »europäisch-deutsche Leitkultur« und für »Assimilation statt Integration« einsetzt. »Konrads Erben« gibt an, ein Netzwerk von 500 AkademikerInnen zu führen.
Um die zahlreichen Initiativen auf dem rechten Flügel der Union zu bündeln, hat sich am 25. März 2017 in Schwetzingen schließlich ein neuer Zusammenschluss gegründet: der »Freiheitlich-Konservative Aufbruch« (FKA). Die Organisation fordert unter anderem eine »Stärkung von Polizeibefugnissen«, eine »Rückkehr zum Staatsangehörigkeitsrecht vor dem Jahr 2000« – also im Kern zu demjenigen von 1913 –, die »Einführung von Transitzonen« für Geflüchtete und eine harte Abschiebepolitik. Ihr gehören neben den regionalen Initiativen der »Berliner Kreis«, die »Aktion Linkstrend stoppen«, »Konrads Erben« sowie ein Zusammenschluss namens »Konservativer Dialog« an. Am 28. Mai hat sich in NRW der inzwischen sechste FKA-Landesverband gegründet. »Wir sind eine breite, bundesweite Bewegung der Basis, die mehrere tausend Mitglieder vertritt«, berichtete ihr Vorsitzender, Alexander Mitsch aus dem Kreisvorstand der CDU Rhein-Neckar, Ende März der JF: Sei man mit den regionalen Initiativen vor Ort präsent, so sitze man über den Berliner Kreis zugleich »im Zentrum der politischen Macht«. Tragfähige Verbindungen in politische Spektren rechts der Union sind gleichermaßen vorhanden: Einer der stellvertretenden Vorsitzenden des FKA ist das ehemalige CDU-Mitglied Hinrich Rohbohm, ein JF-Autor.

Rechte Kleinparteien

Neben der »Alternative für Deutschland« und der NPD werden bei der Bundestagswahl weitere Parteien rechts der CDU/CSU antreten – ein ebenso unterschiedliches wie chancenloses Spektrum.

Die »Alternative für Deutschland« (AfD) wird bei der Bundestagswahl im September 2017 die Stimmen am rechten Rand einsammeln und so die Ergebnisse der auf Bundesebene sowieso chancenlosen Parteien rechts der CDU/CSU weiter reduzieren. Dennoch nehmen eine Reihe von rechten Kleinparteien an der Wahl teil. Realistisch hat keine von ihnen die Chance, wenigstens 0,5 Prozent der Stimmen zu gewinnen, um in den Genuss der Wahlkampfkostenrückerstattung zu kommen. Andere schätzen ihre Chancen realistisch ein und verzichten auf den Wahlantritt, zum Beispiel die AfD-Abspaltung »Liberal-Konservativen-Reformer« vom früheren AfD-Chef Bernd Lucke. Grund dafür seien die schlechten Ergebnisse bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und im Saarland. Bis zum 19. Juni 2017 haben laut Bundeswahlgesetz 63 Parteien – zusätzlich zu den im Bundestag oder in Landtagen vertretenen Parteien – ihre Kandidatur beim Bundeswahlleiter angezeigt. Darunter Parteien, die das gesamte rechte Spektrum abdecken: von national-konservativ bis neonazistisch, von Verschwörungstheorien über »Reichsbürger« bis zu christlichem Fanatismus. Einige Parteien gehen nur in einzelnen Bundesländern mit Landeslisten oder nur mit einzelnen DirektkandidatInnen ins Rennen. Erst nach Redaktionsschluss stellte der Bundeswahlausschuss am 7. Juli 2017 fest, welche Parteien zur Wahl zugelassen und damit im September auf den Wahlscheinen stehen. Einige dürften kaum die formalen Anforderungen erfüllen.

»Ab jetzt … Demokratie durch Volksabstimmung«

Die Partei fordert die Einführung von Volksabstimmungen zu allen wichtigen Sachfragen und Gesetzen. Ein wichtiges Thema ist die Begrenzung der Zuwanderung, die »sofortige Schließung der Grenzen« und die »Volksgesundheit«. Die Partei fordert konsequente Abschiebung straffälliger AusländerInnen, die Verschärfung des Asylrechts, will die »Strafbarkeit von Meinungen, Gesinnungen, Anschauungen« abschaffen und fordert die Wiedereinführung der D-Mark. In ihrem Programm verweist sie auf Publikationen des rechten und verschwörungstheoretischen »KOPP Verlag«. Zur Bundestagswahl will die Partei unter ihrem Bundesvorsitzenden Helmut Fleck nur in Nordrhein-Westfalen antreten.

»Bund für Gesamtdeutschland« (BGD)

Für den BGD ist »die Umgestaltung der politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Ordnungen und Einrichtungen seitens der Besatzungsmächte in Deutschland nach dem 8. Mai 1945 rechtsungültig«. Der Bund will Deutschland in den Grenzen des »Zweiten Deutschen Reiches«. In rassistischer Manier sieht der BGD die »kulturelle und ethnische Identität« der Deutschen in Gefahr. Parteivorsitzender Horst Zaborowski schrieb: »Wir können besser und friedvoller in dieser Bundesrepublik Deutschland leben, ohne die 20 Millionen, die sich in Deutschland tummeln, die deutsche Staatsbürgerschaft nicht anstreben, nur an der Ausnutzung von Volk, Land und Elementen interessiert sind.«

»Bündnis C – Christen für Deutschland«

»Politik nach christlichen Grundsätzen« will das »Bündnis C« machen. Doch seine Forderungen sind rechts: »Familie statt Gender«, »Positiver Patriotismus«, Warnungen vor einer angeblichen »Islamisierung Deutschlands«, Klagen über die Einschränkung »nationaler Souveränität«, für die Strafbarkeit von Abtreibung, gegen das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare und die Ablehnung von Einwanderung. Das Bündnis sieht die Verantwortung für eine angebliche »Rechts-Links-Polarisierung der Gesellschaft« im »Andrang von Millionen von Flüchtlingen in Europa und besonders in Deutschland«. Bundesvorsitzende ist Karin Heepen. Die Partei entstand 2015 aus dem Zusammenschluss der »Partei für Arbeit, Umwelt und Familie« (AUF) sowie der »Partei Bibeltreuer Christen«.

»Bürgerrechtsbewegung Solidarität« (BüSo)

Der BüSo wurde immer wieder vorgeworfen, eine antisemitische, antiamerikanische und autoritäre Polit-Sekte zu sein. Die Bundesvorsitzende Helga Zepp-LaRouche ist Ehefrau des Anführers der weltweiten »LaRouche Bewegung«, Lyndon LaRouche. Ziel ist eine »neue Weltwirtschaftsordnung«, die laut Grundsatzprogramm nur durch eine »weltweite Koalition patriotischer Kräfte für den Aufbau einer Gemeinschaft souveräner Nationalstaaten« erfolgen kann. Deutschland komme dabei eine Schlüsselrolle zu und es habe seine »welthistorische Aufgabe in der Welt« zu erfüllen. Nur so könnten die Deutschen ihre »wirkliche Identität« finden. Die BRD solle aus allen EU-Verträgen seit Maastricht 1992 aussteigen und die D-Mark wieder einführen.

»Der III. Weg«

Das Programm der Partei ist offen neonazistisch. Sie bemüht sich nicht, ihre Wesensverwandtschaft zum NS zu verstecken. So fordert die Partei einen »Deutschen Sozialismus«, eine »Raumgebundene Volkswirtschaft«, die »Förderung von kinderreichen Familien zur Abwendung des drohenden Volkstodes«, den Kampf gegen »Überfremdung« und »Asylmißbrauch«, die »Pflicht zur Arbeit«, den »Austritt aus der Europäischen Union« und die »Wiederherstellung Gesamtdeutschlands«. Zu den Aufmärschen der Partei kommen regelmäßig Hunderte militante Neonazis. Sie hat bundesweit zahlreiche »Stützpunkte«, unter anderem in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen. Parteivorsitzender ist Klaus Armstroff aus Weidenthal (Rheinland-Pfalz). Die Kader- und Aktivistenpartei wurde von ehemaligen Mitgliedern der NPD und des verbotenen »Freien Netz Süd« aufgebaut.

»Deutsche Konservative«

Die Partei wurde 2009 gegründet und versteht sich als »Gegenpol zu den etablierten Parteien«. Sie fürchtet »Islamisierung«, »Linksextremismus«, rot-rot-grüne Regierungen, »Werteverfall« und Drogen. Die Partei setzt auf »Null-Toleranz-Strategie der Behörden«, »konsequente Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern« und »Förderprogramme zur Bekämpfung von Linksextremismus«. Geflüchtete werden in Statements der Partei als »Merkels Bereicherer« bezeichnet. Gezielt wirbt die Partei unter ihrem Bundesvorsitzenden Dieter Jochim um »Russlanddeutsche«. Mit den »Jungen Konservativen« hat die Partei einen eigenen Jugendverband. Im November 2016 verschmolzen die »Deutschen Konservativen« und die Partei »Zukunft für Deutschland« zur Partei »Deutsche Konservative - Zukunft für Deutschland«.

»Deutsche Mitte«
Die Partei vertritt eine Mischung aus rechtem Denken und Anleihen an Verschwörungstheorien und Esoterik: Kritik an Impfungen, »Zins und Zinseszins werden abgeschafft«, die Forderung nach einem »Friedensvertrag« und »voller Souveränität« für Deutschland, D-Mark statt Euro, Ablehnung der »deutschen Staatsräson für die Sicherheit Israels«, »Massenzuwanderung unterbinden wir an den Außengrenzen«, ein an Rudolf Steiners »Dreigliederungsprinzip« angelehntes Finanzsystem, Grundeinkommen »nur für deutsche Staatsbürger« und weg mit dem »Zwangsbeitrag« für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Bundesvorsitzender ist Christoph Hörstel. Führend aktiv ist der »Impfkritiker« Hans U. P. Tolzin. Interviews mit ihm finden sich bei den im rechten Verschwörungs-Milieu beliebten Plattformen »Kopp Verlag«, »quer-denken.tv« oder »nuoviso.tv«. Das Parteikonto ist bei der anthroposophisch orientierten Bochumer GLS Gemeinschaftsbank.

»Deutsche Tradition Sozial« (DTS)
Die Ziele der Partei changieren zwischen Irrsinn (»Weltraumbahnhof mit Programm«) und pauschalem Populismus (»Verschärfung der Strafgesetze«). Der rechte Charakter wird vor allem in den Beiträgen auf ihrer wirren Facebook-Seite deutlich. Eigene Beiträge gibt es kaum, statt dessen werden Postings anderer Seiten mit Hetze gegen Geflüchtete oder Klimawandel-Skepsis geteilt. Die Website wurde von Christian Deutschmann aus dem Ilm-Kreis (Thüringen) registriert. Auf seiner privaten Facebook-Seite schwanken die Beiträge zwischen offenem Wahn und RechtsRock-Videos.

»Die Rechte«
Nach wie vor ist Christian Worch Bundesvorsitzender der von ihm 2012 gegründeten Partei. Mittlerweile gibt es Landesverbände in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland sind im Landesverband Südwest zusammengefasst. Bislang kann die Partei wenige Wahlerfolge vorweisen. Bei den Kommunalwahlen 2014 in Nordrhein-Westfalen konnte sie je einen Sitz im Stadtrat von Dortmund und Hamm erlangen. Bei der Bundestagswahl im Jahr zuvor war »Die Rechte« nur in Nordrhein-Westfalen mit einer Landesliste angetreten und bekam 2.245 Stimmen. Bei der Landtagswahl in diesem Jahr bekam sie dort 3.589 Zweitstimmen. Der Landesverband Baden-Württemberg will mit einer Landesliste und DirektkandidatInnen zur Bundestagswahl antreten.

»Die Republikaner« (REP)
Die Zeiten, als die Partei noch Sitze im Europaparlament und in Landtagen hatte, sind lange vorbei. Selbst die Zahl ihrer Mandate in Kommunalparlamenten wird kontinuierlich geringer. Die Partei ist mittlerweile bedeutungslos. Selbst bezeichnen sich die REP als »freiheitlich-konservative Patrioten, die sich für den Erhalt unserer Kultur und Identität einsetzen«. Die Partei setzt auf rassistische Parolen: »Wenn wir kommen, fliegen andere nach Hause« oder »Das Boot ist voll – die Kassen leer« steht auf den Plakaten. Bundesvorsitzender ist seit 2016 Kevin Krieger. Mit dem Erscheinen der AfD dürften die letzten Hoffnungen auf Erfolge gestorben sein. Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2017 bekam die Partei 0,1 Prozent der Stimmen.

»Einiges Deutschland« (ED)
Als »Freie Wählervereinigung gegen die Parteiendiktatur« tritt die 2017 gegründete ED auf. Sie versteht sich als »Wählervereinigung nach SDR 1918« (»Staatliche deutsche Recht im Rechtsstand 27.10.1918«). Auch wenn sie abstreitet, zur »Reichsbürgerbewegung« zu zählen, bewegt sie sich im Bereich dieser Ideologie und ihre Texte sind von kaum durchdringbarem Wahn gekennzeichnet. Die ED klagt in antisemitischem Ton über »Logenfilz« und behauptet, der Nationalsozialismus würde heute seine »rechtsmißbräuchliche Fortsetzung« im »Nationalzionismus« finden. »Keine Parteiendiktatur, keine GEZ, keine EU, keine überhöhten Steuern, keine Migration, keine Maut, kein Versailler Diktat, keine Kriegsschuld«, fordert die ED. Sie beklagt, dass »Monarchie und das Volk« 1918 versagt hätten, »den Putsch gegen den Kaiser« abzuwehren.

»Konvent zur Reformation Deutschlands / Die Goldene Mitte« (KRD)
Vorsitzender der im April 2017 gegründeten Partei ist Matthias Pauqué. Sein Stellvertreter Thomas Herb ist Dozent an der »Königlichen Akademie« des »Königreich Deutschlands« um den »Reichsbürger« Peter Fitzek. Im Programm finden sich die gewohnten Versatzstücke der Ideologie der extremen Rechten und der »Reichsbürger«, wie die Forderung nach »Wiederherstellung eines verfassungsmäßigen Zustandes« und »Souveränität« Deutschlands, die »Wiedereinführung einer starken D-Mark als schuld- und zinsfreie Zweitwährung«, die »Beendigung schädlicher Einflüsse durch Spekulanten« oder die »Abschaffung von Zwangsgebühren« für öffentlich-rechtliche Medien.

»Sächsische Volkspartei« (SVP)
Die SVP wurde 2006 von Mirko Schmidt gegründet, der 2004 für die NPD in den Sächsischen Landtag eingezogen war und die Neonazi-Partei 2005 verließ. 2015 löste sich die SVP auf, um sich neu zu gründen. Auf Facebook teilt sie Meldungen rechter Medien wie »Compact«. Geflüchtete werden von ihr als »Besatzer aus Afrika« bezeichnet. Im Parteiprogramm heißt es: »Die SVP lehnt die Asylpolitik der hier herrschenden Diktatur komplett ab«, »Deutschland ist kein Einwanderungsland« und »illegal Eingewanderte sind umgehend auszuweisen«. Zur Bundestagswahl tritt die Partei nur im Kreis Meißen an.

»ZENTRUM / Deutsche Zentrumspartei«
Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2017 gewann das »Zentrum« 3.336 Zweitstimmen (0,1 %). Die Partei will »christliche Grundsätze für Staat und Gesellschaft in der politischen Arbeit« umsetzen und kritisiert, CDU/CSU hätten »die christlich-konservativen Werte dem Zeitgeist geopfert«. Die Partei rief zur Teilnahme am christlich-fundamentalistischen »Marsch für das Leben« auf und warnte vor »Christenverfolgung«, rot-rot-grünen Regierungen und einem angeblichen »Feldzug« der SPD gegen christliche Kreuze. Im Bundestagswahlkampf will die Partei »die offene Flanke im bürgerlich-demokratischen Mitte-Rechts-Spektrum« besetzen und kandidiert in Nordrhein-Westfalen. Bundesvorsitzender ist Gerhard Woitzik.

NPD: Kein politischer Faktor, kein Geld

Höchstrichterlich ist nun die Verfassungsfeindlichkeit der NPD festgestellt worden. Kurz vor der Zulassung zur Bundestagswahl setzte der Bundestag noch eine weitere Maßnahme gegen die Neonazi-Partei durch: Per Grundgesetzänderung soll ihr die staatliche Finanzierung entzogen werden. Die Partei steckt in einer Sackgasse.

von Lukas Emden



Die Aufmerksamkeit, die die Verkündung des NPD-Verbotsurteils Anfang 2017 hatte, lag weit über der politischen Bedeutung der Partei selbst. Erhofft – oder zumindest propagiert – hatte die Parteiführung eine Stärkung der NPD im Falle eines Scheiterns des Verbotes. Und wie auch andere Durchhalteparolen an die Parteibasis entpuppte sich dies als Fehleinschätzung. Die große Aufmerksamkeit für das Verfahren ist keineswegs in eine Stärkung der Partei übergegangen, das gescheiterte Verbotsverfahren führte nicht zu einer größeren WählerInnenschaft. Eher das Gegenteil: Die auf das Urteil folgenden Landtagswahlen dokumentierten gut, dass die NPD in keiner Weise mit Schwung aus dem Verbotsverfahren gegangen war. Im Saarland hatte die Partei 2004 noch vier Prozent der Stimmen geholt und war über die Jahre immer weiter eingebrochen. Im März 2017 fiel die Partei mit nur 0,7 Prozent nun sogar unter die wichtige 1%-Hürde, die ihr doch die Wahlkampfkostenerstattung garantiert hätte. Und dies im Landesverband ihres Vorsitzenden, Frank Franz und des NPD-Vorzeigejuristen Peter Richter. Angesichts solcher Ergebnisse scheint die Grundgesetzänderung, welche noch Ende Juni vollzogen wurde, fast überflüssig. Die Änderung erlaubt es nun, Parteien, deren Verfassungsfeindlichkeit festgestellt wurde, von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen. Der Bundestag folgte damit einem Hinweis aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum NPD-Verbot. Die RichterInnen hatten dort den Hinweis formuliert, dass eben über jenen Entzug von staatlichen Geldern gegen verfassungsfeindliche Parteien ein Instrument jenseits des Verbotes bestehen würde. Ob diese Änderung des Grundgesetzes zur finanziellen Austrocknung der NPD angemessen ist, scheint zweifelhaft. In den Jahren 2015 und 2016 hatte die NPD noch staatliche Gelder von über einer Millionen Euro kassiert. Das Fehlen eben jener Summe dürfte die Partei vollends zum finanziellen Kollaps führen und somit die Handlungsmöglichkeiten weiter stark begrenzen.

Ohne Unterschriften kein Wahlantritt

Da die NPD in den vergangenen Jahren sowohl ihre Landtagsfraktionen in Sachsen als auch zuletzt in Mecklenburg-Vorpommern verloren hat, muss sie wie viele kleine Parteien, vor der Bundestagswahl nun fleißig Unterschriften sammeln. Insgesamt benötigt die Partei 30.000 UnterstützerInnen, die mit Name und Unterschrift für die Partei ihr Interesse bekunden. Diese müssen dann auch gleichmäßig über Deutschland verteilt gesammelt werden, dürfen also nicht nur aus den Hochburgen der NPD stammen. Schon seit Monaten wirbt die Partei in den sozialen Netzwerken und mit Infotischen in der ganzen Bundesrepublik. Sogar ein eigens produziertes Youtube-Anleitungsvideo wurde hochgeladen, um auch wirklich jedem und jeder klar zu machen, wie man Unterschriften einreichen kann. Bis zum Redaktionsschluss lagen noch keine Informationen des Bundeswahlleiters vor, ob die Partei ausreichend Unterschriften gesammelt hat. Die massiven Aufforderungen der NPD und ihrer FunktionärInnen in den sozialen Netzwerken lassen zumindest erahnen, dass die Beschaffung der 30.000 Unterschriften für die Partei keine Kleinigkeit war.

Kein Erfolg und die AfD

Die medial verbreiteten Hiobsbotschaften zum Zustand der NPD und zu den staatlichen Maßnahmen gegen sie dürften die Partei auch zur Bundestagswahl keineswegs attraktiver werden lassen. Eine Chance, mit der Stimme für die NPD irgendeinen politischen Einfluss auszuüben, gibt es kaum. Hinzu kommt, dass die immer weiter radikalisierte »Alternative für Deutschland« (AfD) ohnehin mit ihrer »Deutschland den Deutschen«-Rhetorik die angestammten Themen der NPD abdeckt. Die Prognosen zeigen außerdem, dass ein Einzug der AfD wohl unumgänglich ist, also die Stimmen des extrem rechten Wählerpotentials hier deutlich erfolgversprechender aufgehoben scheinen. Übrig bleibt das Kern-Klientel der extrem rechten Szene in Deutschland, denen die AfD als weichgespült gilt, und ein paar tausend StammwählerInnen. Alles in allem dürfte es die NPD auch bei der Bundestagswahl schwer haben, die zur Wahlkampfkostenerstattung erforderliche 0,5%-Hürde zu erreichen. Und selbst wenn ihr dies gelingt, kann sie aufgrund der neuesten Gesetzesänderung nicht mit einem finanziellen Ausgleich rechnen. Alles in allem befindet sich die NPD in einer politischen Sackgasse, aus der es derzeit keinen Ausweg zu geben scheint. Das Jahr 2017 könnte damit tatsächlich ein »Schicksalsjahr« für die NPD werden, allerdings deutlich anders als sich die Mitglieder der Parteiführung dies wohl noch zu Beginn des Jahres vorgestellt haben.

Weg mit der
Gutmenschen
Mafia!

zer
setz,
Staat!

Nordrhein-Westfalen

Der Landesverband in Nordrhein-Westfalen war immer wieder Austragungsort interner Konflikte der »Alternative für Deutschland« – und setzt den bundesweiten Rechtsaußen-Trend fort.

von Nina Juliane Rink

Der Landesverband der »Alternative für Deutschland« (AfD) im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen (NRW) hat laut eigenen Angaben etwa 4.500 Mitglieder und ist damit auch der personalstärkste im Bundesgebiet. Insgesamt wurden 24 Listenplätze für die Bundestagswahl 2017 vergeben. Der Spitzenkandidat, der im September in den Bundestag einziehen soll, ist Martin Renner, Co-Landessprecher des Landesverbandes. Auf den zweiten Platz wurde der Kölner Rechtsanwalt Jochen Haug gewählt, der sich zum »liberalen Flügel« der Partei zählt. Harald Weyel, Professor an der Technischen Hochschule Köln, konnte den dritten Platz einnehmen. Auf dem vierten Platz landete Pretzells ursprünglicher Wunschkandidat Kay Gottschalk, Gründungsmitglied der AfD aus Hamburg und ehemaliges SPD-Mitglied, der in seiner Bewerbungsrede explizit betonte, »nicht in interne Streitigkeiten« verwickelt zu sein und Neutralität versprach. Das ehemalige CDU-Mitglied Jörg Schneider wurde auf Platz fünf gewählt, er bezeichnete seine Partei einmal als »nicht rechtsaußen« und ist ebenfalls dem Lager um den ersten Sprecher Markus Pretzell zuzurechnen.

Schmutzige Flügelkämpfe

Die Wahl der Spitzenkandidaten war ein relativ zäher Prozess, was mit den vielzitierten internen »Flügelkämpfen« innerhalb der AfD zu tun hat. Diese schlagen sich seit langem auch im Landesverband Nordrhein-Westfalen deutlich nieder, Pretzell sprach sogar davon, der »Machtkampf in der Bundespartei« werde in Nordrhein-Westfalen ausgetragen. Während er selbst bemüht ist, den »realpolitischen« Kurs seiner Ehefrau Frauke Petry durchzusetzen, suchte Renner beispielsweise durch lobende Worte für Björn Höckes Rede zum Holocaust-Mahnmal die Nähe zum Thüringer Landesverband. Der damit einhergehende Konflikt wurde in der Vergangenheit wiederholt mit »unsauberen« Methoden ausgetragen. Bereits 2016, im Vorfeld der Landtagswahlen, wollten Pretzell nahestehende Mitglieder die Abstimmungen zu ihren Gunsten über eine geheime WhatsApp-Gruppe steuern und so Renners Rechtsaußen-Lager ausstechen – was auch gelang, die begehrtesten Listenplätze konnten sie für sich reklamieren. Das geleakte geheime Protokoll des Chatverlaufs offenbarte mit unschönem Vokabular, wie tief der Graben zwischen den beiden verfeindeten Lagern sein muss. Bei einem Parteitag in Rheda-Wiedenbrück wurde Pretzell vorgeworfen, Stimmen seiner KonkurentInnen unterschlagen zu haben. Im Januar dieses Jahres hatte er dann auf dem Parteitag in Oberhausen versucht, seinen Vize mit einem Abwahlantrag auszuschalten, konnte dafür jedoch nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit erlangen. Unter dem Motto »Einigkeit für NRW« setzten Pretzell und Renner ihre »Schlammschlacht« aus und traten dann doch formal gemeinsam zum Wahlkampf an.

Stimmenfang rechts von der SPD

Bei der Landtagswahl in NRW am 14. Mai erhielt die AfD 7,4 Prozent und damit 16 Sitze im Parlament. Während der Partei zuvor in Umfragen zeitweilig bis zu 13 Prozent prognostiziert wurden, blieb sie damit insgesamt unter Pretzells selbstgestecktem Ziel eines zweistelligen Ergebnisses. Nennenswert sind dennoch Ausnahmen in einigen Wahlbezirken in Ruhrgebiets-Städten, wo die AfD mit Spitzenzahlen über 20 Prozent noch vor der Wahlsiegerin CDU lag. Laut Auswertungen des Meinungsforschungsinstituts infratest dimap sollen etwa 60.000 ehemalige SPD-WählerInnen



^ *der ehemalige SPD-Lokalpolitiker und heutige AfD-Kandidat für den Landtag in NRW Guido Reil*

zur AfD gewechselt sein. Der NRW-Wahlkampf in den strukturschwachen Regionen war darauf ausgerichtet, enttäuschten sozialdemokratischen WählerInnen eine sozialpolitische Alternative zu bieten. Als Zugpferd wurde dafür der Gelsenkirchener Guido Reil, ehemaliger Bergbau-Arbeiter, von Pretzell vorgeschickt, der aufgrund seiner Unzufriedenheit mit deren Flüchtlingspolitik im Sommer 2016 aus der SPD aus- und in die AfD eingetreten war. Reil engagierte sich besonders in der »Alternative(n) Vereinigung der Arbeitnehmer e.V« (AVA), die intern jedoch in Konkurrenz zu Höckes »Alternativen Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland« (ALARM!) steht. Auf Stimmenfang im Straßenwahlkampf durfte Reil zwar gehen, sein Einzug in den Landtag war jedoch durch seinen Listenplatz 26 von vornherein unwahrscheinlich. Reil brachte auch ein wenig Farbe in den ansonsten eher schwachen Wahlkampf der AfD, nicht nur weil er sich – ganz authentisch – mit kohleverschmiertem Gesicht auf Plakaten zeigte. Selbst zu groß angekündigten Veranstaltungen mit AfD-Prominenz kamen im Höchstfall wenige Hundert Interessierte. Begleitet wurden die Auftritte regelmäßig von starkem Gegenprotest, wenn sie denn stattfanden. In einigen Fällen wurden Räumlichkeiten für Veranstaltungen durch die VermieterInnen gekündigt, in anderen Fällen, wie am 11. Mai in Köln, sagte die AfD eine öffentliche Kundgebung selbst ab und präsentierte sich stattdessen am »Online-Infostand« im Facebook-Livestream. Auffälliges Werbemittel waren auch in NRW kommerzielle Plakatwände, die allerdings nicht von der AfD selbst, sondern vom »Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten« finanziert wurden.

Unter den rechten Parteien ist die AfD in NRW inzwischen weitestgehend konkurrenzlos – Republikaner und NPD waren hier nie besonders stark, »Die Rechte« ist eher ein regionales Phänomen. »Pro NRW«, die zuvor das Themenspektrum rund um Islamkritik, EU-Feindlichkeit und Stimmungsmache gegen Geflüchtete abdeckte, trat 2017 erst gar nicht zur Landtagswahl an. Offiziell, um die AfD nicht zu schwächen, die zuvor aber schon den Zuspruch jener geerntet hatte, denen »Pro NRW« mit ihrer größtenteils extrem rechten politischen Herkunft als unwählbar erschien. Eine weitere Besonderheit ist der relativ starke Verband der »Junge(n) Alternative« (JA) in Köln. Bemerkbar machte die JA sich vor allem durch die Einladung des UKIP-Politikers Nigel Farage (s. drr Nr. 149) und zuletzt durch einen Flashmob im Stil der »Identitären«, bei dem sie, in Burkas gekleidet. durch die Kölner Innenstadt zogen. Sven Trischler, auch Bundesvorsitzender der JA, sitzt nun für die AfD im Landtag. NRW wird gerne als Gradmesser für die Bundestagswahl herangezogen, da ein Fünftel der Wahlberechtigten hier beheimatet ist. Nachdem die Umfragewerte der AfD zur Bundestagswahl kurz zuvor im Sinkflug waren, wurde die NRW-Wahl trotz des im Vergleich zu anderen Bundesländern niedrigen Ergebnisses als Erfolg bewertet. Ein zweistelliges Ergebnis hätte Aufwind für den »Petrykurs« bedeutet, so setzt sich aber auch hier der Bundestrend zum weiteren Rechtsruck fort.

Hessen

Das erste Jahr der »Alternative für Deutschland« in den hessischen Kommunalparlamenten kann als äußerst bescheiden bewertet werden. Der Landesverband ist zudem geprägt vom schwelenden Richtungsstreit auf Bundesebene und von extrem rechten Äußerungen und Kontakten führender Mitglieder.

von Sascha Schmidt

Aus den hessischen Kommunalwahlen vom 6. März 2016 ging die »Alternative für Deutschland« (AfD) mit einem landesweiten Schnitt von 11,9 Prozent als drittstärkste Kraft hervor. Die Bilanz der parlamentarischen Arbeit ist äußerst bescheiden: Die Zahl der gestellten Anträge der Kreistagsfraktionen bewegt sich mehrheitlich im unteren einstelligen Bereich – einzelne Fraktionen stehen noch ohne eigenen Antrag dar. Gut ein Dutzend MandatsträgerInnen haben die AfD wieder verlassen. Begründet wurden die Austritte mit internen Konflikten, aber auch mit der »Zusammenarbeit mit den Republikanern« oder politischer Nähe, so im Kreistag Groß Gerau und in Offenbach. Im Lahn-Dill-Kreis unterstützte die AfD-Abgeordneten gar einen NPD-Antrag gegen den hessischen Sexualkundelehrplan. Zudem mussten Bernd Ebhardt (Kreis Hersfeld-Rothenburg) und Gottfried Klasen (Landkreis Kassel) wegen antisemitischer Verschwörungstheorien sowie Axel Baumbach (Kreis Hersfeld-Rothenburg) aufgrund seiner Rolle als »Reichsinnenminister« der »Reichsbürger«-Bewegung ihre Mandate niederlegen und die Partei verlassen. Den Handlungen der Partei ging in solchen Fällen jedoch stets eine öffentliche Thematisierung voraus. Die Fälle Martin Hohmann (Kreis Fulda) und Carsten Härle (Fraktionsvorsitzender aus Heusenstamm) zeigen zudem: Antisemitismus ist in der hessischen AfD kein zwingendes Kriterium für einen Ausschluss. Hohmann wurde 2004 wegen einer antisemitischen Rede aus der CDU ausgeschlossen, Härle kann unter Rückendeckung des Landesvorstandes die Zahl der durch die Shoah ermordeten Jüdinnen und Juden in Frage stellen.

Uneinigkeit im Vorstand

Ende Mai 2015 waren sich die neu gewählten Landessprecher Peter Münch, Rolf Kahnt und Albrecht Glaser noch einig: Kahnt und Münch hatten die gegen Lucke gerichtete »Erfurter Resolution« von »Der Flügel« unterzeichnet; Glaser galt Lucke als »spiritus rector« seiner GegnerInnen. Im Mai 2017 ist der Landesvorstand des 2.231 Mitglieder (Stand März 2017) zählenden Landesverbandes auch in der »Flügel«-Frage auf Bundesebene gespalten. Bei den Wahlen zur Landesliste für die Bundestagswahl war klar: Peter Münch ging als Verlierer aus dem Streit hervor. Nachdem im November 2016 zwei nicht stimmberechtigte Personen an den Wahlen teilgenommen hatten, wurde die Wahl im Mai wiederholt. Während Münch im November auf Platz zwei landete, erschien sein Name im Mai nicht mal unter den Top 19. Münchs Kontrahent Glaser landete, wie bereits im November, im Mai auf Platz fünf. Münch, der sich gegen den Ausschluss Höckes ausgesprochen hatte, trat nach seiner Niederlage von seinen Ämtern auf Stadt- und Kreisebene sowie als Direktkandidat zurück und kündigte seinen Rückzug aus dem Landesvorstand an. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Glaser hatte Höckes Aussagen mehrfach relativiert, ehe er sich für einen Parteiausschluss aussprach. Glaser kann jedoch keineswegs als gemäßigt beschrieben werden. Beim Neujahrsempfang der AfD Bergstraße warnte er, laut »Echo-online« vor einem durch Zuwanderung entstehenden »Menschen-Mischmasch« und beschwor eine Volksbewegung, »die weit über die AfD hinausgeht« und durch Massenproteste zu einem Systemwechsel führe.

Etablierte auf den vorderen Plätzen

Auf den Plätzen eins und zwei landeten »AfD-Mitglieder der ersten Stunde«, die fest im Landesverband verankert sind: Spitzenkandidatin Mariana Harder-Kühnel, Rechtsanwältin aus dem Main-Kinzig-Kreis, gestaltet als Mitglied des Bundeskonvents die Familienpolitik mit. Auf Platz zwei folgt die ehemalige Landessprecherin Joana Cotar (Kreisverband Gießen), die als »social media Managerin« seit drei Jahren die Facebook-Seiten des Landesverbandes und seit Anfang 2017 die der Bundespartei betreut. Uwe Schulz, Sprecher des Kreisverbandes Gießen und Unterstützer der »Erfurter Resolution«, errang Platz drei. Jan Nolte, Berufssoldat und Vorsitzender der hessischen »Jungen Alternative« (JA) sowie Beisitzer im Bundesvorstand der JA, landete auf Platz vier.

Rechte Verbindungen

Es sind nicht nur Worte wie die von Glaser, welche die JA Hessen immer wieder in die Nähe der »Neuen Rechten« bringen. Noltes Co-Vorsitzender, Fabian Flecken, ist seit November 2015 Vorstandsmitglied der völkischen »Patriotischen Plattform« in der AfD. Der Betriebswirt aus Südhessen absolvierte 2009 ein Praktikum bei der »Jungen Freiheit« und schreibt für die neu-rechten Publikationen »Sezession« und »Blaue Narzisse«. Mit Max Kolb (Beisitzer im Landesverband) und Nils Grunewald sind auch Mitglieder der extrem rechten »Burschenschaft Germania Marburg« in der JA aktiv. Grunewald war laut Angaben der »Zeit« Aktivist der »Identitären Bewegung« (IB) Berlin. Im April sorgten im Internet veröffentlichte Bilder vom Landeskongress der JA im Haus der »Germania Marburg« für Aufsehen. Anwesende von JA und Burschenschaft jagten vermummt und bewaffnet Fotografen. Auch beteiligten sich Mitglieder der AfD und der JA an Aktionen oder Treffen der IB. Darunter: das Fuldaer Kreistagsmitglied Jens Mierdel, der ehemalige IB-Regionalleiter für Hessen, Marcel Vogel, der stellvertretende Sprecher des Ortsverbandes Main-Taunus, Patrick Andreas Bauer und das ehemalige Gießener Kreistagsmitglied, Armin Langhammer. Zwar verwies Flecken mehrfach auf den Unvereinbarkeitsbeschluss des AfD-Bundesvorstandes in Richtung IB. Ob dies zukünftig konsequent umgesetzt wird, bleibt abzuwarten.

Hoffnungen auf einen Einzug in den Bundestag können sich auch Martin Hohmann (Platz sechs) und das Landesvorstandmitglied Andreas Lichert (Platz sieben) machen. Der Wetterauer Lichert ist Vorstandsmitglied im »Verein für Staatspolitik«, dem Träger des gleichnamigen »Instituts« und publiziert ebenfalls für »Sezession« und »Blaue Narzisse«.

Mecklenburg-Vorpommern

von Hannes Stepputat



Das Gewicht von Mecklenburg-Vorpommern (MV) im Bundestag ist gering, seine Bedeutung in der Bundespolitik allenfalls zweitrangig. Doch eine Besonderheit zeichnet den Bundestagswahlkampf im Nordosten aus: Der nordöstlichste Wahlkreis der Republik mit dem prägnant-eingängigen Namen Vorpommern-Rügen-Vorpommern-Greifswald I ist der Wahlkreis von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Hier sucht die »Alternative für Deutschland« (AfD) die möglichst medienwirksame Machtprobe mit der verhassten Kanzlerin. Als Direktkandidat schickt sie den Fraktions- und Landesvorsitzenden Leif-Erik Holm ins Rennen. Echte Chancen auf das Direktmandat hat der Ex-Radiomoderator zwar kaum, doch im Bundestag dürfte er als Nummer eins der Landesliste höchstwahrscheinlich dennoch vertreten sein. Insgesamt hat die Partei acht ListenkandidatInnen aufgestellt, die ersten sechs treten jeweils auch in einem der sechs Wahlkreise als DirektkandidatInnen an.

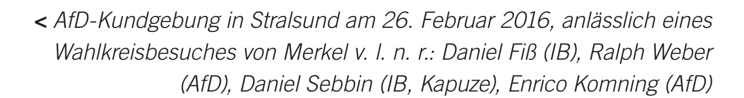
Die KandidatInnen

Auf den Spitzenkandidaten Holm folgt Enrico Komning auf Platz zwei. Der Burschenschafter (»Greifswalder Rugia«), Rechtsanwalt und Fraktionsvize aus Neubrandenburg, wird dem rechten Parteiflügel zugerechnet, pflegt aber ein seriöses Auftreten und vermied bisher größere Skandale. Als Rechtsanwalt verteidigt er den Rostocker Daniel Fiß, der früher bei der NPD und den »Jungen Nationaldemokraten« aktiv war und mittlerweile zum Bundesvorstand der »Identitären Bewegung« (IB) gehört. Platz drei nimmt Ulrike Schielke-Ziesing aus Lebbin (Mecklenburgische Seenplatte) ein. Sie ist Landesschatzmeisterin der Partei und gehört zu den Erstunterzeichnerinnen der »Erfurter Resolution« des »Flügels«, der parteiinternen Strömung um Björn Höcke und André Poggenburg. Auf Platz vier kandidiert Dennis Augustin, der bisher jedoch kaum öffentlich in Erscheinung getreten ist. Laut NDR sei Augustin der Wunschkandidat des Unternehmers Philip Steinbeck gewesen, der als finanzkräftiger Förderer der AfD gilt und nach eigenen Angaben ein »entspanntes Verhältnis« zum ehemaligen NPD-Chef Udo Pastörs pflegt. Steinbecks Name tauchte vor einigen Jahren zudem auf einer veröffentlichten NPD-Spenderliste auf. Er selbst dementiert eine Nähe zur NPD. Auf Platz fünf und im Wahlkreis Rostock tritt Stephan Schmidt an. Er ist Wahlkreismitarbeiter des wegen Volksverhetzung verurteilten Abgeordneten Holger Arppe, der wiederholt mit seiner Nähe zu den »Identitären« Aufmerksamkeit erregte. Auch Schmidt selbst hat in dieser Hinsicht keine Berührungsängste. Anfang Juni filmte er in Rostock eine Störaktion von »Identitären« bei einem Auftritt der grünen Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt. Im Februar unterstützte er gemeinsam mit »Identitären« eine Kundgebung in Greifswald, die von einer Hamburger JA-Funktionärin angemeldet worden war, indem er sich um die Tontechnik kümmerte.

Chancen und Perspektiven

Die Partei selbst räumt sich nach früheren Angaben die Chance auf zwei bis drei Mandate ein, die sie nach Berlin entsenden könnte. Ob dies angesichts der derzeit deutlich abgesunkenen Umfragewerte auf Bundesebene noch realistisch ist, bleibt unklar. Die letzte Umfrage für MV aus dem Januar sah die AfD bei 18 Prozent und damit leicht unter ihrem Landtagswahlergebnis vom Herbst mit 20,8 Prozent.
Mit Besorgnis blicken BeobachterInnen auf die Zeit nach der Bundestagswahl. Holm kündigte bereits an, im Falle seines Einzugs in den Bundestag sein Landtagsmandat nieder zu legen. Als sein Nachfolger als Fraktionsvorsitzender wird Holger Arppe gehandelt, der bei der Landtagswahl im September auf Platz drei der Landesliste ins Parlament eingezogen war. Mit Arppe als Fraktionsvorsitzender würde der ohnehin starke völkische Flügel einen weiteren Aufschwung erfahren. Welchen Einfluss dieser bereits jetzt hat, lässt sich unter anderem daran ablesen, dass mit Arppe, Komning und Ralph Weber alle drei Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden diesem Flügel zuzurechnen sind. Keine Besserung ist durch die Nachrücker der Landesliste zu erwarten: Sollte Holm in den Bundestag wechseln, würde der Schweriner Jens-Holger Schneider in den Landtag nachrücken. Schneider musste 2007 die CDU wegen seiner Teilnahme an einer NPD-Demonstration verlassen. 2015 trat er als Ordner bei rassistischen MVGIDA-Aufmärschen auf, die maßgeblich von der NPD organisiert worden waren. Schneider ist Mitarbeiter des Vorsitzenden des Innenausschusses, Jörg Kröger (AfD), der auch Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission ist. Ohne Holm, der all zu krasse Rechtsausreißer zu dämpfen versuchte, ist nach einer erfolgreichen Bundestagswahl mit einem spürbaren Rechtsruck zu rechen.
Bereits jetzt kann für Teile der Partei eine große Aufgeschlossenheit gegenüber der »Identitären Bewegung« konstatiert werden. Unter anderem werden mit Albert Glas und Jan-Phillip Tadsen mindestens zwei IB-Aktivisten als Mitarbeiter beschäftigt. Glas, ebenfalls Wahlkreismitarbeiter von Holger Arppe, gehört zu den Gründungsmitgliedern des Rostocker IB-Tarnvereins »Heimwärts e.V.«. Zuletzt trat er bei einer überregionalen IB-Demonstration am 17. Juni in Berlin als Fahnenträger auf. Tadsen arbeitet als Referent für die Fraktion im Innenausschuss. Mit Eike Liefke ist zudem eine IB-Aktivistin in den Landesvorstand der JA aufgerückt.
Die parteiinternen Querelen auf Bundesebene haben in Mecklenburg-Vorpommern bisher kaum Auswirkungen. Zumindest öffentlich positioniert sich der Landesverband nicht, im Bundesvorstand spielt die Nordost-AfD keine Rolle. Im Landtagswahlkampf traten sowohl Frauke Petry und Marcus Pretzell, als auch Björn Höcke und Alexander Gauland auf. Den Wahlkampfauftakt für die Bundestagswahl in Stralsund beging Holm gemeinsam mit Alexander Gauland.





< AfD-Kundgebung in Stralsund am 26. Februar 2016, anlässlich eines Wahlkreisbesuches von Merkel v. l. n. r.: Daniel Fiß (IB), Ralph Weber (AfD), Daniel Sebbin (IB, Kapuze), Enrico Komning (AfD)

Schleswig-Holstein

von Joshua Koch

Die »Alternative für Deutschland« (AfD) Schleswig-Holstein zog bei den Landtagswahlen im Mai 2017 zwar in den Kieler Landtag ein, erzielte mit knapp 5,9 Prozent allerdings das schlechteste Ergebnis seit der Wahl in Bremen im Mai 2015. Der Fraktion werden der Co-Landesvorsitzende Jörg Nobis sowie Frank Brodehl, Doris von Sayn-Wittgenstein, Volker Schurrbusch und Claus Schaffer angehören. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Claus Schaffer war bis 2013 für die rechtspopulistische Kleinpartei »Die Freiheit« tätig, die vor allem durch ihre islamfeindlichen Äußerungen und Aktionen in Erscheinung trat. Ende 2016 gab »Die Freiheit« ihre Auflösung bekannt, da sie ihre parteipolitischen Ziele durch die AfD »überzeugend fortgesetzt« sah.
Der bis vor kurzem unbekannte Nobis versuchte im Wahlkampf sich selbst und seine Partei als »moderat« darzustellen und hatte damit in Teilen der Presse auch Erfolg. Zugpferd im Wahlkampf war aber eindeutig positionierte Bundesprominenz, wie etwa Beatrix von Storch und Alice Weidel. Ein besonderer inhaltlicher Tiefpunkt war der Versuch, im migrantisch geprägten Kiel-Gaarden als »AfD-Bürgerwehr« aufzutreten – und damit ideologisch die Brücke nach Freital, Nauen usw. zu schlagen. Dies scheiterte allerdings am antifaschistischen Widerstand, ähnlich wie auch der gesamte Wahlkampf der AfD für sie kein Erfolg war: Eine Wahlkampfveranstaltung in Kiel wurde wegen angekündigter antifaschistischer Proteste abgesagt, in Lübeck gab es massive Gegenproteste, und wenn die AfD aufs Land auswich, traf sie auf lautstarken und vereinten Protest organisierter antifaschistischer Gruppen und der lokalen Bevölkerung.

Die Kampagne »Aufstehen gegen Rassismus« resümierte, dass die AfD den Wahlkampf einer rechten Kleinpartei geführt und es nicht vermocht hatte, inhaltlich bei breiteren Teilen der Bevölkerung anzuknüpfen. Auch im Pressestatement nach dem Wahlsonntag jammerte Nobis fast ausschließlich darüber, wie schwer der Partei der Wahlkampf gemacht worden sei. Es bleibt zu hoffen, dass auch die AfD-Fraktion im Landtag eine weitgehend unbeachtete rechte Kleinfraktion bleiben wird – ein erster symbolischer Schritt in diese Richtung mag die Zuweisung von Fraktionsbüros im Keller des Landtagsgebäudes gewesen sein.
Bei der anstehenden Bundestagswahl im September wird der Landesverband angesichts des im Bundesvergleich schlechten Wahlergebnisses und der wenigen in Schleswig-Holstein zu vergebenden Parlamentssitze wohl kaum auf große Unterstützung durch die Bundesprominenz hoffen können.
Listenplatz 1 und 2 für die Bundestagswahl belegen der Finanzmanager und Co-Landesvorsitzende Bruno Hollnagel, der seine Nähe zur Neuen Rechten mit einem Kurzinterview in deren Leitmedium »Junge Freiheit« unter Beweis stellte, sowie der Arzt und Hochschulprofessor Axel Gehrke. Auf Platz 3 kandidiert Gereon Bollmann, Richter am Oberlandesgericht Schleswig und dort in einem Familiensenat tätig. Die Kandidatur eines Richters sorgte für besonderes öffentliches Befremden: »Schön ist es nicht, dass ein Richter, der für den Rechtsstaat einstehen soll, sich in einer so rechtsstaatsfeindlichen Partei engagiert«, so der Fraktionsvorsitzende des »Südschleswigschen Wählerverbands«, Lars Harms. Auch »Bündnis 90/ Die Grünen« und die »Neue Richtervereinigung« äußerten sich ähnlich.
Bei den Kommunalwahlen 2013 war die Partei noch nicht angetreten.
Von Wahlen abgesehen, machte die Partei in den letzten Jahren vor allem durch interne Querelen auf sich aufmerksam. Diese waren allerdings weniger auf parteiinterne »Flügelkämpfe« zurückzuführen – in diesen positionierte sich der Landesverband nicht wahrnehmbar – sondern eher Ausdruck persönlicher Machtkämpfe.
Auch in Schleswig-Holstein bestehen Überschneidungen zu anderen Spektren der extremen Rechten. So wurde etwa Alice Weidel bei ihren Wahlauftritten im Land von mehreren jungen Männern begleitet, die vorher im Kontext der »Identitären Bewegung« aufgefallen waren. Die wiederum übernachteten im Haus der seit Jahrzehnten einschlägig bekannten »Alten Königsberger Burschenschaft Alemannia
Auch traten zahlreiche Mitglieder der »Jungen Alternative« und der »Alemannia« bei den Kieler Uni-Wahlen 2016 gemeinsam als Wahlliste »Bund Freiheitlicher Studenten« an. Weitere Überschneidungen finden sich mit Blick auf den Kieler Kreisvorstand und dessen Social Media-Beauftragten Robert Schmidt. Der hatte mehrfach erfolglos versucht, mit KIGIDA einen Ableger der völkischen PEGIDA-Bewegung in Schleswig-Holstein zu initiieren.

Niedersachsen

von David Janzen



^ *»Junge Alternative« auf einer AfD-Kundgebung 2016 in Hannover*

Wohl in keinem anderen Landesverband zeigt sich die »Alternative für Deutschland« (AfD) öffentlich so zerstritten wie in Niedersachsen. Von einem »offenen Krieg« spricht da die Göttinger Kreisvorsitzende Dana Guth und »Die Welt« zitiert einen Parteifunktionär mit der Aussage, der Landesvorsitzende Paul Hampel sei »hochgradig unseriös und das wandelnde Chaos«. Dessen KritikerInnen, wie der unlängst von allen Ämtern zurückgetretene ostfriesische Kreisvorsitzende Holger Pieters, werfen ihm einen diktatorischen Führungsstil vor. Der NDR berichtete von Mails, die im Landesvorstand kursierten und in denen zur »Operation Trappenjagd« gegen Hampel-KritikerInnen geblasen werde, um ihnen mit einem »Karnickelfangschlag« den Garaus zu machen. Der Landesvorstand warf Pieters in einer Mitgliedermail vor, ein »destruktives Verhalten« an den Tag zu legen und kündigte an, einen möglichen Parteiausschluss zu prüfen. In Hildesheim wurde der gesamte Kreisvorstand des Amts enthoben und in Göttingen verhängte der Landesvorstand einen Aufnahmestopp für Neumitglieder, weil eine »zunehmende Tendenz« bestehe, »mit Personen zusammenzuarbeiten, die erkennbar dem rechtsextremen Milieu zuzuordnen sind«. Dana Guth wiederum bezeichnete in einer Mail das Vorgehen des Landesvorstandes als »Strafaktion« gegen »aufständische Kreisverbände«.

Spiegelbild

Der Streit hat auch eine politische Dimension: Pieters und Guth warfen Hampel wiederum vor, er selbst grenze sich nicht vom rechten Rand ab. So habe er mit seinem Auftritt beim extrem rechten »Arbeitskreis für deutsche Politik e. V.«, der vom Verfassungsschutz beobachtet werde, der Partei öffentlich geschadet. In Salzgitter trat der Polizist Peter Fabritz von seiner Kandidatur als AfD-Direktkandidat für die Bundestagswahl zurück. Gegenüber den Medien nannte er nicht nur die ausschließliche Besetzung der obersten Plätze der Landesliste mit Hampel-Getreuen als Grund für den Rücktritt, sondern auch den »deutlichen Rechtsruck« des »national-konservativen« Parteiflügels in der Partei.

Der Streit in Niedersachsen reicht dabei bis hinein in den Bundesvorstand. Dort sitzt aus Niedersachsen nicht nur Hampel, der als Vertrauter von Alexander Gauland, Unterstützer von Höcke und Gegner von Frauke Petry gilt, sondern mit Bodo Suhren auch einer seiner schärfsten Kritiker im Landesverband. So befasst sich eine Untersuchungskommission des Bundesvorstands mit der Frage, ob Hampel mit seinem Vorgehen gegen seine KritikerInnen gegen die Parteisatzung verstoßen habe. Hinzu kommen Gerüchte über finanzielle Unregelmäßigkeiten, die Hampel zu verantworten habe.

Hampel und Co.

Hampel, der als jahrelanger Parlaments- und Auslandskorrespondent der ARD öffentlich bekannt wurde, ist seit 2013 durchgängig Landesvorsitzender der AfD. Und er kann sich trotz aller Kritik auf eine starke Hausmacht stützen: Im Februar wurde er in Hannover mit fast 90 Prozent der Stimmen auf Platz 1 der Landesliste zur Bundestagswahl gewählt. Da waren viele der oppositionellen Kreisverbände allerdings gar nicht vertreten. Diese monierten die Aufstellung der Landesliste, zogen vor das Parteischiedsgericht und versuchten vergeblich einen Sonderparteitag durchzusetzen, um vor einer Fortsetzung der Aufstellung der Landesliste den Landesvorsitzenden abzusägen. Doch allen Querelen zum Trotz wurde Hampel im März mit 56 Prozent der Stimmen erneut zum Landesvorsitzenden gewählt, seine Herausforderin Dana Guth erhielt nur knapp 23 Prozent der Stimmen.

Der jetzige Landesvorstand besteht nur noch aus Hampel-Getreuen, die auch die oberen Plätze der Landesliste zur Bundestagswahl besetzen: Auf Platz 2 kandidiert der selbständige Ingenieur Jörn König aus Hannover, ehemaliger DDR-Vizemeister im Schwimmen, auf Platz 3 der Pilot Thomas Ehrhorn aus Celle und auf Platz 4 der stellvertretende Landesvorsitzende Wilhelm von Gottberg. Der ehemalige Polizist und Dozent für Staats- und Verfassungsrecht an einer Polizeifachschule des Bundesgrenzschutzes war jahrelang CDU-Bürgermeister im wendländischen Schnegga, von 1992 bis 2010 Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen und bis 2012 Vizepräsident des »Bunds der Vertriebenen«. Der 1940 geborene Gottberg hat gute Chancen nach der Bundestagswahl Ende September Alterspräsident des Bundestages zu werden.

Unter Druck steht auch der Nachwuchs der Partei: So wurde gegen den Vorsitzenden des »Junge Alternative« (JA)-Bezirksverbands Braunschweig, Lars Steinke aus Göttingen, ein Ausschlussverfahren eingeleitet. Vorgeworfen wird ihm unter anderem, er solle mehrere Mahnwachen des extrem rechten »Freundeskreises Thüringen/Niedersachsen« angemeldet haben und der »Identitären Bewegung« (IB) nahe stehen. Auch der Landesvorsitzende Paul Hampel fühlt sich in diesem Milieu offensichtlich wohl: Im Januar hielt Hampel einen Vortrag zur »Krise der deutschen Außenpolitik« auf dem Haus der (neu-)rechten Braunschweiger »Burschenschaft Thuringia«, die derzeit den Vorsitz der »Deutschen Burschenschaft« innehat.

Ausblick

Eine aktuelle Wahlumfrage des INSA-Instituts sieht die AfD in Niedersachsen bei 6 Prozent. Bei der zurückliegenden Kommunalwahl 2016 hatte die Partei landesweit noch 7,8 Prozent eingefahren und ist in vielen Kommunalparlamenten vertreten.

Für den Landesverband mit seinen rund 2.000 Mitgliedern steht die Landtagswahl Anfang 2018 an. Die Bundestagswahl Ende September 2017 könnte noch zur Zitterpartie werden. Die Partei war davon ausgegangen ihre Landesliste mit KandidatInnen bei der Landeswahlleiterin eingereicht zu haben. Um das zu belegen, wurde ein entsprechendes Schreiben veröffentlicht, das sich jedoch als Fälschung entpuppte. Nun müssen die Unterlagen erneut bis Mitte Juli eingereicht werden. Sollte dieser Termin verstreichen, droht der Ausschluss der Landesliste von der Bundestagswahl mit entsprechenden Konsequenzen für das Gesamtergebnis der AfD.

Sachsen-Anhalt

Im März 2016 fuhr die »Alternative für Deutschland« in Sachsen-Anhalt bei den Landtagswahlen ein fulminantes Ergebnis ein. Binnen Jahresfrist hat sich die Partei im Parlament und in der Öffentlichkeit mit Personalquerelen, politischen Provokationen und Rechtsaußen-Kontakten profiliert.

von Wolfgang Laskowski



^ *André Poggenburg im Mai 2017 in Wittenberge*

Der 13. März 2016 war ein Tag des Triumphs für die «Alternative für Deutschland« (AfD) Sachsen-Anhalt. An diesem Wahlsonntag erreichte die AfD bei den Landtagswahlen 24,3 Prozent der Stimmen und zog mit fünfundzwanzig Abgeordneten in den Landtag in Magdeburg ein. Von Beginn an positionierte sich die Fraktion im innerparteilichen Machtkampf auf Seiten des völkisch-nationalistischen Flügels der Partei um den Thüringer Björn Höcke. Partei- und Fraktionschef André Poggenburg fuhr schon seinen strammen Rechtskurs, als die Partei noch als national-liberal oder national-konservativ galt. Entsprechend kurz sind die Wege zum in Sachsen-Anhalt ansässigen »Institut für Staatspolitik« (IfS) und dem Verleger Götz Kubitschek. Keine Berührungsängste, trotz formalem Abgrenzungsbeschluss bestehen zu der neurechten »Identitären Bewegung« (IB), die in Halle (Saale) mit der Gruppe »Kontra-Kultur« über einen regionalen Ableger von hoher Strahlkraft verfügen. Ideologischer Kopf der AfD-Fraktion ist der Abgeordnete Hans Thomas Tillschneider. Der promovierte Islamwissenschaftler inszeniert sich als kerniger Rechtsintellektueller der Fraktion, ist Sprecher der »Patriotischen Plattform« in der AfD, trat als Redner bei PEGIDA in Dresden auf, und wirbt offensiv für eine Kooperation mit den »Identitären«. Im IfS in Schnellroda ist er ein offenbar gern gesehener Gast.

Im Rausch der Provokation

Im ersten Jahr ihrer parlamentarischen Präsenz fiel die AfD durch ein Wechselspiel von Provokation und Tabubruch auf. Ob ›Burka-Verbot‹ oder Debatte um den angeblich unter Studierenden grassierenden ,›Linksextremismus‹, den es wie »Wucherungen am Volkskörper« zu entfernen gelte. Die Partei ist auf einen rhetorischen Knalleffekt aus. Eine Strategie, die auch im Landtag und den Ausschüssen fortgesetzt wird. Zuletzt beantragte die AfD im Landtag ein Dienstpflichtjahr, genannt »Heimatdienst« oder plante in die Spielplanhoheit der Theater einzugreifen.

Der Kater danach

Von der Euphorie der ersten Monate ist wenig geblieben. Poggenburg führt Fraktion und Partei aus einer Hand derart autoritär, dass die seit längerem schwelenden Konflikte erst auf einem Landesparteitag, und dann in der Fraktion eskalierten. Es ging um Durchstechereien von Partei- und Fraktionsinterna an die Presse, Putschpläne gegen André Poggenburg und Vorwürfe der sexuellen Belästigung gegen den Abgeordneten Matthias Büttner. Im Mai dann traten nacheinander drei Abgeordnete, Sarah Sauermann, Gottfried Backhaus und Jens Diederichs aus der Fraktion aus. Die Motive für diesen Schritt dürften sehr unterschiedlich gewesen sein. Backhaus etwa, hatte kurz zuvor seinen Posten als kirchenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion verloren, sah sich in der Fraktion Mobbing ausgesetzt, wodurch er einen Schlaganfall erlitt. Jens Diederichs, der bereits in der »Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands« und der SPD Mitglied gewesen war, suchte und fand Aufnahme in der CDU/Fraktion, während Sarah Sauermann fraktionslos blieb.

Vorerst letzter Höhepunkt der Entwicklung der AfD in Sachen-Anhalt war die Veröffentlichung von geleakten Chat-Protokollen einer Messenger-Gruppe in der Poggenburg und wesentliche MandatsträgerInnen, aber auch einfache Basis-Mitglieder der AfD vertreten waren. In diesem, über einen Zeitraum von zwei Monaten reichenden Chat-Protokoll, lassen sich mühelos menschliche Abgründe ebenso wiederfinden, wie Gewalt- und Vernichtungsphantasien gegenüber PolitikerInnen und JournalistInnen, offener Rassismus und Vorschläge für konkrete Maßnahmen im Falle einer »Machtübernahme« durch die AfD. Im Chat vertreten war offenbar auch ein Bundespolizist, der den Teilnehmenden seine Kenntnisse beim Schießen zur Verfügung stellen wollte.

In den Umfragen hat die AfD einen regelrechten Absturz erlebt. Von ehedem 24,3 Prozent der WählerInnen würden nun immerhin noch 13 Prozent der Partei ihre Stimme geben. Ob dies bis zur Bundestagswahl so bleibt, hängt vom Ausgang der internen Debatte und ihrer bundesweiten Kampagnenfähigkeit ab.

Rechts von der AfD darf es keine Partei geben

Die AfD Sachsen-Anhalt hat sich binnen eines Jahres im Parlament von einem ohnehin rechten Selbstverständnis zu einem offenen völkischen Nationalismus radikalisiert. Ihre Mandats- und FunktionsträgerInnen hantieren mit NS-Vokabular, diffamieren politische KonkurrentInnen und gesellschaftliche Minderheiten in einem Jargon, der sich nicht mehr wirklich von dem neonazistischer Gruppen unterscheidet. Sie ist in Sachsen-Anhalt fest in das neurechte Netzwerk im Dreieck zwischen IfS, »Identitären« und der selbsternannten Bürgerbewegung »EinProzent« eingebunden. Im Parlament verfolgt sie bei ihren Kernthemen wie Migration und Familie einen unverhüllt extrem rechten Kurs. Dies alles lässt nur einen Schluss zu: die AfD in Sachsen-Anhalt entwickelt sich zu einer faschistischen Partei im rechtspopulistischen Mäntelchen.



Brandenburg

< (linkes Bild) Alexander Gauland

von Sven Kames



< Hier sind die AfD-Landesvorsitzenden André Poggenburg aus Sachsen-Anhalt, Björn Höcke aus Thüringen und der Brandenburger Andreas Kalbitz 2016 in Salzwedel

Der Landesverband der »Alternative für Deutschland« (AfD) in Brandenburg ist in den bundesweiten Richtungskämpfen eindeutig positioniert – und zwar auf der Seite des fundamentaloppositionellen, völkisch-nationalistischen Flügels. Stimmen, die sich kritisch über oder gar explizit gegen die Symbolfigur Björn Höcke wenden, sind in der Mark nicht wahrnehmbar.
Der Potsdamer AfD-Bundesvize Alexander Gauland trug bekanntlich seit Beginn die Radikalisierung seiner Partei nach rechts mit – auch auf Landesebene. Bis zum Parteitag im April war er Landesvorsitzender in Brandenburg. Sein Nachfolger ist Andreas Kalbitz, der sogar eindeutiger als Gauland ganz weit rechtsaußen zu verorten ist. Noch 2016 war Kalbitz Vereinschef bei der extrem rechten Vereinigung »Kultur- und Zeitgeschichte, Archiv der Zeit«; beständig tritt er auch weiterhin als Redner bei den rassistischen, sich selbst »asylkritisch« nennenden Demonstrationen im Bundesland auf. Stellvertretende Landesvorsitzende sind Birgit Bessin, Erstunterzeichnerin der Erfurter Resolution, und der politisch bisher weitgehend konturlose Daniel Freiherr von Lützow.
Bei den Landtagswahlen im September 2014 gelang der AfD Brandenburg mit 12,2 Prozent Stimmanteil als einem der ersten AfD-Landesverbände der Einzug in den Landtag. Die aktuellen Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge: Birgit Bessin (Geschäftsführerin der Fraktion), Andreas Galau, Alexander Gauland (Fraktionsvorsitz), Thomas Jung, Andreas Kalbitz, Steffen Königer, Rainer van Raemdonck, Christina Schade, Sven Schröder, Franz Wiese. Fast alle haben eine Vergangenheit in oder eine Affinität zu extrem rechten politischen Formationen.
Kurz vor der Landtagswahl, im Mai 2014, war die Partei bereits bei den Kommunalwahlen angetreten. Sie errang 3,9 Prozent der Zweitstimmen und insgesamt 39 Mandate in Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen.
Bei der letzten, allerdings schon einige Monate zurückliegenden, Umfrage zur Bundestagswahl, die sich auf das Land Brandenburg herunterbrechen lässt, lag die AfD bei rund 20 Prozent Stimmanteil. Die Partei selbst stuft die ersten vier Plätze ihrer Landesliste als »sicher« ein. Im Januar wurden die vorderen Plätze vergeben. Zum Spitzenkandidat wurde mit 199 von 241 Stimmen Alexander Gauland gewählt. Auf Platz 2 ist Roman Reusch gesetzt, der in seiner Bewerbungsrede harte Töne angeschlagen hatte: »Wenn die Blockparteien so weitermachen können wie bisher, dann hat unser Land in zwanzig Jahren fertig, wir wären wirtschaftlich ruiniert, von einer nicht-deutschen Mehrheit besiedelt und auf dem besten Weg in die islamische Republik.« Reusch ist von Beruf leitender Oberstaatsanwalt in Berlin.
Auf den Plätzen drei bis fünf stehen René Springer (Potsdam), Steffen Kotré (Mittenwalde, Dahme-Spreewald) und Norbert Kleinwächter (Schulzendorf, Dahme-Spreewald). Die drei sind bisher nicht durch polarisierende Beiträge in öffentlichen Kontroversen in Erscheinung getreten und gehörten bislang eher zur zweiten Garnitur der hiesigen AfD. René Springer kommentierte seine Wahl zum Direktkandidaten sogleich mit den im Landesverband gängigen Themen und Worten: »Wir wollen die Gewissheit, dass nicht Angst oder die Scharia unser Leben bestimmt, sondern Freiheit und das (sic!) unsere Werte, unsere Kultur, unsere Sprache, unsere Traditionen – dass unsere nationale Identität erhalten bleibt.«
Die folgenden Plätze sind unter anderem mit dem Landtagsabgeordneten (und Ex-»Republikaner«) Andreas Galau oder dem Vize-Landesvorsitzenden Daniel Freiherr von Lützow belegt. Auf Platz zehn steht Michael Limburg, ein bundesweit einschlägig bekannter Leugner des Klimawandels. Limburg ist unter anderem Vizevorsitzender der pseudowissenschaftlichen Lobbyorganisation »Europäisches Institut für Klima und Energie«. Platz elf belegt Wilko Möller aus Frankfurt (Oder). Gegen den Bundespolizisten läuft zurzeit ein berufliches Disziplinarverfahren, weil er auf Facebook mit der Wehrmacht-Durchhalteparole »Klagt nicht, kämpft« für sich und seine Partei geworben hatte. Unter den bisher bekannt gegebenen zwölf Spitzenplätzen der Landesliste befindet sich keine einzige Frau.
Die AfD ist in Brandenburg für den Wahlkampf als kampagnenfähig einzustufen. Sie verfügt über Parteigliederungen in allen 14 Landkreisen und den vier kreisfreien Städten. Nach eigenen Angaben hat sie landesweit um die 1000 Mitglieder. Im Wahlkampf dürfte die AfD auch auf Präsenz in der Fläche, auf Infostände und Kundgebungen setzen. Entsprechende Aktionen sind eingeübt – an den asylfeindlichen Mobilisierungen der letzten zwei Jahre haben sich Mitglieder der AfD Brandenburg reichlich und teils führend beteiligt. Der Wahlkampfauftakt erfolgte bereits im Mai. In Frankfurt (Oder) traten Alexander Gauland, Andreas Kalbitz und Wilko Möller gemeinsam auf dem dortigen Rathausplatz auf. Eventuelle inhaltliche Schwerpunktsetzungen für den Wahlkampf ließen sich bei der Kundgebung noch nicht ausmachen. Wenig ambitioniert wurde später verkündet, dass die Bevölkerung »genug vom Einheitsbrei der Altparteien« habe und man »die Probleme gerade hier im Osten mutig anpacken« wolle.

Rheinland-Pfalz

Bei den Kommunalwahlen 2014 erzielte die »Alternative für Deutschland« lediglich 4,2 Prozent. Mit 12,6 Prozent zog sie im März 2016 in den rheinland-pfälzischen Landtag ein. Nun ist der Landesverband um Seriösität bemüht.

von Oliver Peters und Josef Müller

Der Austritt von Bernd Lucke im Juli 2015 hatte zum Rückzug des Landesvorsitzenden Uwe Zimmermann und des liberalen Flügels aus der »Alternative für Deutschland« (AfD) in Rheinland-Pfalz geführt. Seitdem steht der ehemalige Bundeswehr-Offizier Uwe Junge (aus Mertloch im Landkreis Mayen-Koblenz) dem Landesverband vor. Ihm ist es relativ erfolgreich gelungen, die verbliebenen Flügel zusammenzuhalten. Junge, der mit seinem gezwirbelten Schnauzbart wie aus dem Kaiserreich entsprungen wirkt, inszeniert sich gerne als Verkörperung preußischer Tugend. Sein Credo: »Moderat in der Sache, hart im Ton.« Im Landtagswahlkampf ließ er sich für eine Reportage des Südwestfunk in Uniform vor seiner ehemaligen Kaserne interviewen. Doch sein Image als Saubermann bröckelt. Im März 2017 hob der Landtag die Immunität des Fraktionsvorsitzenden wegen Ermittlungen der Bundeswehr auf. Junge wird vorgeworfen, als Soldat gegen das politische Mäßigungsgebot verstoßen zu haben, als er Angela Merkel als »Vaterlandsverräterin« bezeichnete. Zudem soll Junge eine homosexuelle Soldatin diskriminiert haben.

Direkte Plan-Demokratie

Spitzenkandidat ist der 27-jährige Sebastian Münzenmaier. Wie Junge verkörpert er den Typus des integren Konsenskandidaten und Saubermanns, und nimmt für sich in Anspruch, alle Parteiflügel zu vertreten. Und ebenso wie Junge war auch er Mitglied in der rechtspopulistischen Partei »Die Freiheit«. Auf Platz zwei wählte der Parteitag Dr. Heiko Wildberg aus Germersheim, der sich als liberal-konservativ bezeichnet. Wildberg war langjähriges Mitglied von »Bündnis 90/Die Grünen« und Mandatsträger in Kandel/Pfalz. Auf Platz drei schaffte es Andreas Bleck. Bleck war Mitglied der »Jungen Union« und des islamfeindlichen Vereins »Bürgerbewegung Pax Europa«, für den er Veranstaltungen organisierte, unter anderem mit dem verurteilten Volksverhetzer Michael Mannheimer. Bleck ist Mitarbeiter des AfD-Landtagsabgeordneten Jan Bollinger und geht den Weg einer klassischen Berufspolitikerkarriere. Dies brachte ihm innerparteiliche Kritik: Die Bundessatzung sieht nämlich eine mindestens fünfjährige Berufserfahrung außerhalb des Politikbetriebs für MandatsträgerInnen vor.

Auf Listenplatz vier wurde Nicole Höchst aus Speyer gewählt. Die Regierungsschuldirektorin ist Mitglied der Bundesprogrammkommission und dort zuständig für Schul- und Bildungspolitik. Intern steht der Verdacht im Raum, Höchst sollte gezielt von Junge und seinen Vertrauten auf einen aussichtsreichen Listenplatz gehoben werden. Nachdem sie in ihrem Heimatwahlkreis Speyer klar gegen ihren Gegenkandidaten für die Aufstellung zur Bundestagswahl verlor, soll sie laut Informationen der Rhein-Zeitung sowohl im Kreis Germersheim als auch in Mainz – den Wahlkreisen von Münzenmaier und Wildberg – als Direktkandidatin ins Gespräch gebracht worden sein. Nachdem dieser Versuch scheiterte, fand eine dubiose Wahl, geleitet von Andreas Bleck, im Kreis Hochstetten-Daun statt. Der dortige Vorstand gestand ihr in einer Nacht-und-Nebel-Aktion eine Gastkandidatur zu.

Geschichtsrevisionismus à la Höcke

Auf Listenplatz 5 steht der Historiker Stefan Scheil, der als Publizist und Referent die Kriegsschuld Deutschlands infrage stellt und damit einen gewissen Bekanntheitsgrad in der extremen Rechten erlangt hat. Bereits seit 2009 schreibt Scheil regelmäßig für die »Junge Freiheit« (JF) und veröffentlicht in der neu-rechten Zeitschrift »Sezession«. Der Gründer des »Instituts für Staatspolitik«, Götz Kubitschek, interviewte im Oktober 2014 Scheil, zu diesem Zeitpunkt AfD-Kreistagsabgeordneter des Rhein-Pfalz-Kreises und dortiger Fraktionssprecher, zusammen mit Björn Höcke zur Zukunft und zum politischen Verständnis der AfD. Scheil hält auf diversen Veranstaltungen der extremen Rechten Vorträge, unter anderem auf Treffen des Verlegers Dietmar Munier, dem das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) »seit Jahrzehnten einen festen Platz im rechtsextremistischen Verlagsbereich« zuschreibt. Das BfV führt unter anderem Scheils Thesen in der JF an, um die Beobachtung der Zeitung in den frühen 2000er Jahren zu begründen.

Seriöser Rechtsruck

Auch wenn die Zustimmung für die AfD in Umfragen in Rheinland-Pfalz seit der Landtagswahl zurückgegangen ist, steht der Landesverband relativ stabil da. Grund scheint hierfür die hierarchische Führung Junges zu sein. Zudem ist die Partei darauf bedacht, den Landesverband in der Öffentlichkeit skandalfrei zu halten. Gegenüber Personen, die der Partei Negativ-Schlagzeilen bescheren, geht man mehr oder weniger konsequent auf Distanz: Rainer Wink (parteilos) zog auf der AfD-Liste in den Bad Kreuznacher Stadtrat ein. Nach seinem Einzug in den Stadtrat bekannte er sich als »Reichsbürger« und musste daraufhin den Stadtrat verlassen. Gegen den Mitinitiator des Westerwälder PEGIDA-Ablegers »Bekenntnis zu Deutschland«, Torsten Frank, läuft seit längerem ein Ausschlussverfahren. Ausgang offen. Demgegenüber blieb beispielsweise die Teilnahme an Aktivitäten der »Identitären Bewegung« von Justin Cedric Salka (stellvertretender Kreisvorsitzender im Westerwald) sowie die Mitgliedschaft des Landtagsabgeordneten Joachim Paul und des Mitarbeiters der Landtagsfraktion Alexander Jungbluth in der extrem rechten »Alten Breslauer Burschenschaft der Raczecks zu Bonn«, die im Jahr 2011 die Einführung des sogenannten 'Arierparagraphen' als Aufnahmekriterium in ihren Dachverband »Deutsche Burschenschaft« gefordert hatten, ohne öffentliche Thematisierung und damit folgenlos.

Saarland

Der saarländische Landesverband der »Alternative für Deutschland« trat im letzten Jahr durch Skandale, existenzbedrohende Differenzen mit der Bundespartei und der extrem rechten Ausrichtung führender Vertreter in Erscheinung. Die Landtagswahl vom März 2017 brachte der Partei drei Sitze.

von Emma Blum

Der Merziger Kreisverbandschef Michael Schettle trat drei Tage vor der Landtagswahl mit der Begründung aus der Partei aus, sie sei ihm zu »demokratiefeindlich«. Zudem habe Dörr »ein System aus family and friends« geschaffen. Mit Blick auf die Delegiertenliste der »Alternative für Deutschland« (AfD) des Kreisverbandes Saarbrücken-Land ist dieser Vorwurf nicht von der Hand zu weisen. Neben Josef Dörr stehen Dörrs Söhne Michael, Martin und Roman, seine Ehefrau Inge, die 86-jährige Schwägerin Erna Pontius und Dörrs Vertraute Aline Wagner auf der Liste. Neben Schettle verließ auch Mirko Welsch im März 2017 die AfD. Der ehemalige Bundessprecher des Arbeitskreises »Homosexuelle in der AfD« mit Sitz im Saarbrücker Bezirksrat Dudweiler, gab dabei als Grund die positiven Bezüge Dörrs zu Björn Höcke an. Allerdings störten ihn bislang Kontakte mit Personen der extremen Rechten nicht. Auf Fotos ist Mirko Welsch mit der NPD-Funktionärin Jaqueline Süßdorf zu sehen. Offenbar geht es auch hierbei um Kritik an Josef Dörr, der jedoch trotz aller Skandale im Landesverband unantastbar wirkt.

Kontakte zur extremen Rechten

Josef Dörr und sein Stellvertreter und derzeitiger parlamentarischer Geschäftsführer Lutz Hecker pflegten im Jahr 2015 Kontakte zur extrem rechten Kleinstpartei »Freie Bürger Union« (FBU). Die FBU setzt sich aus ehemaligen NPD-Stadträten der Stadt Völklingen und AkteurInnen der HoGeSa-Abspaltung »Saarländer gegen Salafisten« (SaGeSa) zusammen. Die Treffen hatten Formen einer möglichen Zusammenarbeit im Hinblick auf die Landtagswahl 2017 zum Inhalt. Außerdem stand Dörr in Kontakt mit dem SaGeSa - Mitbegründer Sascha Wagner sowie der Organisatorin der extrem rechten »Pfälzer Spaziergänger«, Ulrike Reinhardt. Auch der dritte im Bunde der Landtagsfraktion, Rudolf Müller (Spitzenkandidat bei der Landtagswahl und stellvertretender Fraktionsvorsitzender) sorgte für einen Skandal. Im Antiquitätengeschäft, das er mit seiner Ehefrau Monika Müller in Saarbrücken betreibt, werden NS-Orden mit Hakenkreuzen und »Lagergeld« aus dem KZ und Ghetto Theresienstadt verkauft (s. drr Nr. 166). Ein Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen Verstoßes gegen §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) wurde im Februar 2017 mit der Begründung eingestellt, er erreiche keinen nennenswerten Personenkreis.

Das Verhältnis zur Bundespartei

Rund um die Landtagswahl im Saarland gaben sich sowohl der Vorstand der AfD Saar als auch die Landesvorsitzenden und die Bundespartei trotz der vorherigen Konflikte versöhnlich. Am 26. Februar 2017 erklärten die Landesvorsitzenden aller AfD-Verbände im Mitglieder-Magazin »AfD Kompakt«, man habe sich durch die internen Kontroversen von der »eigentlichen historischen Aufgabe, dem politischen Gegner entschlossen und gemeinsam die Stirn zu bieten und glaubwürdige Politik für unser Vaterland zu gestalten, ein Stück entfernt«. Es gelte »nun den Dialog mit den Wählern entschlossen zu führen und auf Demonstrationen und Kundgebungen Einigkeit und Stärke zu zeigen«. Allerdings gibt es auch Stimmen im Landesverband, welche die Entscheidung des Schiedsgerichts als einen »Freispruch 3. Klasse« empfinden, da das Schiedsgericht der Argumentation des Bundesvorstands folge und lediglich den Parteiausschluss als unverhältnismäßig empfunden habe. Im Oktober 2016 forderte Frauke Petry Josef Dörr auf, er solle aus »Rücksicht auf die Gesamtpartei« nicht an der Landtagswahl teilnehmen. Dennoch unterstützte Petry den Landtagswahlkampf, indem sie mit dem Bundesvize Albrecht Glaser an einer Wahlkampfveranstaltung in Homburg auftrat.

Die AfD Saar im Landtag

Am 26. März 2017 zog die AfD Saar mit 6,2 Prozent der Stimmen in den saarländischen Landtag ein. Der 78-jährige ehemalige Schulleiter Josef Dörr eröffnete als Alterspräsident die erste Sitzung des Landtages. Die übrigen Parteien sahen von einer Änderung dieser Formalie ab. Proteste oder kritische Stimmen blieben während der eher unauffälligen Rede aus. Die drei Fraktionsmitglieder sind in fast allen Ausschüssen des Landtages vertreten. Eine klare Positionierung der übrigen Abgeordneten gegen die AfD ist derzeit nicht erkennbar.

Und die Bundeswahlliste?

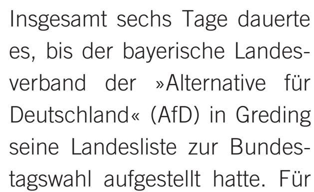
Am 1. Juni 2017 erklärte das Landgericht Saarbrücken die Landesliste der AfD Saar für die Bundestagswahl für ungültig. Grund dafür sei ein Verstoß gegen das Bundeswahlgesetz, demzufolge Delegierte zur Bildung einer Wahlversammlung gewählt werden müssen. Die Wahlversammlung fand hingegen während des Landesparteitags Anfang April statt und wurde dort durch die Delegierten für den Landesparteitag durchgeführt. Dem Urteil ging eine Klage des AfD-Kreisvorsitzenden St. Wendel, Edgar Huber, voraus, der bei der Wahl um den Listenplatz 2 unterlag. Trotz all dieser Querelen bleibt die Position von Josef Dörr und seinen beiden Fraktionsmitgliedern unangefochten. Diese drei stehen für extrem rechte Positionen innerhalb der Partei und gingen trotz aller Skandale im Vorfeld, kritisierter Vetternwirtschaft, der Zerwürfnisse mit der Bundespartei und des scheinbar schlechten Ergebnisses der Landtagswahl gestärkt hervor.

Bayern

von Robert Andreasch



^ *v. l. n. r.: Petr Bystron, Martin Sichert, Stephan Protschka auf einer AfD-Kundgebung in Passau*



Insgesamt sechs Tage dauerte es, bis der bayerische Landesverband der »Alternative für Deutschland« (AfD) in Greding seine Landesliste zur Bundestagswahl aufgestellt hatte. Für das zähe Ringen um die 30 Plätze waren nicht Richtungsstreitigkeiten maßgeblich; die Konkurrenz wurde durch die Aussicht auf lukrative Bundestagsmandate geschürt. Die Rechnung der BewerberInnen dürfte in etwa so ausgesehen haben: Holt die AfD 10 Prozent bei der Wahl Ende September, ziehen rund 70 AfD-Abgeordnete in den 19. Deutschen Bundestag ein – darunter vermutlich mindestens sieben aus Bayern.
Allein für die ersten neun Listenplätze zogen sich die Wahlgänge über drei volle Tage hin. Bei den Abstimmungen um Listenplatz eins fiel der AfD-Landesvorsitzende Petr Bystron (München) durch. Sein Gegenkandidat Martin Hebner (Diessen) aus dem AfD-Landesvorstand hatte seine Kandidatur erst auf dem Parteitag öffentlich gemacht. Offensichtlich genoss er vor allem das Vertrauen der Völkischen in der Partei. Zwar kann Bystron auch getrost zum radikalen Parteiteil gezählt werden, aber zuletzt hatte er dort an Rückhalt verloren: Als gnadenloser Opportunist war er nämlich seiner Parteichefin Frauke Petry beim Parteiausschlussverfahren gegen Björn Höcke zunächst gefolgt. In den Tagen vor der Listenwahl hatte Bystron dann aber vergeblich versucht, die Sympathien bei den Völkischen wiederzugewinnen und in mehreren Reden öffentlich die »Identitäre Bewegung« gelobt. Schließlich veröffentlichte er gar einen gleichlautenden Text auf dem rassistischen und anti-muslimischen Portal »PI-News«. Bystrons Elogen auf die extreme Rechte brachten ihm mittlerweile eine Beobachtung durch den bayerischen Verfassungsschutz ein. In der Partei entschied man sich offensichtlich, den Landesvorsitzenden nicht weiter zu beschädigen und hievte Bystron beim nächsten Termin noch auf den vierten Listenplatz. Listenplatz zwei ging an den bekannten Autoren und Anlageberater Peter Boehringer (München), an dritter Stelle tritt die Straubinger Parteifunktionärin Corinna Miazga an. Mit dieser Entscheidung stellten sich die bayerischen AfD`ler offen gegen die Bundespartei. Die Straubinger AfD-Kreisvorsitzende Miazga ist in der AfD wegen ihrer innerparteilichen juristischen Feldzüge als Querulantin gefürchtet, seit mehreren Jahren läuft gegen sie ein bisher nicht abgeschlossenes Parteiausschlussverfahren. Miazga trug ihre Bewerbungsrede äußerst emotional vor und empfahl sich den Versammelten mit einer besonderen Qualifikation: »Bevor es die AfD gab, wollte man in Straubing in einer Parallelstraße bei uns in der Nachbarschaft ein Asylbewerberheim hinsetzen. 200 Leute sollten da untergebracht werden. (...) Es hat anderthalb Jahre gebraucht, das Aylbewerberheim steht dort nicht. Wir haben eine Bürgerbewegung gegründet, der ich damals vorgesessen bin und wir waren erfolgreich.«

Hinter Hebner, Boehringer, Miazga und Bystron konnten sich unter anderem die AfD-Politiker Martin Sichert, Hans-Jörg Müller, Tobias Peterka, Rainer Kraft, Florian Jäger, Benjamin Nolte, Wolfgang Dörner und Georg Hock platzieren, die zu den Erstunterzeichnern der »Erfurter Resolution« des »Flügels« um Björn Höcke gehören.
In nahezu allen der 46 bayerischen Wahlkreise sollen DirektkandidatInnen der AfD antreten. Die CSU hatte in der Vergangenheit die meisten Bundestags-Direktmandate quasi »abonniert«. Für die BewerberInnen der AfD sind diese Kandidaturen hinsichtlich einer persönlichen Existenzsicherung also weit weniger aussichtsreich. Große Kampfabstimmungen bei den Nominierungen, die seit dem Winter 2016/2017 stattfanden, sind nicht bekannt geworden, vielerorts setzten sich bekannte VertreterInnen der Linie um Höcke und Co. durch. Eine Prägung, die auch ansonsten den bayerischen AfD-Landesverband kennzeichnet.

Einige Beispiele:
Als sich die Bundespartei noch von den PEGIDA-Versammlungen distanzierte, sprachen dreimal Vertreter der hiesigen AFD offiziell bei den PEGIDA-Aufmärschen in München. Verbindungen gibt es auch zur »Identitären Bewegung« (IB) oder zur »Deutschen Burschenschaft«. Oliver Krogloth, Mitbegründer des AfD-Kreisverbandes Traunstein (und dort aktuell stellvertretender Schatzmeister), stellte sich zum Beispiel bei der IB-Kundgebung am 31. Juli 2016 in München zusammen mit Sebastian Zeilinger, dem stellvertretenden IB-Bundessprecher, ans Fronttransparent. Schlagzeilen machte ein Foto, das zeigt, wie der AfD-Landesvorsitzende Petr Bystron und der führende bayerische IB-Akteur Paul Zeddies im letzten Jahr gemeinsam auf dem Münchner Oktoberfest feierten. Zeddies ist Burschenschafter der völkischen »Danubia«, auch Benjamin Nolte (Landeslistenplatz 19), Mitglied des oberbayerischen AfD-Bezirksvorstands, ist dort korporiert. Florian Jäger, Vorsitzender des AfD-Bezirksverbands Oberbayern, kommt aus der antimuslimischen Kleinstpartei »Die Freiheit« von Michael Stürzenberger. Wilfried Biedermann, Vorsitzender des AfD-Kreisverbands München-Ost, war führender Aktivist des extrem rechten »Bunds Freier Bürger« (BFB).
Die jüngste Kampagnenentscheidung der Bayern-AfD verwundert da nicht: Zur Bundestagswahl will sie nicht mit den als zu lasch empfundenen Materialien der Bundespartei, sondern mit eigenen Plakaten in den Wahlkampf ziehen.

Baden-Württemberg

Im grün-schwarz regierten Baden-Württemberg gilt die AfD im Vergleich mit den Landesverbänden in Ostdeutschland vielen immer noch als mehrheitlich ›gemäßigt‹ oder eher ›konservativ‹. Doch der Rechtsruck fand auch im ›Ländle‹ statt.

von Lucius Teidelbaum



Mit der Abspaltung der Fraktion um den ehemaligen Parteichef Bernd Lucke gingen der »Alternative für Deutschland« (AfD) auch in Baden-Württemberg wichtige Mandate verloren. Mit Joachim Starbatty und Bernd Kölmel kamen zwei der ursprünglich sieben AfD-Europaabgeordneten aus Baden-Württemberg. Beide wechselten zu Luckes neuer Partei »Allianz für Fortschritt und Aufbruch« - heute »Liberal-Konservative Reformer« (LKR).

Spaltung und Wiedervereinigung

Die ‹Ländle-AfD› erholte sich von der Spaltung und zog im März 2016 mit 15,1 % der Stimmen in den Landtag von Baden-Württemberg ein. Doch die 23 Abgeordneten zerstrittenen sich, nachdem öffentlich geworden war, dass sich in ihren Reihen mit Wolfgang Gedeon ein rabiater Antisemit befand. Daraufhin drängte Jörg Meuthen, als damaliger Landes- und Fraktionsvorsitzender, auf einen Rauswurf Gedeons. Als er die dafür notwendige 3/4-Mehrheit nicht bekam, verließ er mit 13 seiner Getreuen die Fraktion und gründete eine zweite AfD-Fraktion mit dem Namen »Alternative für Baden-Württemberg«. Frauke Petry positionierte sich auf der Seite der verbliebenen Rumpffraktion, offenbar um Meuthen damit zu schaden. Sie und ihr Co-Bundesvorsitzender Meuthen gelten seitdem als verfeindet. Dazu passt Meuthens Bündnis mit Björn Höcke. Dieses wurde der Öffentlichkeit durch das zweite Kyffhäusertreffen von »Der Flügel« am 4. Juni 2016 bekannt, als Meuthen neben Höcke, Poggenburg und Gauland auftrat.

Im Oktober 2016 hatten sich die zerstrittenen Abgeordneten wieder zu einer Fraktion vereinigt. Trotzdem umfasst die ursprünglich 23-köpfige Fraktion nur noch 21 Mitglieder. Wolfgang Gedeon hat die Fraktion – nicht aber die Partei – verlassen und Claudia Martin hat sowohl Partei als auch Fraktion verlassen. Als weiterer Problemfall gilt der AfD-Abgeordnete Heinrich Fiechtner, der sich mit dem Rest seiner Fraktion überworfen hat, von ihr mit einem Redeverbot belegt wurde und nun dagegen klagt.

Die Streitereien der Fraktion haben auch den Aufbau von Strukturen verzögert. Mit Stand April 2017 existierten in Baden-Württemberg mindestens 13 AfD-Wahlkreisbüros. Trotzdem werden zahlreiche MitarbeiterInnen von der Fraktion und einzelnen Abgeordneten beschäftigt. Mit Dietmar-Dominik Hennig (Mitarbeiter von Anton Baron, MdL), Tomasz M. Froelich (persönlicher Referent Jörg Meuthen), Volker Kempf (Referent der Landtagsfraktion) und Thorsten Brückner (2. Pressesprecher der Landtagsfraktion) schreiben vier davon - sowie der neue Fraktionssprecher Michael Klonovsky - für das rechts-libertäre Magazin »eigentümlich frei«.

Als neue Landessprecher fungieren Dr. Marc Jongen und Ralf Özkara. Jongen gilt als »Parteiphilosoph« der AfD und referierte für das »Institut für Staatspolitik«. Özkara war Meuthens Büroleiter und gilt als höchst loyal. Bei einer Kampfabstimmung um den Vorsitz des AfD-Landesverbandes Baden-Württemberg im März 2017 konnte sich Özkara gegen Alice Weidel durchsetzen. Kontakte zur extremen Rechten scheint er nicht zu scheuen. Für den 8. Mai 2017 war er in Leverkusen als Redner auf einer Veranstaltung der rechten Zeitung »COMPACT« angekündigt.

Zur Bundestagswahl kandidieren in Baden-Württemberg auf der Landesliste auf den Plätzen 1 bis 5: Alice Weidel, Prof. Dr. Lothar Maier, Dr. Marc Jongen, Markus Frohnmaier und Thomas Seitz.

Alice Weidel ist eine Vertreterin des marktradikalen Flügels in der Partei und seit dem Bundesparteitag in Köln neben Gauland bundesweite Spitzenkandidatin. Ihr neuer Pressesprecher Markus Frohnmaier, der diese Funktion bereits für Frauke Petry ausgeübt hatte, ist Bundessprecher der »Jungen Alternative« (JA), Unterzeichner der »Erfurter Resolution« und klarer Höcke-Anhänger. Nun arbeitet er für eine Frau, die noch Anfang 2017 den Ausschluss Höckes aus der Partei forderte, spätestens seit ihrer Wahl auf dem Bundesparteitag in Köln jedoch davon Abstand nahm.

Thomas Seitz ist Staatsanwalt am Freiburger Amtsgericht und war Mitglied im AfD-Bundesparteischiedsgericht. Das Mitglied der »Patriotischen Plattform« geriet durch seine verbalen Attacken auf die Bundesregierung in den Fokus seiner Vorgesetzten.

Fazit: ›anything goes‹› im ›Ländle‹

JA-FunktionärInnen mit Verbindungen zur »Identitären Bewegung« sind nicht die einzigen mit einer mutmaßlichen Vergangenheit in extrem rechten Strukturen. Der AfD-Landtagsabgeordnete Udo Stein soll noch zur Bundestagswahl 2013 am Wahlkampf der NPD beteiligt gewesen sein. Das zumindest behauptet der damalige NPD-Landesvorsitzende Alexander Neidlein. Folgen haben solche braunen Schatten der Vergangenheit allerdings schon lange nicht mehr. Selbst das Ausschlussverfahren gegen Gedeon scheint kassiert worden zu sein. Während Meuthen im März 2016 noch mit dem Rauswurf Gedeons eine Vertrauensfrage verband, ist heute in der Partei ein ›anything goes‹ angesagt. Die AfD fällt in solchen Situationen ihrem eigenen Kampf gegen ›Political Correctnes‹ zum Opfer. Zudem herrscht auch in der AfD im Südwesten eine gesteigerte Wagenburgmentalität. Jegliche Kritik von außen wird als feindlich wahrgenommen und lässt alle enger zusammen rücken.

Die ursprünglich eher als rechtskonservativ geltende Südwest-AfD ist damit ein ganzes Stück weiter nach rechts gerutscht. Inzwischen tauchen auch die ersten NPD-Personalien unter den MitarbeiterInnen der AfD auf. Marcel Grauf und Armin Allmendinger kommen je aus extrem rechten Burschenschaften und haben sich im NPD-Umfeld bewegt. Grauf war Landesorganisationsleiter der »Jungen Nationaldemokraten« und Allmendinger schrieb mehrfach für das NPD-Blatt »Deutsche Stimme«. Auch das bisher ohne Folgen.

afd-berlin.de

Berlin
braucht
Respekt.

Polizei und Justiz stärken
gegen Banden und Extremisten!

POLIZEI

UNBEQUEM.
ECHT. MUTIG.

Alternative
für
Deutschland
Landesverband Berlin

V.i.S.d.P. AfD-Landesverband Berlin
Schillstraße 9, 10785 Berlin

Berlin

Der Landesvorstand der Berliner »Alternative für Deutschland« versucht sich eher moderat zu geben, doch die radikalen Rechtsausleger werden hofiert. Zum bundesparteilichen Machtkampf wird sich kaum verhalten und man will es sich auch innerparteilich nicht verscherzen.

von Frank Metzger

Mit der Wahl des neuen Landesvorstands unter der Doppelspitze Beatrix von Storch und Georg Pazderski im Januar 2016 hat die Berliner »Alternative für Deutschland« (AfD) einen deutlichen Schritt nach rechts gemacht. Pazderski ist zwar um ein gemäßigtes Erscheinungsbild bemüht, fordert aber selbst, etwa aus »betriebswirtschaftlichen Gründen«, die Streichung des Asylartikels aus dem Grundgesetz und spricht Gender Studies mit der Begründung »Wir bestreiten das, das ist nicht richtig« die Wissenschaftlichkeit ab. Pazderski und von Storch sind auch Mitglieder im Bundesvorstand und somit bestens eingebunden in die innerparteilichen Machtstrukturen. Im derzeitigen Machtkampf »Pro oder Contra Frauke Petry« verhält sich der Berliner Landesverband ruhig und opportun in beide Richtungen. Auch hinter den Kulissen sind diesbezügliche Dispute nicht wahrnehmbar.

Pazderski ist Vorsitzender der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus (AGH), die gut vernetzte »Lebensschützerin« Beatrix von Storch sitzt im EU-Parlament. Beide kandidieren nun für den Bundestag. Während von Storch auf Platz 1 der Landesliste sicher einziehen wird, müsste Pazderski sein Direktmandat gewinnen. Auf den weiteren ersten fünf Listenplätzen schickt die AfD eher »bürgerliche« und teils prominente KandidatInnen ins Rennen. Auf Platz 2 tritt der Physiker Gottfried Curio an, gefolgt von Gymnasiallehrer Götz Frömming, einem der Verbliebenen aus dem alten, eher nationalliberalen Landesvorstand. Auf Listenplatz 4 steht mit Birgit Masack-Winkemann eine Richterin vor Nicolaus Fest auf Platz 5. Der ehemalige stellvertretende Chefredakteur der »Bild am Sonntag« und Sohn des Historikers Joachim Fest war 2016 medienwirksam in die Berliner AfD eingetreten.

Das Landeswahlprogramm zur Berlin-Wahl 2016 sowie die offiziellen Verlautbarungen des Vorstands sind zwar vergleichsweise moderat, doch auch hier lassen sich insbesondere zu den Themen Flucht und Asyl, Islam und Gender reaktionäre bis antidemokratische Positionen finden. Das gesprochene Wort ist da meist sehr viel deutlicher. Die BundestagskandidatInnen Curio, Masack-Winkemann wie auch Fest wissen sehr genau, sich bei aller Schärfe an das rechtlich Sagbare zu halten. Andere, wie der für seine völkisch-rassistischen Ausfälle berüchtigte Landesparlamentarier Andreas Wild, sind da sehr viel offensiver. In der Berliner AfD wird dies nicht nur akzeptiert, sondern regelrecht honoriert. So tritt Wild ausgerechnet im migrantisch geprägten Neukölln als Direktkandidat an. Welche Ziele er verfolgt, gab er bereits im Januar 2017 dem rbb in einem Fernseh-Interview zu Protokoll. So wolle er »in Neukölln auch wieder deutsche Bevölkerung haben« und kündigte als Lösung an, »die Umvolkung, die stattgefunden hat, wieder in eine andere Richtung zu lenken«. Denn seiner Meinung nach könnten nur diejenigen deutsch sein, »die deutsche Eltern haben«.

Auch an anderer Stelle zeigt sich, dass der Landesverband dieses ‹Laissez faire› im Umgang mit radikalen Rechtsauslegern so lange verfolgt, bis der öffentliche Druck so groß ist, dass ein drohender Schaden für die AfD nicht mehr abzuwenden ist. Daher werden die ideologischen und personellen Überschneidungen zwischen der »Jungen Alternative« (JA) Berlin und der »Identitären Bewegung« (IB) auch trotz Abgrenzungsbeschluss geduldet. Über Jannik Brämers Aktivitäten für die IB wurde seit über einem Jahr in der Presse berichtet. Letztlich verlor er jedoch erst dann sein Amt als Schatzmeister der Berliner JA, als er per Haftbefehl gesucht wurde. Er hatte bei einer IB-Aktion im Mai 2017 in Berlin fast einen Polizisten angefahren und war dann geflohen. Heribert Eisenhardts Beteiligung an Bärgida sowie einem Neonazi-Aufmarsch hatte entgegen mehrfacher Ankündigungen bisher keinerlei Konsequenzen. Er übt weiterhin sein Mandat in der Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) für die AfD aus.

Auf parlamentarischem Parkett

Am 18. September 2016 ist die Berliner AfD mit 14,2 Prozent und 25 Abgeordneten (davon fünf Direktmandate) ins AGH gewählt worden. Sie zog zudem in alle zwölf Bezirksverordnetenversammlungen ein und wurde in Marzahn-Hellersdorf mit 23,3 Prozent gar zweitstärkste Fraktion. Insgesamt hat die AfD im Land Berlin 122 Mandate plus sieben Stadträte, lediglich 19 Mandate (knapp 16 Prozent) werden von Frauen ausgeübt.

Bei der parlamentarischen Arbeit lässt sich ein Wechselspiel von Provokation und tatsächlicher Sacharbeit beobachten. Während einige Verordnete offen rassistisch agitieren, treten andere bieder seriös auf. Häufiger als in den BVVen sind die parlamentarischen Initiativen im AGH vermehrt ideologiegeleitet. So stellte Thorsten Weiß, Vorsitzender der JA Berlin parallel zu einer Kampagne der IB gegen den Verfassungsschutz eine Anfrage, welche »tatsächlichen Anhaltspunkte« der Verfassungsschutz habe, dass die IB eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung sei. Bei einer Vielzahl ihrer parlamentarischen Initiativen bedient die AfD explizit oder implizit rassistische Vorurteile. Weniger bei diesen Initiativen, aber vermehrt in Redebeiträgen werden Agitationen gegen Gender Mainstreaming und antifeministische Positionen vertreten.

Angesichts der sinkenden Umfragewerte stellt sich die Frage, wie lange die Berliner AfD bezüglich des parteiinternen Machtkampfs diesen ausweichenden Kurs weiterfahren kann oder ob sie sich im Zuge des Wahlkampfs nicht doch für eine Seite wird entscheiden müssen.

Thüringen

Die »Alternative für Deutschland« in Thüringen ist fest in der Hand des Rechtsaußen Björn Höcke. Partei und Landtagsfraktion verbinden Straßenmobilisierungen und das Parlament als Bühne für völkische Agitation.

von Ernst Kovahl

Lange war spekuliert worden, ob der Vorsitzende der Thüringer »Alternative für Deutschland« (AfD) und ihrer Landtagsfraktion, Björn Höcke, für den Bundestag kandidieren würde. Er ist schließlich bundesweit eines der bekanntesten Gesichter der Partei. Für den völkischen Flügel ist er eine Galionsfigur, für die Bundesvorsitzende Frauke Petry der schärfste Gegner. Höcke hat in der AfD viele UnterstützerInnen, die sich als Strömung unter dem Namen »Der Flügel« zusammengeschlossen haben. Und ihm gelingt es, zu mobilisieren. Zwischen Herbst 2015 und Frühjahr 2016 waren Woche für Woche Tausende zu Kundgebungen gekommen. Vor dem Erfurter Dom oder dem Thüringer Landtag spielten sich gespenstische Szenen ab. Aufgeputscht brüllten bis zu 6.000 Menschen im Dunkeln »Merkel muss weg!« oder skandierten »Lügenpresse, Lügenpresse!« Auf einer kleinen, aber gut ausgeleuchteten Bühne inszenierten sich Höcke und andere RednerInnen als Massenagitatoren. Am Rande der Aufmärsche wurden GegendemonstrantInnen zusammengeschlagen und JournalistInnen bedroht. Allein zwischen September 2015 und Mai 2016 wurden am Rande der Veranstaltungen von der Polizei mehr als 43 rechts motivierte Straftaten registriert, darunter Körperverletzungen, Landfriedensbrüche, Verstöße gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz sowie das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Rechte Hetze

Doch Höcke entschied sich, in Thüringen zu bleiben. Für ihn sicher die richtige Entscheidung, denn hier kann er in Partei und Fraktion als unangefochtener Herrscher agieren. Seine Reden und Auftritte sorgen immer wieder für Aufregung und Skandale. Kaum einer der anderer sieben Abgeordneten der Fraktion (Wiebke Muhsal, Stephan Brandner, Olaf Kießling, Stefan Möller, Corinna Herold, Jörg Henke, Thomas Rudy) kann ihm das Wasser reichen. In einer künftigen Bundestagsfraktion wäre er statt Chef und Frontmann nur mehr einer unter vielen, umgeben von KonkurrentInnen.

Bei der Landtagswahl am 14. September 2014 hatte die Partei 99.545 Zweitstimmen geholt – das entsprach 10,57 Prozent und brachte 11 Sitze. Drei Abgeordnete (Siegfried Gentele, Jens Krumpe, Oskar Helmerich) verließen die Fraktion bald nach der Wahl aufgrund des strikten Rechtskurses. Das parlamentarische Handwerk als pöbelnde, rechte Opposition hat die AfD hier schnell gelernt – ihre Kernthemen: rassistische Hetze, Gender-Themen und das angebliche Versagen der »Altparteien«. Die ausführliche Darstellung in den Medien, Eklats und öffentliche Veranstaltungen sichern der Partei eine große öffentliche Präsenz. Höckes Reden sind durchsetzt mit Bezügen auf die Debatten der »Neuen Rechten«, zu der es durch Götz Kubitschek und sein »Institut für Staatspolitik« einen engen Draht gibt. Bei Umfragen kletterte die Partei Ende 2016 auf 21 Prozent, mittlerweile ist sie auf 13 Prozent zurückgefallen. Auf kommunaler Ebene ist die Partei in Thüringen bisher bedeutungslos. Bei den Wahlen im Mai 2014 kandierte sie nur in Erfurt, im Weimarer Land und Crossen.

Für die Bundestagswahl 2017 kandidiert nun als Spitzenkandidat Stephan Brandner, Rechtsanwalt aus Gera und stellvertretender AfD-Fraktionsvorsitzender im Landtag. Auf der rein männlich besetzten Liste folgen Rechtsanwalt Jürgen Pohl (Mühlhausen), der Informatiker Marcus Bühl (Ilmenau), der Arzt Robby Schlund (Gera), der Politikwissenschaftler Anton Friesen (Erfurt), der Chemiker Jens Dietrich (Ilmenau), der Therapeut Andreas Gebhardt, (Straußfurt) und der Bauingenieur und Makler Torsten Ludwig (Schleusingen).

Angriff auf DGB und Linke

Der zweitplatzierte auf der Bundestagsliste, Pohl, ist Mitbegründer des »Alternativen Arbeitnehmerverbands Mitteldeutschland« (ALARM!), der gemeinsam mit der Thüringer AfD am 1. Mai 2017 in Erfurt aufmarschierte. Etwa 1.200 Menschen waren dem Aufruf »Sozial ohne rot zu werden!« gefolgt. Höcke sowie dessen Büroleiter in der Landtagsfraktion, Gerhard Siebold, hatten die Veranstaltung angemeldet, zu der TeilnehmerInnen aus mehreren Bundesländern kamen. Unter ihnen waren Neonazis, »Identitäre« und PEGIDA-Gründer Lutz Bachmann. Auf der Kundgebung gegen die »kommunistische Landesregierung« in Thüringen kündigte Höcke einen »knallharten Anti-Establishment Wahlkampf« an. Pohl sagte in seiner Rede, die AfD wolle den 1. Mai den »Arbeiterverräter« entreißen. Für den Aufmarsch hatte die Thüringer AfD mit einer Grafik geworben, auf der ein Anstreicher mit einer SA-ähnlicher Mütze das Rot der Gewerkschaften mit AfD-blauer Farbe überstrich. Möglicherweise hat das Bild Jirka Buder gestaltet, der seit einigen Monaten als Grafiker und Mediengestalter für die Fraktion arbeitet. Er kann auf eine bewegte Vergangenheit in der militanten Neonazi-Szene der frühen 1990er Jahre zurückblicken. Auch andere Mitarbeiter der Fraktion kommen aus der extremen Rechten. So arbeitet mit Torben Braga der frühere Bundessprecher der »Deutschen Burschenschaft« ebenso für die Fraktion wie Michael Henkel (s. drr 164), der unter anderem in der neu-rechten Zeitung »Junge Freiheit« oder für die »Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung« publizierte. Doch die AfD hat nicht nur Kontakte nach rechts außen. Als sich die Thüringer CDU im Herbst 2014 verzweifelt darum bemühte, die Wahl von Bodo Ramelow als linkem Ministerpräsident zu verhindern, sondierten die Konservativen auf höchster Ebene bei Höcke, ob die AfD im Landtag einem Gegenkandidaten die Stimme geben würde. Am Ende eine erfolglose Episode – doch sie zeigt: Im Notfall verwischen die Grenzen.

Sachsen

In der Radikalisierungsfalle. Der schmale Platz neben Meier, Przybylla und Mayer.

von Volkmar Wölk

Machen wir uns nichts vor: Die Zahlen sehen gut aus für die »Alternative für Deutschland« (AfD) in Sachsen, sehr gut sogar. Und doch sind die Funktionäre der Partei nicht zufrieden. Ganz und gar nicht. Denn die Zahlen sahen schon einmal besser aus, deutlich besser. Wenn im Freistaat Sachsen jetzt Landtagswahl wäre, würde die AfD den Umfragen gemäß bei 21 Prozent landen und zweitstärkste Partei nach der CDU werden. Gar nicht so toll, meint die AfD, denn vor einem halben Jahr wurden noch 25 Prozent vorausgesagt. Es sind aber Bundestagswahlen, die anstehen, und dafür prognostizieren die Auguren momentan 18 Prozent. Das wäre ein ordentlicher Schluck aus der Pulle, ein Garant für eine starke Bundestagsfraktion. Wenn die AfD denn überhaupt antreten kann.

Einigkeit im Machtgerangel

Es türmen sich nämlich gleich mehrere Hindernisse auf. Die Gültigkeit der Liste wird angefochten, denn ein ehemaliges Mitglied wollte gegen Frauke Petry um den Spitzenplatz auf der Liste antreten, durfte aber angeblich gar nicht erst in den Saal. Und wenn das Bautzener AfD-Mitglied Arvid Immo Samtleben, der auch gegen die Gültigkeit der letzten Landtagswahl klagt, recht hat, dann könnte der Partei in Sachsen weiteres Ungemach ins Haus stehen. Seiner Ansicht nach ist die Liste nicht ordnungsgemäß gewählt worden, da nicht – wie gefordert – gesonderte VertreterInnen dafür gewählt worden seien. Da erscheint es als eine Lappalie, dass der Kreisverband Sächsische Schweiz Frauke Petry als Direktkandidatin loswerden will. Vor einigen Monaten war sie dort noch nahezu einstimmig nominiert worden. Die Zeiten ändern sich. Die ehemalige Lichtfigur ist aktuell höchst umstritten. Schon lange gibt sie nicht mehr allein die Richtung vor. Sogar im Landesvorstand ist die Mehrheit dünn geworden. Als auf Petrys Betreiben trotz eines gegenteiligen Landesparteitagsbeschlusses ein Ausschlussverfahren gegen den Dresdener Richter Jens Meier, der auf der Liste direkt hinter Petry rangiert, beantragt wurde, distanzierten sich umgehend fünf von zwölf Landesvorstandsmitgliedern in einem offenen Brief von diesem Schritt. Das Begehren auf Ausschluss wurde vorsichtshalber gleich an das Bundesschiedsgericht auf den Weg gebracht. Vor dem sächsischen Schiedsgericht sah man wohl keine Chancen. Währenddessen haben sich führende sächsische AnhängerInnen Petrys eingeigelt. Die Kommunikation findet in einer geschlossenen Chat-Gruppe statt, als »Gruppe Heitmann« benannt, nach dem ehemaligen CDU-Innenminister. Dort wird offen über Spaltung für den Fall des Scheiterns des Petry-Kurses nachgedacht. Dass er einmal zu den »Gemäßigten« in der AfD gehören würde, hat »Gruppe Heitmann«-Mitglied Julian Wiesemann sicherlich nicht gedacht. Ehedem war er Scharfmacher im Parteivorstand der Partei »Die Freiheit«.

Extrem und extremer

Die sächsische AfD befindet sich offenkundig in der so genannten Radikalisierungsfalle. Neue Parteien bekommen nach der Gründung zunächst eine große Medienpräsenz, wenn sie neue Themen besetzen oder wenn sie mit bekannten Namen aufwarten können. Lässt dieser Gründungsboom nach, beginnen in der Regel die Auseinandersetzungen um den einzuschlagenden Kurs. Der Weg in die Mitte ist der Weg in den Mainstream und würde die betreffende Partei unter die Wahrnehmbarkeitsmarke drücken. Den Weg immer weiter nach rechts, den von Bernd Lucke zu Frauke Petry und ihren damaligen Verbündeten, wählte folglich auch die AfD. Soll die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit nicht erlahmen, müssen allerdings weitere Tabubrüche erfolgen. Und danach müssen diese drastischer werden, damit sie noch registriert werden. Erst recht in einem Bundesland, in dem immer noch allmontäglich PEGIDA marschiert und dessen CDU offensichtlich das Erbe der hessischen »Stahlhelmfraktion« angetreten hat. Und so sind es die bisherigen Rechtsaußen der Partei, die sich daran machen, den Ton vorzugeben. In Petrys Wahlkreis wäre das ehemalige CDU-Mitglied Norbert Mayer zu nennen, dem sogar die »Patriotische Plattform« nicht mehr radikal genug erscheint. Er ist immerhin Fraktionsvorsitzender im Stadtrat von Freital. Gleich fast kein Aufsehen erregte es, dass Detlef Spangenberg (Radebeul) auf Platz vier der Bundestagsliste landete. Eigentlich wäre er Alterspräsident des Landtages geworden, wurde aber zurückgezogen, da seine führende Funktion in einer extrem rechten Gruppierung öffentlich geworden war. Inzwischen ist auch bekannt, dass er Spitzel des »Ministeriums für Staatssicherheit« in der DDR gewesen war. Heute ist das kein Grund mehr für einen Karriereknick in der AfD.

Gibt es sie überhaupt noch, die gemäßigte, die »bürgerliche Mitte« repräsentierende AfD? Nun, der Kreisverband Zwickau zumindest behauptet von sich, für dieses Spektrum in der Partei zu stehen. Über Wochen hatte die Mehrheit der Aktiven versucht, den Direktkandidaten im Wahlkreis, Benjamin Przybylla, wegen dessen extrem rechter Aktivitäten zurückzuziehen. Und scheiterte mehrfach dabei. Einer jener »Gemäßigten« ist Kreisrat Frank Neufert. Auf seiner Facebook-Seite prangt das Logo der »Identitären Bewegung« und Werbung für ihre Aktion »Defend Europe«. Dem die »bürgerliche Mitte« vertretenden Kreisvorstand gehört auch Alexander Schwarz an, langjähriger Bassist der Neonazi-Band »White Resistance« aus dem »Blood & Honour«-Umfeld. Schwarz war einer der Führenden des Zwickauer PEGIDA-Ablegers.

Der Platz für Frauke Petry wird also schmaler. Deutlich. Der Landesverband Sachsen erscheint gespalten, die Kräfteverhältnisse sind unklar. Helfen könnte da nur ein unerwartet gutes Ergebnis bei der Bundestagswahl. Die Wahrscheinlichkeit, dass es dazu kommen wird, sinkt gerade. Und zwar rapide.



Hamburg

von Felix Krebs

Die Hamburger «Alternative für Hamburg« (AfD) bekam bei der Bürgerschaftswahl 2015 6,1 Prozent. Bereits ein Jahr zuvor konnte sie schon Abgeordnete in alle sieben Bezirksparlamente entsenden. Sowohl auf Landes- wie auch auf Bezirksebene ist die AfD personell schlecht aufgestellt, hat kaum erfahrenes und charismatisches Personal, ist in den Fachausschüssen wenig präsent und stellt deutlich weniger Anfragen und Anträge als Fraktionen vergleichbarer Größe. Teilweise ist die Inaktivität gewollt, denn das Parlament dient der AfD eher als Bühne denn als Ort für konstruktive Politik. Außer in zwei Bezirken hat die AfD durch Austritte und Zerwürfnisse bis jetzt sogar den kommunalen Fraktionsstatus verloren.

Agitation gegen Geflüchtete und Muslime macht inzwischen den Hauptteil ihrer Propaganda wie auch der Arbeit in den Parlamenten aus. So betreibt die Partei mit ihrem »Islam-Spiegel« eine Homepage, die extra entsprechende Beiträge sammelt. Ludwig Flocken, ein Abgeordneter, der zweimal wegen rassistischer Äußerungen aus der Bürgerschaft flog, kam einem Ausschluss zuvor und verließ Anfang 2016 die Fraktion. Er blieb jedoch AfD-Mitglied und Abgeordneter und darf nach der Bundestagswahl auch wieder Parteiämter besetzen.

Bedeutsamer ist jedoch der Rechtsruck an der Spitze der Hamburger AfD. Der frühere Landeschef Prof. Jörn Kruse, ursprünglich biedermännisches Aushängeschild, wurde schrittweise entmachtet. Obwohl er sich im Wahlkampf 2015 noch mit abschätzigen Äußerungen über muslimische Frauen geäußert hatte, wurde er ein paar Monate später durch den redegewandten, aber radikaleren Bernd Baumann als Parteivorsitzender ersetzt. Baumann zur Seite sitzen nach sukzessiven Umstrukturierungen mittlerweile fast nur VertreterInnen des rechten Flügels: Dirk Nockemann (Ex-SCHILL-Partei), Alexander Wolf (»Burschenschaft Danubia«), Jens Eckleben (Ex-Chef »Die Freiheit«) und der Landesvorsitzende der »Jungen Alternative« (JA) Krzysztof Walczak, der dem »national-konservativen« Flügel angehört. Im September 2016 wurde Kruse dann weiter degradiert und Baumann ihm auch als Co-Vorsitzender in der Fraktion zur Seite gestellt.

Baumann wird auch der Spitzenkandidat zur Bundestagswahl sein. Beim letzten Parteitag stellte er zwar die Flüchtlings- und Migrationspolitik in den Vordergrund, wurde jedoch in einer Kampfabstimmung mit nur 64 von 124 Stimmen gewählt. Stärkste Konkurrentin war Vorstandsmitglied Nicole Jordan (52 Stimmen), die mit schrillen Tönen den völkischen Flügel bediente und Geflüchtete als Invasoren bezeichnete. Sie kandidiert nun auf Platz 4 der Landesliste. Das ehemalige SPD-Mitglied inszeniert sich als Vertreterin der kleinen Leute, als Vorbild empfiehlt sie Marine Le Pen vom »Front National«. Auf Platz zwei sitzt Alexander Wolf, der als Student bei der Hochschulorganisation der Partei »Die Republikaner« aktiv war. Ihm folgt der relativ unbekannte ehemalige Schulleiter Dietmar Wagner. Auf den letzten beiden Plätzen kandidieren Krzysztof Walczak und die JA-Vizechefin Delphine Thiermann. Walczak wirbt für ein Abtreibungsrecht nach polnischen Maßstäben und möchte mit »Hochkultur« und »Nationalstolz« gegen »Multi-Kulti-Mischmasch« antreten. Sexuelle Vielfalt ist für ihn ein »Kampfbegriff der Linken«. Thiermann teilt Walczaks Antifeminismus und ist inzwischen das eigentliche Aushängeschild der JA in Hamburg. Sie ist ständig und überall als Person mit Statements oder Bildern präsent und pflegt beste Kontakte zur »Identitären Bewegung« und zur braunen Hamburger »Burschenschaft Germania«.

Bremen

Nach anfänglichem Erfolg hat sich die Bremer »Alternative für Deutschland« zerstritten. Heute gehört sie zum Flügel rechtsaußen der Partei. Doch in Umfragen steht sie gut da.

von Clara Heinrich

Der Bremer Landesverband der »Alternative für Deutschland« (AfD) ist organisatorisch und personell bundesweit der schwächste. Bei Redaktionsschluss (12.06.2017) war die Website der Bremer AfD seit rund einem Monat offline. Es gibt hier keine BürgerInnenbüros und keine erkennbaren politischen Schwerpunkte. Bei der Wahl 2015 hatte die AfD in Bremen 5,5 Prozent und vier Mandate in der Bürgerschaft geholt. Heute sitzt dort für die Partei nur noch Alexander Tassis. Drei ehemalige Mitstreiter bildeten zeitweise die erfolglose Gruppe »Liberal-Konservative Reformer« (s. drr Nr. 160). Zwei von ihnen sind mittlerweile zu den »Bürger in Wut« weitergezogen.

Die Aufstellungsversammlung der Bremer Bundestagsliste der Partei Mitte März 2017 war ein Gradmesser für die Radikalisierung im Landesverband: Auf Platz eins zur Bundestagswahl im September steht der Landesvorsitzende Frank Magnitz. Ihm folgen der Vorsitzende der Bremer »Jungen Alternative« (JA), Robert Teske, und der Bürgerschaftsabgeordnete Tassis. Ein Einzug in den Bundestag ist für die Bremer AfD nur über den ersten Listenplatz vorstellbar. 41 der insgesamt 150 Mitglieder waren zur Aufstellungsversammlung gekommen. Spitzenkandidat Magnitz ist ein Immobilienkaufmann aus Bremen-Lesum. Er sitzt dort für die Partei im Stadtteilbeirat. Im Mai 2016 trat er bei einer AfD-Kundgebung in Erfurt auf und lobte den Thüringer AfD-Fraktions- und Landesvorsitzenden in höchsten Tönen. Björn Höcke habe Erfurt mit seiner bundesweiten »Themenführerschaft« zu einem »Wallfahrtsort für uns Patrioten« gemacht. »Von Thüringen lernen, hieße Siegen lernen«, rief er auf der Kundgebung vor dem Erfurter Dom. Magnitz kündigte eine intensive Zusammenarbeit der Landesverbände an. Doch ein von Höcke versprochener Auftritt in Bremen kam bisher nicht zustande.

Kontakte zu Höcke

Ann-Katrin Magnitz, Tochter des Bremer Spitzenkandidaten, absolvierte ein Praktikum bei der Erfurter AfD-Landtagsfraktion und traf dort zusammen mit Torben Braga – dem persönlichen Referenten von Höcke – Mitglieder der neonazistischen Gruppe »Wir lieben Meinigen«. Bei der engen Verbundenheit zwischen der AfD Bremen und Thüringen überraschte es nicht, dass der Bremer AfD-Landesverband bundesweit Schlagzeilen mit einem Antrag an den Kölner Bundesparteitag machte, um kurz nach Höckes geschichtsrevisionistischer »Dresdner Rede« das Ausschlussverfahren gegen ihn zu stoppen. Auch die weiteren Kandidaten der Bremer AfD orientieren sich am ganz rechten Flügel der Partei. Der JA-Vorsitzende Robert Teske (Platz 2) posierte in sozialen Netzwerken mit Kennzeichen der »Identitären Bewegung« (IB). Außerdem betreibt er den rechten Podcast »90 Grad« bei Youtube, der auf eine enge Verbindung zwischen IB und JA zielt und sowohl von der JA als auch von der IB beworben wird. Auf Listenplatz drei folgt der Höcke-Fan Tassis, Mitglied der »Patriotischen Plattform« in der Partei. In der Bürgerschaft fällt der selbsternannte Intellektuelle bisher nur mit schrillen Provokationen auf.

»Identitäre«

Auffällig ist, dass die Bremer Sektion der »Identitären Bewegung« ihre Aktivitäten zeitlich parallel zur Gründung des JA-Landesverbandes ausweitete. Die IB machte seit Ende 2016 Aktionen am Bremer DGB-Haus, vor dem Sitz des Innensenators und auf dem Traditions-Segelschiff »Alexander von Humboldt«. Auch der Bremer Verfassungsschutz hält die »personellen Überschneidungen« zwischen AfD-Jugend und IB für »fließend«, wie der »Weser Kurier« berichtete. Durch den wachsenden Einfluss der Jugendorganisation in der Partei und durch personelle Überschneidungen beeinflussen Anhänger der IB auch den Bremer Landesverband der AfD: Der Facebook-Account verbreitet Begriffe der IB, wie beispielsweise »der große Austausch«, und die IB lobt: »Eine aktive AfD, der neurechte Podcast ›90 Grad‹ und natürlich wir als IB. Der patriotische Widerstand ist nun ganz klar auch bei uns im Norden angekommen.«

Streit

Streit gab es bei der Aufstellung der Bundestagskandidaten mit dem Bremerhavener Lokalpolitiker und stellvertretendem Landesvorsitzenden Thomas Jürgewitz. Erst unterlag er in einer Kampfkandidatur gegen Teske und wurde dann durch die Wahl von seinem innerparteilichen Gegner Tassis auf Listenplatz drei überrascht: »Man wird beraten müssen, ob man es so belässt«, zitiert ihn der »Weser Kurier«. Und weiter: »Es laufen drei Parteiausschlussverfahren gegen Tassis.« Die Konflikte in der Bremer AfD sind nicht politisch begründet, sondern kreisen um »Pöstchen«, auf die verschiedene Personen »geil« wären, wie Magnitz sagte. Unterstellungen und angedrohte Strafanzeigen gab es auch bei der Aufstellungsversammlung zur Bundestagswahl.

Die Bremer AfD ist nicht anschlussfähig ans bürgerliche Lager, auch weil die hiesige CDU eine klare Abgrenzungsstrategie verfolgt. Bei den Bürgerschaftswahlen 2015 erhielt die AfD 5,5 Prozent der Stimmen, bei der Bundestagswahl 2013 3,7 Prozent. Die letzte repräsentative Umfrage sah die AfD im Januar 2017 in Bremen nun bei 11 Prozent.

Kompakte Darstellung

von Sascha Schmidt

Das Buch »Die AfD – Analysen – Hintergründe – Kontroversen« von Sebastian Friedrich knüpft nahtlos an Friedrichs erste Veröffentlichung zur AfD, »Der Aufstieg der AfD«, aus dem Jahr 2015 an. Der Sozialwissenschaftler liefert erneut eine kompakte Darstellung der Partei.

Friedrich beginnt mit der Betrachtung gesellschaftlicher Hintergründe und Diskurse, die dem Aufstieg der »Alternative für Deutschland« AfD vorausgingen und diesen ermöglichten. Den gängigen Thesen von der Krise des Konservatismus, der Legitimationskrise der Demokratie, der Krise des neoliberalen Kapitalismus und von dem damit verbundenen »reaktionären Aufbegehren der ›Abstiegsgesellschaft‹« folgt auch Friedrich und belegt diese beispielhaft.

Das umfangreichste Kapitel hat er der Entwicklungsgeschichte der AfD gewidmet. In seiner »kurzen Geschichte«, vom Gründungsparteitag über das Scheitern bei der Bundestagswahl 2013, der Abwahl von Bernd Lucke, der Suche nach einem Grundsatzprogramm bis zu den aktuellen Machtkämpfen, zeichnet Friedrich die zentralen Entwicklungen und Strategien der Partei wie auch Differenzen zwischen den unterschiedlichen Flügeln nach. Trotz des viel zitierten Rechtsrucks in der AfD, den auch Friedrich hervorhebt, macht der Autor deutlich, dass es in der AfD weiterhin unterschiedliche Strömungen gibt, die »um die Vorherrschaft« in der Partei streiten. Mit Blick auf die Darstellung des Machtkampfes zwischen Frauke Petry und dem Höcke-Flügel betont Friedrich: »Es geht nicht um Höcke als Person. Hinter dem Machtkampf verbirgt sich der schwelende Konflikt zwischen Realos und Fundis.« Während Letztgenannte in der AfD eine »fundamentaloppositionelle Bewegungspartei« sehen, orientiere sich der Realo-Flügel an der »Freiheitlichen Partei Österreichs«. »Weniger rechts«, so Friedrich, seien die »Realos« deswegen »nicht unbedingt«.

Vor dem Hintergrund der Wahlerfolge der AfD unter ArbeiterInnen und Arbeitslosen prüft der Autor die Selbstzuschreibung der AfD als ›Partei der kleinen Leute‹. Hierzu nimmt er die »soziale Basis der AfD«, das Grundsatzprogramm und die Aussagen führender PolitikerInnen ins Visier. Schließlich wagt Friedrich den Blick in die Glaskugel und geht der Frage nach: »Wohin steuert die AfD?«.

Abschließend formuliert der Autor Strategien, um den weiteren Aufstieg der AfD zu verhindern.

Das Buch sei all jenen empfohlen, die einen kurzen, aber facettenreichen Überblick über die AfD bekommen wollen.

Sebastian Friedrich: Die AfD – Analysen – Hintergründe – Kontroversen. Berlin 2017, Bertz und Fischer Verlag, 164 Seiten, 7,90 Euro.

AfD: Ein aufhaltsamer Aufstieg

von Paul Wellsow

Für den Politikwissenschaftler Gerd Wiegel steht die »Alternative für Deutschland« (AfD) »in der Tradition der modernisierten radikalen Rechten« und unterscheidet sich deutlich vom etablierten Konservatismus. Sie sei eine »nationalistisch-völkische Partei, die sich von einer nationalistisch-fremdenfeindlichen Position her, die anfangs noch eher gemäßigt formuliert und noch stärker mit neoliberalen Ideologiemomenten durchsetzt war, radikalisiert hat«. Der Flügel um Björn Höcke und André Poggenburg sei »völkisch-faschistisch«, vertrete einen »Erlösungsnationalismus« und strebe einen »homogenen Volkskörper« an. Insgesamt sei die AfD heute aber »zur Gänze« keine faschistische Partei.

Kenntnisreich beschreibt Wiegel in vier Kapiteln den »Aufstieg und Durchbruch der AfD«, ordnet die neue Partei als »Teil der europäischen Rechten« ein, nennt »Gründe für den Aufstieg der radikalen modernen Rechten« und diskutiert Gegenstrategien. Wiegel weist darauf hin, dass schon lange vor den Erfolgen der AfD in der kritischen Wissenschaft die weite Verbreitung rechter Einstellungen belegt wurde. Der Zusammenhang zwischen dem neoliberalen und autoritären Kapitalismus und dem Aufstieg des Rechtspopulismus wurde ebenfallsbeschrieben und vorhergesagt – unter anderem von dem Soziologen Wilhelm Heitmeyer. Auf diesem Boden gedeihe die Rechtspartei, sie werde von einer »äußerst heterogenen kulturellen und sozialen Gruppe der Bevölkerung« gewählt. Gewählt werde sie als »Image, als Projektionsfläche und als Sprachrohr für eine scheinbar fundamentale Kritik an den herrschenden Zuständen«. »Kontrollverlust« und »Statusängste« seien wichtige Faktoren für den Aufstieg der AfD. Auf die soziale Frage antworte die extreme Rechte durch »Ethnisierung« und Rassismus. Wiegel interessiert besonders die Frage, »warum Teile der Arbeiterklasse zur modernisierten radikalen Rechten übergegangen sind.« Fundiert beschreibt er die Entwicklung der AfD vor dem Hintergrund von Euro-Krise, der Debatte um die Aufnahme von Geflüchteten, rechten Mobilisierungen und innerparteilichen Fraktionierungen. Die »Neue Rechte« und ihre Institutionen werden als wichtige Stichwortgeber der Partei benannt. Wiegels Arbeit ist eine fundierte und gut lesbare Einführung ins Thema, seine Gegenstrategien sind Anregungen zur Diskussion aus einer linken Perspektive.

Gerd Wiegel: Ein aufhaltsamer Aufstieg. Köln 2017, PapyRossa Verlag, 130 Seiten, 12,90 Euro.

Angriff der Antidemokraten

von Paul Wellsow

In dem Buch »Angriff der Antidemokraten« beschreibt Samuel Salzborn kenntnisreich die ideologischen Linien von der »Konservativen Revolution« zur »Neuen Rechten« (NR) und die ideologische »Volkisierung des Politischen und die Rebellion gegen die Demokratie«. Er beschreibt Strategien sowie Auf- und Abstiege dieser Strömung der extremen Rechten. »Verschwörungswahn«, Carl Schmitt als »Kronzeuge (...) im Kampf gegen die Demokratie« und der Hass auf Gleichheit, Feminismus und Gleichberechtigung sind ebenso Themen wie die Ideologie und Netzwerke des russischen Rechtsaußen Aleksandr Dugin und die Frage nach dem »sozialen Bodensatz der Antidemokraten«. Salzborn untersucht zudem das Verhältnis der NR zur Religion. Während das Christentum »das Eigene« sei, ist der Islam »das Fremde« und das Judentum für die NR das »Andere«. Daraus resultiere ein »tiefsitzender Antisemitismus«, wie Salzborn nachweist.

Salzborns Untersuchung beginnt mit der Frage nach der Mitveranwortung der etablierten Medien am Aufstieg der Rechten. Die Talkshows zu bester Sendezeit mit der »Alternative für Deutschland« seien »ein wesentlicher Garant dafür, dass sich Menschen, die rassistische, antisemitische und völkische Einstellungen haben, Abend für Abend darin ermutigt fühlen mussten, nun bei der nächsten Wahl ihre rassistischen Einstellungen auch in rassistische (Wahl-)Handlungen umzusetzen.« Rassismus und Nationalismus seien so zu »Meinungen« geworden, die »gleichberechtigt neben anderen medial diskutiert« wurden. Das Buch endet mit Vorschlägen, wie die Rechte zu stoppen sei: »Demokratieschutz durch Ausgrenzung rechter Parolen«, »Demokratische Gleichheit statt völkischer Pseudo Meinungsfreiheit« sowie »Pluralismus und Polarisierung« durch die demokratischen Parteien.

Salzborns Buch ist Faktensammlung, Analyse und Aufforderung, »alles dafür zu tun, um weitere Erfolge der völkischen Rebellen am rechten Rand der Gesellschaft zu verhindern«. Es ist ein Buch gegen das Verständnis, das der AfD und ihren WählerInnen entgegengebracht wird. Eine wichtige Prämisse Salzborns, um die Ausgrenzung zu begründen, findet sich im Fazit: »Bemerkenswert ist, dass (…) nicht einmal davon ausgegangen werden muss, dass wir es mit einer tatsächlichen Zunahme von rassistischen, antisemitischen und völkisch-nationalistischen Einstellungen in Deutschland zu tun haben (...), wohl aber ohne Frage mit einer deutlich umfangreicheren Sichtbarkeit, einer deutlich erhöhten Resonanz (…).« Das Buch spitzt kontrovers zu und hebt sich so von anderen aktuellen Veröffentlichungen ab.

Samuel Salzborn: Angriff der Antidemokraten. Weinheim/Basel 2017, Beltz Juventa, 224 Seiten, 14,95 Euro.



Das Magazin von und für AntifaschistInnen im Abo direkt nach Hause!

Hiermit abonniere ich »der rechte rand« – Magazin von und für AntifaschistInnen bis auf Widerruf.

Name ______________________________ E-Mail-Adresse ________________________

Anschrift ____

Ab der Ausgabe __________ möchte ich für 6 Ausgaben ein

_____ Inlandsabo für 21,- Euro

_____ Soli Inland für 25,- Euro _____ Super Soli für 50,- Euro

_____ Auslandsabo für 35,- Euro bestellen.

Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter.
Wir verschicken frühzeitig eine E-Mail als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige E-Mail-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der E-Mail-Adresse sind bitte umgehend mitzuteilen.

☐ Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen.
Bildung & Publizistik – IBAN DE68250501800910222045 – BIC SPKHDE2HXXX

☐ Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Datum ___________ Name _____________________________

Dieses Formular ist nur mit vollständigem Namen, Adresse (inkl. E-Mail-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an abo@der-rechte-rand.de schicken oder an die Redaktionsadresse.

Photos

Mark Mühlhaus / attenzione (Seiten 1, 13, 20, 26)
Roland Geisheimer / attenzione (Seiten 3, 4, 8, 14, 28)
Robert Andreasch (Seiten 9, 23, 27, 38, 44)
Lucius Teidelbaum (Seiten 16, 39, 40)
drr-Archiv (Seite 17)
Endstation Rechts (Seite 30)
monitorex (Seiten 32, 35)
Presseservice Rathenow (Seiten 33, 34)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
berger@interdruck.net
Erscheinungsweise: 6x im Jahr